

Stenographisches Protokoll

45. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode
Freitag, 18. März 2016

Inhalt

Fragestunde (S. 4509)

Aktuelle Stunde (S. 4512)

Antragsteller: Grüner-Klub

Thema: „Ablehnung des Rückkauf-Angebotes – Perspektiven für Kärntens Zukunft“

Redner: Dr. Lebersorger (S. 4513), Seiser (S. 4514), Mag. Leyroutz (S. 4514), Ing. Hueter (S. 4515), Dr. Prasch (S. 4516), Korak (S. 4517), Dipl.-Ing. Johann (S. 4519), Leikam (S. 4520), Mag. Ragger (S. 4521), Dipl.-Ing. Benger (S. 4522), Holub (S. 4523), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 4524), Lobnig (S. 4526), Mag. Malle (S. 4527)

Tagesordnung (S. 4528)

1. Ldtgs.Zl. 62-20/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden zur Regierungsvorlage betreffend das Angebot des K-AF zum Erwerb gesetzlich angeordneter landesbehafteter Schuldtitel; Nichtannahme des Angebotes; Bericht über Auswirkungen und weitere geplante Maßnahmen

Berichtersteller: Dipl.-Ing. Primus (S. 4528)

Redner: Strauß (S. 4528), Dr. Lebersorger (S. 4533), Mag. Leyroutz (S. 4534), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 4536), Lobnig (S. 4539), Köchl (S. 4540), Mag. Malle (S. 4541), Mag. Ragger (S. 4543), Mag. Dr. Kaiser (S. 4545)

Einstimmige Annahme (S. 4548)

2. Ldtgs.Zl. 35-4/31:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses betreffend Bericht über das Ergebnis der Überprüfung der Verträge von geschäftsführenden Leitungsorganen der Landesbeihilfen

Zahl: LRH 201/B/2016

Berichtersteller: Redecsy (S. 4548)

Redner: Mag. Theuermann (S. 4548), Dr. Lebersorger (S. 4549), Obex-Mischitz (S. 4550), Mag. Trodt-Limpl (S. 4550), Trettenbrein (S. 4551), Mag. Malle (S. 4552)

Einstimmige Annahme (S. 4553)

3. Ldtgs.Zl. 51-35/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlicher Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend Klimaschutz und Klimawandelanpassung in Kärnten; 5. Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Klimastrategie“

Berichterstellerin: Rohrer (S. 4553)

Redner: Holub (S. 4553), Dipl.-Ing. Johann (S. 4554), Ing. Schabus (S. 4556), Zellot (S. 4557)

Einstimmige Annahme (S. 4558)

4. Ldtgs.Zl. 73-5/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlicher Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend den Jahresbericht 2014 des Kärntner Wasserwirtschaftsfonds

Berichtersteller: Ing. Ebner (S. 4558)

Redner: Dipl.-Ing. Johann (S. 4559), Köchl (S. 4559), Pirolt (S. 4560)

Einstimmige Annahme (S. 4561)

5. Ldtgs.Zl. 43-77/31:

Debatte zur mündlichen Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein betreffend Berufsschulskonzept 2020

Redner: Trettenbrein (S. 4561), Mag. Trodt-Limpl (S. 4561), Mag. Malle (S. 4562)

6. Ldtgs.Zl. 51-10/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung

tung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Prasch betreffend HCB-Umweltskandal
Keine Wortmeldung (S. 4563)

7. Ldtgs.Zl. 210-42/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Pirolt betreffend gesundheitsbezogene Maßnahmen bei Suchtgiftmissbrauch
Redner: Rohrer (S. 4563), Mag. Trodt-Limpl (S. 4564), Ing. Hueter (S. 4564), Pirolt (S. 4565)

8. Ldtgs.Zl. 54-16/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Holub zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Ing. Schabus betreffend Umsetzung Cross-Compliance betreffend FFH- und Vogelschutzrichtlinie in Kärnten
Redner: Dipl.-Ing. Johann (S. 4566, 4572), Ing. Schabus (S. 4568, 4573), Tiefnig (S. 4570), Ing. Hueter (S. 4571)

9. Ldtgs.Zl. 39-76/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Holub zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Prasch betreffend Mobilitäts Masterplan Kärnten
Redner: Dipl.-Ing. Johann (S. 4574, 4578), Dr. Prasch (S. 4575), Mag. Schalli (S. 4575), Ing. Ebner (S. 4576), Wieser (S. 4577)

10. Ldtgs.Zl. 39-74/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Holub zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Staudacher betreffend alternative Verkehrskonzepte zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs im ländlichen Raum
Keine Wortmeldung (S. 4579)

Mitteilung des Einlaufes (S. 4579)

- A) Anträge von Abgeordneten (S. 4579)
- B) Schriftliche Anfragen (S. 4581)
- C) Resolution (S. 4581)

Beginn: Freitag, 18.03.2016, 09.08 Uhr

Ende: Freitag, 18.03.2016, 14.50 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.08 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Ing. Rohr**,
Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident **Lobnig**

Anwesend: 33 Abgeordnete

Entschuldigt: **Staudacher, Mag. Dr. Lesjak, Schautzer**

Bundesräte: **Blatnik, Novak, Poglitsch**

Entschuldigt: **Dörfler**

Mitglieder der Landesregierung:
Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Mag. Ragger**, Landesrat **Dipl.-Ing. Benger**, Landesrat **Holub**, Landesrat **Köfer**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 45. Sitzung des Kärntner Landtages, die auf Verlangen der Koalitionsparteien SPÖ, ÖVP und Grüne bei mir mittels Antrag eingebracht wurde und eröffne diese. Ich begrüße im Besonderen die Regierungsmitglieder, die beiden Landeshauptmann-Stellvertreterinnen Dr. Prettnner und Dr. Schaunig, ich begrüße den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Benger, den Herrn Landesrat Holub und den Herrn Landesrat Mag. Ragger, wie ich natürlich auch auf der Beamtenbank den Landesamtsdirektor Dr. Platzer begrüße, seinen Stellvertreter, DDr. Matschek,

Ing. Rohr

den Leiter des Landesrechnungshofes, MMag. Bauer! Ich darf natürlich auch unsere Gäste auf der Zuhörergalerie sehr, sehr herzlich begrüßen! Da sehe ich prominente und wichtige VertreterInnen der Medien, aber natürlich sehe ich auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und aus der Wirtschaft! Ich darf begrüßen Herrn Honorarkonsul Hesse, ich darf begrüßen den Aufsichtsratspräsidenten Alois Hohegger, Alt-Abgeordneten Anton Leikam, den Bürgermeister der Marktgemeinde Treffen, Klaus Glanznig, mit seiner Amtsleiterin! Herzlich willkommen! Ebenso begrüße ich natürlich alle Zuhörerinnen und Zuhörer, die diese Landtags-sitzung via Livestream und technischer Möglichkeiten von zu Hause oder von ihren Arbeitsplätzen aus mitverfolgen! Es ist wie gesagt die Sitzung von mir fristgerecht einberufen worden, und für alle Gäste darf ich einen Begrüßungsap-plaus der Abgeordneten erbitten! *(Beifall im*

Hause.) Für die heutige Sitzung entschuldigt ist die Klubobfrau der Grünen, Dr. Barbara Lesjak, die Abgeordnete Sabina Schautzer und der Abgeordnete Christoph Staudacher hat sich kurzfristig krankgemeldet. Ebenso entschuldigt ist Bundesrat Gerhard Dörfler. Die Bundesratsbank ist sonst vollzählig besetzt mit der Frau Bundesrätin Blatnik, mit dem Herrn Bundesrat Bürgermeister Novak und dem Herrn Bundesrat Bürgermeister Poglitsch. Der Landtag ist beschlussfähig. Wir haben die Geburtstagskinder des Monats März schon begratuliert, ich darf noch einmal wiederholen, am 8.3. hat die Frau Abgeordnete Rohrer und gestern hat der Herr Abgeordnete Redecsy seinen Geburtstag gefeiert. *(Beifall im Hause.)*

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr am Beginn der Sitzung zur Fragestunde.

Fragestunde

Mit der Tagesordnung wurden zwei offene Anfragen an die Regierungsmitglieder versendet. Die erste Anfrage:

1. Ldtgs.Zl. 175/M/31:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Johann an Landesrat Dipl.-Ing. Benger**

Ich darf ersuchen, diese Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Landesregierung! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Hohes Haus! Unsere Bäuerinnen und Bauern haben in den letzten Monaten einen ganz massiven, existenzbedrohenden Milchpreisverfall hinnehmen müssen. Das ist weniger eine indirekte Folge der Russland-Sanktionen, wie immer suggeriert wird, sondern liegt daran, dass sich die Milchanlieferung durch den Wegfall der Milchquote stark erhöht hat. In Österreich ist das so, aber auch in anderen europäischen Ländern. Diese Milchschwemme – und wir reden da von

bis zu 20 Prozent mehr Milch, die bei einzelnen Molkereien angeliefert wird – ist eine logische Konsequenz eben des Auslaufens der Milchquote.

Welche Maßnahmen setzt nun das Agrarreferat, um die vom Milchpreisverfall betroffenen Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bevor ich dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Benger das Wort erteile, darf ich noch den inzwischen eingetroffenen Landesrat Köfer auf der Regierungsbank begrüßen! Herr Diplomingenieur, Sie sind am Wort!

Landesrat **Dipl.-Ing. Benger** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Geschätzte Kollegen in der Regierung! Geschätzte Abgeordnete, Zuhörer hier auf der Tribüne und zu Hause! Geschätzte Damen und Herren! Das Thema mit dem Milchpreis könnte nicht aktueller gestellt werden als heute. Ich bedanke mich beim Abgeordneten Johann für diese Anfrage! Sie ist von, wie ich glaube, zentraler Bedeutung

Dipl.-Ing. Benger

und geht weit über die Agrarwirtschaft hinaus. Sie ist von gesellschaftlicher Bedeutung, sie bringt nämlich das Bewusstsein für unsere regionale Produktion in Kärnten sehr stark ins Licht am Beispiel der Milch. In der EU ist das Thema Milchquotenabschaffung seit dem Jahre 2004 bekannt, und Österreich hat sich immer gegen diese Abschaffung ausgesprochen. Hinzu kommen das Russlandembargo und die schwächelnden Märkte auch anderswo. Wir werden das zu tun haben, was hier möglich ist. Daher gilt es, unseren Fokus auf Kärnten zu setzen und gilt es, die Dinge hier voranzubringen. Ich darf erinnern, dass wir das Bewusstsein verstärkt auf unsere heimischen Produkte zu lenken haben und daher die entsprechenden Maßnahmen zu setzen haben.

Mein Credo gilt der konsequenten Anwendung des Bestbieterprinzipes. Dieses stärkt die Wertschöpfung im Land und am Land, das Bestbieterprinzip, das auf Bundesebene jetzt seine erste Verankerung gefunden hat. Dies gilt es, in allen Bereichen auch im Land Kärnten bei der öffentlichen Beschaffung umzusetzen und durchzusetzen. Da betrifft es nicht nur die Milch, sondern alle Lebensmittel, nein, es betrifft die gesamten Wirtschaftskreisläufe, wo dieses Bestbieterprinzip anzuwenden ist. Ich gehe hier die Dinge in meinem Vorgehen als Wirtschaftsreferent wie auch als Agrarreferent und als Tourismusreferent bewusst ganzheitlich an. Ganzheitlich können wir in Kärnten viel bewirken, wenn wir es entsprechend berücksichtigen. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich bei den Freiheitlichen. Dann ist der Abgeordnete Zellot mit einer Zusatzfrage am Wort! Bitte, diese vom Rednerpult aus zu stellen!

Abgeordneter **Zellot** (F):

Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Preisverfall bei der Milch ist enorm, Herr Agrarreferent! Das Traurige dabei ist, dass jetzt viele

von einer Mengensteuerung sprechen. Das heißt, dann war die Abschaffung der Milchquote nicht das Richtige, was in der Europäischen Union und was aufgrund von Freiheitlichen Anträgen im Parlament passiert ist. Es haben auch die Bauernbund-Funktionäre für die Abschaffung der Milchquote im Hohen Haus gestimmt. War die Abschaffung der Milchquote ein Fehler?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Dipl.-Ing. Benger, bitte, nach Möglichkeit um Beantwortung!

Landesrat **Dipl.-Ing. Benger** (ÖVP):

Geschätzter Abgeordneter Zellot, ich darf in Erinnerung bringen, was ich vor sieben Minuten gerade von mir gegeben habe, dass Österreich und auch die Landwirtschaftskammer und der Bauernbund sehr stark gegen diese Abschaffung der Milchquote waren. Europa besteht heute aus 28 Staaten, dies darf ich in Erinnerung rufen, damit man die Dimension auch versteht. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es noch den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Nein, sehe ich nicht! Dann hat der Anfrager die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen, bitte!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Die Europäische Union möchte als eine Maßnahme zur Unterstützung des Milchmarktes Branchenvereinbarungen zwischen Erzeugern und ProduzentInnen ermöglichen. Halten Sie eine Branchenvereinbarung zur Sicherung eines kostendeckenden Milchpreises in Kärnten für eine sinnvolle Maßnahme?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Diplom-Ingenieur, ich darf Sie bitten, zu beantworten!

Landesrat **Dipl.-Ing. Bengler** (ÖVP):

Die sinnvollsten Maßnahmen sind jene, die wir selbst steuern und vor Ort auch bewirken können. Setzen wir das Bestbieterprinzip um! Ich lade Sie ein, machen wir das, was wir hier vor Ort regeln können und verlassen wir uns nicht auf andere, die möglicherweise andere Interessen haben! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die erste Anfrage abgearbeitet. Wir kommen zur Anfrage 2:

2. Ldtgs.Zl. 176/M/31:

Anfrage des Abgeordneten Wieser an Landesrat Mag. Ragger

Ich darf ihn bitten, diese Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Werte Regierungsmitglieder! Wie für jede Tierart setze ich mich eigentlich für die Vielfalt von Tieren ein. Aber wenn eine Tierart aufgrund von fehlenden natürlichen Feinden ganz einfach überhand nimmt, so kann sie auch zur Plage werden, deshalb meine Anfrage an den Jagdreferenten Mag. Ragger:

Welche Maßnahmen setzen Sie in Ihrem Bereich zur Eindämmung der Schäden durch den Biber?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Mag. Ragger, darf ich Sie bitten, diese Anfrage zu beantworten?

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hauses! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen vor Beantwortung der Frage zuerst vorab die Rechtslage kurz skizzieren. Wir wissen, dass der Biber genauso wie der Fischotter nach der Kärntner Rechtslage im Kärntner Jagdgesetz geregelt ist, nämlich insofern, als dass er ganzjährig geschont ist, aber er

ist jagdbar. So weit, so gut! Man könnte also meinen, man könnte als erste Maßnahme die Entnahme des Bibers regeln. Das heißt, man schickt Jäger aus und geht ihn bejagen. Das ist aber nicht so einfach, weil er so wie der Fischotter, der Bär, der Luchs, der Wolf unter internationalem Schutz steht, nämlich aufgrund des Berliner Konventionsübereinkommens als auch aufgrund der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Was wir in diesem Bereich benötigen ist, dass es einen ausreichenden gesicherten Bestand gibt. Wenn dieser ausreichend gesicherte Bestand eines Tages bestehen wird, wir schätzen, dass es zwischen 130 bis 190 Biber in Kärnten gibt und fünf dazu auf den OBI-Märkten, dann wird man davon ausgehen können, dass man hier auch die Möglichkeit hat, eine Entnahme anzuwenden. Wir haben im letzten Jahr fast € 10.000,-- für Entschädigungen aufgewendet für Landwirte, die wir aus dem Ansatz der Jagd ausbezahlt haben. Wir haben in Übereinstimmung mit dem Naturschutz, mit dem Kollegen Holub versucht, hier auch Präventivmaßnahmen zu setzen. Das war von der Errichtung des Zaunes bis hin zu anderen geeigneten Maßnahmen, dort, wo es auch rechtlich möglich ist, auch Dammbauten des Bibers zu entfernen. Das sind diese Maßnahmen, die wir bis zum heutigen Tage gesetzt haben. Wir werden jetzt zur Zeit, gerade in einer Studie planend, hier den Bestand einmal sicherstellen. Dann wird es zu weiteren Vorgehensweisen kommen. Danke! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? *(Abg. Pirolt meldet sich zur Zusatzfrage.)* – Bei den Freiheitlichen sehe ich diesen. Dann hat der Abgeordnete Pirolt die Möglichkeit, diese auch zu stellen! Bitte ihn vom Rednerpult aus, dies zu tun!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich erlaube mir noch einen kurzen Ausflug zur ersten Frage. Herr Dipl.-Ing. Bengler! – *(Vorsitzender: Die Frage, Herr Abgeordneter Pirolt, ist ausschließlich an den Landesrat Ragger zu stellen! Bitte, es gibt nicht die Möglichkeit, Fragen, die vorher*

Pirolt

behandelt wurden, entsprechend zu kommentieren!) Entschuldigung, Herr Präsident, ich komme sofort zu meiner Frage. Herr Landesrat, das Problem mit jagdbarem Wild und ganzjährig geschont, trifft natürlich auch die Jäger, denn sie sind in erster Linie für die Schäden zuständig. Könnte man das vielleicht im Jagdgesetz irgendwie so regeln, dass diese herausgenommen werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Mag. Ragger, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Geschätzte Damen und Herren des Hauses! Könnten wir die Jäger herausnehmen? (*Dies wird humorvoll vorgetragen.*) Nein! Natürlich, man könnte es sofort machen. Teilweise gibt es solche Ansätze im Westen von Österreich, man hat es dort ins Naturschutzgesetz gegeben. Über eines muss man sich im Klaren sein: Die zu bezahlenden Schäden, die dann anfallen, hat der Naturschutz zu tragen. Ich glaube, es ist eine bessere Maßnahme, das im Jagdgesetz bestehen zu lassen und das auf Basis dessen zu machen, was wir auch – (*Der Redner mit Blick auf die Zuhörertribüne.*) der Bernd Hesse sitzt auch heute da – bei einem Fischotter-Projekt gemacht haben. Wir haben ein Fischotter-Projekt aus der Europäischen Union bekommen, wo wir € 300.000,- aufwenden, nicht Kärnten, sondern über Zahlungen der Europäischen Union, wo wir gemeinsam mit dem Bereich von Finnland und dem Bereich der Niederlande versuchen, hier ein Management einzurichten, indem wir in dem

Fall dort die Fischotter exportieren. Wenn der Bestand einmal gesichert ist, dann wird man natürlich beginnen, sie zu entnehmen. Das heißt, wir werden sie auch bejagen. Dasselbe wird auch für den Biber gelten. Natürlich werden wir unter den Voraussetzungen der Konventionen und der dementsprechenden internationalen Schutzabkommen den Bestand erhalten. Aber was zu viel ist und was drüber geht, da wird man ganz ehrlich sein, und so viel Mut muss die Politik auch haben, da wird man es dann bejagen. Dann wird man halt die Biber entnehmen, man wird halt den Fischotter schießen. Das wird letztendlich auch der Abwägungsprozess sein. Wir haben dort aber sehr erfahrene Experten, angefangen bei der Frau Mag. Graf, die für den Bereich des Bibers zuständig ist, aber auch für den Bereich des Fischotters. Jetzt gilt es einmal, diesen Bestand zu sichten, zu sichern und dann in weiterer Folge, wenn es dann klargelegt ist in diesem Managementplan für die Biber als auch für die Fischotter, werden wir dann auch die letzte Maßnahme zu vollziehen und sie auch zu bejagen haben.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage beantwortet. (*Abg. Pirolt: Danke!*) Der Anfrager hat mir signalisiert, dass er keine Zusatzfrage hat. Wir haben die Fragestunde erledigt und kommen daher zur Abhaltung der Aktuellen Stunde.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf noch, bevor ich die Aktuelle Stunde aufrufe, auch den Herrn Landeshauptmann sehr herzlich auf der Regierungsbank begrüßen! Damit ist also die Regierung vollzählig bei der heutigen Landtagssitzung auch anwesend. Zur Aktuellen Stunde:

Aktuelle Stunde

Nach dem Rotationsprinzip sind diesmal die Grünen antragsberechtigt. Sie haben auch zeitgerecht ein entsprechendes Thema eingebracht, das da lautet: „Ablehnung des Rückkauf-Angebotes – Perspektiven für Kärntens Zukunft.“ Als erster Redner zu Wort gemeldet ist in der Aktuellen Stunde von den Grünen der Abgeordnete

Dr. Reinhard Lebersorger. Wir starten die Aktuelle Stunde um 09.24 Uhr. Bitte!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Kärntner Landesregierung! Kollegen und Kolleginnen! Geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! Die Zukunft Kärntens kann nicht gesehen werden ohne die Vergangenheit Kärntens. Die Zukunft wird von der Vergangenheit stark beeinflusst werden. Dem können wir uns nicht entziehen. Diese Einflussfaktoren sind zum Teil noch ungewiss. Wir wissen, dass verschiedene Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft werden. Wir haben hier das Finanzmarktstabilitätsgesetz, das Bankensanierungs- und -abwicklungsgesetz, das jetzt beim Verfassungsgerichtshof sein wird. Wir hoffen natürlich, und da bin ich eigentlich überzeugt, dass es verfassungskonform ist, dass wir darauf aufbauen können, dass das so ist. Wenn das so ist, dann ist das natürlich ein starker Rückschlag für die potentiellen Haftungsgläubiger. Aber eines kann man schon sagen: Auch wenn Kärnten in die Insolvenz gehen sollte, der Landeshauptmann wird auf seinem Sessel bleiben, die Landesregierung wird die Geschäfte der Landesregierung weiterhin durchführen. Wir Landtagsabgeordneten werden weiterhin die Gesetze beschließen. Aber es wird natürlich schwierig sein in dieser Situation. Wir hatten gestern einen Informationstag. Von den Rechtsvertretern wurden verschiedene Flipcharts gezeigt und auf einer wurde die Zukunft Kärntens als Wolke dargestellt. Das heißt, die Zukunft ist in gewisser Weise verhüllt und in gewisser Weise unsicher. Aber, und das Aber ist wichtig, wir müssen trotzdem alle unsere Anstrengungen darauf richten, wie wir in der Zukunft die Herausforderungen und die Veränderungen durchführen, die für dieses Land einfach notwendig sind. Man kann sich fragen, warum ist denn das so schwierig, Veränderungen umzusetzen? In meiner Steuerberatungskanzlei bin ich auch laufend vor die Aufgabe gestellt, Veränderungen umzusetzen. Es ist auch dort nicht leicht, die Gesellschafter, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen davon zu überzeugen. Ich kann mich erinnern, einmal habe ich einen Vorschlag gemacht und dann sind nur Vorschläge gekommen, warum es nicht funktioniert. Dann habe ich gesagt, überlegt einmal, warum es funktionieren könnte! Ich habe die Antwort bekommen, da fällt uns nichts ein. Manchmal habe ich den gleichen Eindruck, dass uns hier nichts einfällt, wie es wirklich gehen könnte.

Da möchte ich kurz ausführen: Warum gibt es solche Widerstände? Ich glaube, der erste Widerstand ist der, dass wir eine gewisse geistige Unbeweglichkeit haben. Aus der Vergangenheit kommend, werden Vorschläge vorschnell abgelehnt als nicht durchführbar. Kreative Prozesse können damit nicht eingeleitet werden. Das Zweite ist, und das ist etwas Emotionales, wenn wir nicht mit voller Kraft, mit vollem Herzen dahinter stehen, was wir machen wollen, dann werden wir den Zugang zu unserer Kreativität, zu unserem Elan nicht finden. Wir blockieren uns damit, und mit einer zynischen Distanzierung von der Wirklichkeit werden wir die Probleme nicht lösen. Ich denke hier an unsere Diskussion, was die Flüchtlinge betrifft, wo wir einfach dieses Potential, das wir in uns tragen, nicht verwirklichen. Das Dritte ist die Angst. Wir haben immer Angst, etwas aufzugeben oder uns selbst zu verändern. Das sind alles individuelle Geschichten, aber es ist auch eine gesellschaftliche Frage, wie wir uns hier positionieren. Meine Schlussfolgerungen daraus: (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit!*) Wir müssen begreifen, dass die reale politische Situation durch unser Denken und unser Handeln geprägt ist. Wir brauchen keine Ausreden, wer schuld war. Immer diese Schuldzuweisungen! Wir müssen begreifen, dass wir uns selbst auch ändern müssen, dass wir Teil dieses Systems sind und wir als Teil dieses gesellschaftlichen und politischen Systems handeln müssen. Die Herausforderungen, die wir haben, die kennen wir alle. Die wurden hier schon hundertfach deponiert und besprochen. Es geht darum, und das würde ich hoffen, dass diese Krise, die wir jetzt in Kärnten haben, dazu genutzt wird, in einer konstruktiven Zusammenarbeit etwas Positives für dieses Land zu leisten. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der SPÖ-Klubobmann, Abgeordneter Herwig Seiser. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Geschätzte Damen und Herren der Regierungsbank! Das HETA-Angebot wurde von den Gläubigern abgelehnt mit der Begründung, es hätte vom Land Kärnten eine Gesprächsverweigerung gegeben. Gelinde gesagt, ist diese Ausrede eine Frechheit, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Erinnern Sie sich: Gab es jemals ein konstruktives, von allen Gläubigergruppen gemeinsam getragenes Angebot gegenüber Kärnten oder gegenüber dem Bund? Dieses Angebot gab es nie! Daher ist die Gesprächsverweigerung auf anderer Seite zu suchen. Sie werden nicht durchkommen, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nicht mit hypertrophen Forderungen jenseits der 100 Prozent, nicht mit einem herbei phantasierten Pleite-Szenario und nicht mit dem Ruf nach dem Insolvenzverwalter. Diejenigen werden damit nicht durchkommen, die sich an den Garantien des Landes, die arbeitende Menschen gegeben haben, gesundgestoßen haben, diejenigen, die eine auf dem Boden liegende, marode Bank noch gemolken haben, diejenigen, die ein faires, rechtlich und wirtschaftlich abgesichertes Angebot abgelehnt haben. Und bei dieser Angebotserstellung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist mit der größtmöglichen Vorsicht, Rücksicht und mit dem größtmöglichen Engagement und Fachwissen vorgegangen worden. Dieses Angebot hat auf Bundesseite der Finanzminister Schelling orchestriert und auf Landesseite unsere Finanzreferentin Gaby Schaunig und der Landeshauptmann. Und es ist bestechend, zu bemerken, dass sich die Finanzreferentin das zweite Mal in ihrer politischen Karriere schützend vor die KärntnerInnen stellt und gestellt hat, das erste Mal (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*) gegen auch kriminelle Elemente in einer Bank und das zweite Mal gegen wild gewordene Zocker-Institute, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Sie werden nicht durchkommen, ein zweites Irland wird es nicht geben, wo nach dem Banken-Crash 400 Milliarden Euro an staatlichen Bürgschaften schlagend wurden, die Zocker-Institute ihr Geld in voller Höhe zurückerhalten haben und das Land in eine Schuldenkrise schlitterte! Damit so etwas nicht mehr passiert, gibt es eine EU-Abwicklungsrichtlinie, und es wird ein langer Rechtsweg sein, bis auch der

Europäische Gerichtshof – und darauf ist zu vertrauen – in unserem Sinne entscheiden wird. Die Gläubigerbeteiligung bei der Bankenrettung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wird möglicherweise die Finanzordnung in Europa verändern. Und um mit den von uns heute gemeinsam beantragten Maßnahmen diesen Gläubigern entgegenzutreten, ist den Gläubigern von hier aus zu sagen: Es wird ein langer Weg werden, es wird ein steiniger Weg werden und Sie, geschätzte Gläubiger, werden aller Wahrscheinlichkeit nach diesen Weg nicht als Sieger verlassen! Wir wissen, was wir der Kärntner Bevölkerung schuldig sind, (*Vorsitzender: Eine Minute!*) und wir werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen diese Gläubigerwünsche, -forderungen und -drohungen zur Wehr setzen! Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Freiheitliche Klubobmann, Mag. Leyroutz! Ich darf ihm vom Rednerpult aus das Wort erteilen!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich glaube, in dieser Zeit muss es oberste Prämisse der Politik des Kärntner Landtages, der Kärntner Landesregierung sein, eine gemeinsame Position einzunehmen, um diese Krise zu meistern! Dafür stehen wir als Freiheitliche, und dazu bekennen wir uns! Konstruktive Kritik, wie wir sie aber in der Vergangenheit angebracht haben, muss möglich sein, insbesondere in einer gelebten Demokratie. Zur Vorgangsweise dieser Koalition in der Vergangenheit: Das gewählte Konstrukt hat nie unsere Zustimmung gefunden, und ich möchte hier vor allem die Worte vom Kollegen Lebersorger zitieren: „Zynische Distanzierung von der Wirklichkeit. Man könnte es Realitätsverweigerung nennen.“ Oder wie es heute ein Kommentator in einer Zeitung geschrieben hat: „Eine eklatante Fehleinschätzung der Situation.“ Wir haben von Anfang an gesagt, dass diese Konstruktion, dass dieser Vorschlag nicht angenommen werden wird. Es war nie eine Debatte, ob diese Lösung

Mag. Leyrouz

wirtschaftlich vernünftig, wirtschaftlich tragbar war, denn die Gläubiger haben von Anfang an eine ganz andere Ansicht vertreten, und es wäre die Aufgabe der Finanzreferentin, aber auch der Berater gewesen, zu den Argumenten der Gegenseite eine entsprechende Gegenargumentation zu finden, Argumente zu finden, warum es sich hier nicht um einen Präzedenzfall handelt, warum diese Lösung tatsächlich zu finden gewesen wäre, mag sie wirtschaftlich vernünftig oder unvernünftig sein. Dies ist nie erfolgt, und man kann das nur als zynische Distanzierung von der Wirklichkeit bezeichnen, wenn die Finanzreferentin und ihre Berater von einem der besten Angebote sprechen, denn am Ende zählt der Erfolg oder das Scheitern. Und wir reden hier von einem Scheitern, wir reden hier von Geldverbrennen, von 24 Millionen Euro, und daher werden wir auch heute einen dementsprechenden Misstrauensantrag gegen die Finanzreferentin einbringen, denn sie hat die Verantwortung für die unserer Ansicht nach falsche Strategie zu tragen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber genau das birgt auch die Möglichkeit für eine Veränderung in der Zukunft, denn Gesprächsverweigerung, das Ablehnen von Vorschlägen, nur weil sie aus der anderen politischen Ecke kommen, müssen in Kärnten endlich ein Ende haben! Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und unsere Sachkenntnis einzubringen. Wir haben von Anfang an die Vorschläge in Bezug auf die Verfassungswidrigkeit der entsprechenden Bestimmungen im Kärntner Landesholdinggesetz gebracht, und mit dem heutigen gemeinsamen Schritt alle erdenklichen rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, sind wir meines Erachtens diesbezüglich auf einem guten Weg. Und ich kann dem Kollegen Seiser nur beipflichten, die Gläubiger haben nicht die besseren Argumente. Ich glaube, dass die Argumente in juristischer Hinsicht für das Land Kärnten wirklich gut sind. Und an die Gläubiger: Die Polemik, die einzelne Gläubigergruppen an den Tag legen und dem Land Kärnten unterstellen, hier das Geld zu verprassen, mit Mercedes-S-Klasse zu fahren, das sind einfach Wortmeldungen, die zurückzuweisen sind und die hier nichts verloren haben! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Reputationsschaden, der Zinsschaden, der auf uns zukommen wird, wenn die FMA den Schuldenschnitt verhängen wird, der darf nicht außer Acht gelassen werden, und da kommen

wir dann zur Verantwortung des Bundes, denn der Bund wird die Verantwortung für *(Vorsitzender: Eine Minute!)* seine verfehlte Politik seit dem Jahr 2012 für das Niederfahren der Bank zu tragen haben und die werden wir einfordern! Wenn wir über die Perspektiven für Kärnten reden, dann geht es darum, nicht immer Floskeln zu verwenden wie „Hetargie“ und keine Lösungen anzubieten, sondern nur Stehsätze. Wir müssen es anpacken, wir müssen die Reformen angehen! Wir können sofort die einzelnen Schulen, das landwirtschaftliche Schulwesen zusammenlegen, wir können das K-Schema im Rahmen der KABEG alsbald ändern, hier Geld einsparen, wir müssen nur die einzelnen Reformen angehen. Was wir in Kärnten benötigen, ist Beschäftigung, wir benötigen Investitionen, wir benötigen eigene Wertschöpfung, aber wir benötigen vor allem das Vertrauen der Kärntner in Kärnten und in die Politik! *(Beifall von der F-Fraktion, dem BZÖ und Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der ÖVP-Klubobmann, Bürgermeister Ferdinand Hueter. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohe Regierungsbank! Liebe Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde ist wirklich ein sehr aktuelles, und ich glaube, wir sollten da nicht in Polemik verfallen, wie es mein Vorredner getan hat, sondern wir sollen Geschlossenheit gegenüber den Gläubigern, gegenüber all jenen, die es vielleicht nicht ganz so gut mit unserem Bundesland Kärnten meinen, zeigen. Ich glaube, die Zeit ist reif, dass wir hier wirklich einmal an einem Strang ziehen und die Vergangenheit ruhen lassen und uns wirklich der Zukunft widmen. Aber einen Satz zur Vergangenheit kann ich Ihnen leider Gottes, obwohl ich es eigentlich wollte, heute nicht ersparen. Der Herr Kollege hat das schon sehr treffend gesagt mit den „zynischen Bemerkungen“. Einen Satz will ich herausholen aus der Vergangenheit mit der Verstaatlichung vom 17. Dezember 2009, vom da-

Ing. Hueter

maligen Landeshauptmann Dörfler, wörtlich: „Wir können froh sein, dass wir das Problem Hypo so erfolgreich gelöst haben.“ Das ist nicht aus meinem Mund gekommen, sondern vom damaligen Landeshauptmann, und ich muss sagen, jetzt Bemerkungen auszugeben, wie immer sie ausschauen, ich glaube, die sind wirklich fehl am Platz, und ich würde wirklich appellieren, zeigen wir endlich Geschlossenheit zum Wohle unseres Bundeslandes, weil es ist wirklich zum Schämen, wie da einige bei euch den Zick-Zack-Kurs fahren! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)* Ich möchte noch ein Zitat sagen, und dann möchte ich es dabei belassen. Es hat einmal ein Plakat gegeben: „Ich passe auf euer Bundesland auf.“ Ich könnte es jetzt umgekehrt sagen: So passt ihr auf euer Kärnten auf! Das ist, glaube ich, nicht ideal! Aber ich gehe jetzt zur Zukunft. Trotz allem, *(Zwischenruf von Abg. Mag. Schalli.)* dass jetzt die Gläubiger diese Ablehnung gemacht haben, gibt es keinen Grund zu einer „Hertargie“. Es ist auch keine Schockstarre, es gibt auch keinen Stillstand, und ich glaube, wir sind weder zahlungsunfähig, handlungsunfähig, noch entscheidungsunfähig. Wir sind es nicht, Kärnten steht nicht still, Kärnten wird es auch in Zukunft geben. Ich glaube, wir sollten selbstbewusst an die Sache herangehen, selbstbewusst im Sinne eines Landes, und ich glaube, das ist wie überall. Wenn es einmal nicht so gut geht, dann heißt es, zusammenstehen, dann heißt es, wirklich an den positiven Rädchen des Landes zu drehen. Und ich glaube, da will ich meinen Satz ansetzen, hier will ich auch die Zukunft des Landes ansetzen. Wir müssen – und das ist jetzt wirklich Gebot der Stunde – die Reformen angehen. Wir haben schon so viele Jahre über Reformen geredet, wir brauchen endlich wieder Spielraum. Egal, wie das jetzt mit der HETA ausgeht, Kärnten hat einen Schuldenstand von über 4,3 Milliarden Euro. Das heißt, wir haben eine Pro-Kopf-Verschuldung von € 5.546,- ganz genau. Das ist die höchste Pro-Kopf-Verschuldung nach Wien, und ich glaube, da müssen wir etwas tun. Eine Reform – und das habe ich hier von diesem Rednerpult aus schon ein paar Mal gesagt – hat ja auch etwas Positives. Wir kriegen wieder Spielraum. Und ich breche das immer herunter auf die Gemeinden, bei den Gemeinden haben wir diesen erfolgreichen Kurs mit diesen Benchmarks 2006/2007 unter Josef Martinz und mit Franz Sturm begon-

nen. Wir wissen alle, die Bürgermeister, die da herinnen sitzen, da gibt es Vergleichswerte. Die, die darunter sind, kriegen einen Bonus und die, die darüber sind, kriegen nichts. Das heißt, es geht um € 25.000,- bei fünf Benchmarkzahlen, und ich glaube, diese Benchmarkzahlen haben wir auch auf Bundesebene. Ich glaube, da brauchen wir nichts neu zu erfinden, wir brauchen nur das, was schon da ist, einmal auf die österreichischen Zahlen herunterzubrechen, dann haben wir Spielraum. Und ich glaube, das erwartet sich die Bevölkerung Kärntens von uns, dass wir jetzt hier nach den Reden, nach diesen gegenseitigen Schuldzuweisungen, nach all diesen negativen Sachen positiv an die Sache herangehen, dass wir die Reformen angehen, eine nach der anderen. Und ich glaube, die Bevölkerung steht hinter uns, wir müssen aber auch den Mut haben, über diese Reformen nicht nur zu reden, sondern sie auch umzusetzen. Ich glaube, Kärnten steht gut da. Wenn wir das gemeinsam angehen, dann schaffen wir das! *(Vorsitzender: Eine Minute Redezeit!)* Danke, Herr Präsident! Ich sehe das positiv. Wenn wir die Reformen gemeinsam angehen, bekommt Kärnten wieder den Spielraum und auch den Stellenwert, den es verdient! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf noch die zusätzlich eingetroffenen Besucherinnen und Besucher auf unserer Galerie begrüßen und natürlich auch die anwesenden, erschienenen Medienvertreterinnen und Medienvertreter! Herzlich willkommen! Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Professor Dr. Hartmut Prasch. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Werte Vertreter auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Medienvertreter! Ich bin durchaus froh, dass der zweite Teil des Titels der Aktuellen Stunde, nämlich „Perspektiven für Kärntens Zukunft“ gleich in eine positive Richtung geht. Darüber nämlich möchte ich reden.

Deshalb fordern wir auch am Anfang klar, dass das Zeitfenster bis zum Ablauf des HETA-

Dr. Prasch

Moratoriums und bis zum Schuldenschnitt durch die FMA genutzt wird, um noch weiter an einer Lösung zu arbeiten, so oder so! Es muss dies eine eng abgestimmte und mitgetragene Lösung mit dem Bund sein. Sich als Finanzminister jetzt darauf zurückzuziehen, dass nur mehr die FMA am Zug und der Bund aus dem Spiel sind, das ist deutlich zu wenig! Man muss zu jeder Zeit daran erinnern, dass es der Bund mit seiner nicht notwendigen „Notverstaatlichung ohne Not“ und seiner teuren Verzögerungstaktik in Sachen Einrichtung der Hypo Bad Bank war, der einen riesigen Anteil an der Hypo-Misere zu tragen hat.

Unserer Bewegung geht es aber nicht um die Vergangenheit, sondern eindeutig um die Zukunft des Landes. Was braucht Kärnten dringend und jetzt? Kärnten braucht wirtschaftliche und rechtliche Sicherheiten und damit unausweichlich Verhandlungen mit dem Bund, zudem als Basis für eine Weiterentwicklung des Landes tabulose Reformen und Strukturveränderungen! Wo müssen wir zwingend sparen und wo müssen wir dringend Impulse setzen? Das ist die komplexe Kernfrage, die beantwortet werden muss und die die politische Zusammenarbeit aller politischen positiven Kräfte im Land erfordert. Auch wenn es noch so abgedroschen klingt, aber die Krise kann auch als Chance gesehen und genutzt werden. Um diese Nutzung zu erreichen, führt allerdings kein Weg mehr an den schon erwähnten Reformen vorbei. Die Koalition hat in den letzten drei Jahren völlig verschlafen, und es sind keine substanziellen Reformen erkennbar oder auf den Weg gebracht worden, nein, vielmehr sitzt noch immer jede Koalitionspartei auf ihren Pfründen. Bei der SPÖ ist es der Sozial- und Gesundheitsbereich, wo Arbeitsmarktpolitik statt Gesundheits- und Sozialpolitik betrieben wird. Die ÖVP ist hingegen beispielsweise nicht bereit, beim landwirtschaftlichen Schulwesen oder beim ländlichen Wegenetz irgendwelche Veränderungen zuzulassen. Und aus Sicht der Grünen hat man sich mit dem Energiemasterplan und dem Mobilitätsmasterplan koalitionsintern zwei Dinge gesichert, die bis jetzt ausschließlich und für teures Geld Landesrat Holub in Szene gesetzt haben. *(LR Holub: Keine Ahnung!)* Wie erwähnt, sind die Reformen bis jetzt, wenn überhaupt, von homöopathischer Dosis gewesen. Beispielsweise wurde die Parteienförderung mit dem letzten Beschluss gesamt nur um € 250.000,- pro Jahr gekürzt. Hier ist

kein Reform- und Sparwille erkennbar, ebenso wie im Gesundheitsbereich, wo zehn Millionen Euro an Einsparungen einem jährlichen Abgang von rund einer viertel Milliarde Euro alleine bei den Krankenanstalten gegenüberstehen.

Wir verlangen, dass jetzt fundamentale Strukturmaßnahmen gesetzt werden, aus denen kein Bereich ausgenommen werden darf. Kärnten hat die Pflicht, endlich positive Signale auszusenden, Signale in Richtung Reformbereitschaft, Signale, dass Kärnten das verwaltungseffizienteste Bundesland werden will! Derzeit sind die Verwaltungskosten *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* in Kärnten um 20 Prozent höher als im Bundesschnitt, das nur als Beispiel. Die Zeit ist überreif! Die Koalition hat sich seit der Wahl über drei Jahre um Reformen herumgedrückt und lieber umgefärbt als umgesetzt. Diese Zeit müssen wir jetzt aufholen! Was wir auch nicht brauchen, sind Boxkämpfe, Realitätsverweigerung, Maulkorb-Erlässe und Beschönigungen! Die Wahrheit ist der Bevölkerung in jeglicher Hinsicht zumutbar! Nur wenn Reformen von Dialog, Offenheit und Transparenz bestimmt sind, wird es auch gelingen, die Bevölkerung auf diesen zukünftigen Weg mitzunehmen! Danke! *(Beifall vom Team Stronach, vom BZÖ und von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wilhelm Korak. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Korak** (BZÖ):

Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Werte Zuseherinnen und Zuseher und auch Vertreter der Medien! Man kann sagen, die Finanzlandesrätin Schaunig beziehungsweise der Landeshauptmann haben die falschen Berater. Man kann sagen, es ist alles falsch gewesen, was die Regierungskoalition oder die Koalitionsparteien gemacht haben. Das kann man so aber nicht sagen, denn was bringt es uns? Es bringt uns nicht weiter! Das Land Kärnten steht nach wie vor vor der großen Herausforderung, die Gläubiger haben das Angebot nicht angenom-

Korak

men. Somit jetzt jemandem Schuld zuzuweisen, bringt dem Land – wirklich auf den Punkt gebracht – nichts! Das Einzige, was es uns bringt, ist eine schlechte und negative Berichterstattung in den Medien, immer mit den schlimmen Worten „Insolvenz, Konkurs“ und was auch noch immer kommt. Das bringt dem Land nichts, das bringt dem Image Kärntens nichts, vor allem bringt das den Investoren und Kleinunternehmern nichts und schon gar nichts der Bevölkerung! Die Bevölkerung wird verunsichert, wie es mit Kärnten weitergeht. Klein- und mittelständische Betriebe machen sich Sorgen, was in Kärnten in Zukunft geschieht. Kriegen wir noch Aufträge? Können wir Arbeitsplätze sichern? Müssen wir abbauen? Das sind die Ängste und Sorgen, die die Bevölkerung hat. Also finde ich jetzt heute und hier eines sehr spannend und auch lobenswert: Wir haben fast ein ganzes Jahr gebraucht, dass wir uns hier im Hohen Haus einig sind und heute gemeinsam einen Antrag einbringen, den alle Abgeordneten unterschrieben haben. Wir hätten es schon vor einem Jahr, einem halben Jahr haben können! Aber nein, wir mussten ein Jahr verstreichen lassen, und es ist leider so! Aber Gott sei Dank, besser jetzt als nie, für die Kärntner Zukunft!

Kollege und Klubobmann Ferdi Hueter, ich wollte wirklich nicht nachzündeln, aber wenn du schon anzündest, es sind immer die Vorgängerregierung und andere, die es schlecht gemacht haben: Ganz aus dem Spiel nehmen darfst du auch – bitte! – deine ehemaligen Finanzminister nicht, ob es die Frau Fekter oder der Herr Pröll waren, die alle mitbeteiligt waren! Soviel zum Thema der Vergangenheitsbewältigung! Es waren alle irgendwo mit an Bord! Wie du schon gesagt hast, dass der Finanzminister jetzt hergeht und sagt, er nimmt sich aus dem Spiel, Kärnten ist auf sich alleine gestellt. Das kann es wohl nicht sein! Denn seien wir doch ehrlich, bei der Abwicklung der HETA hat das Land Kärnten keinen Einblick – definitiv keinen Einblick! – was veräußert wird, wann veräußert wird und zu welchen Preisen es veräußert wird! Kärnten, sprich die Finanzlandesrätin, oder wir alle zusammen wissen nicht, was da herauskommt! Wir haben keinen Einblick! So sollte man vielleicht mit Partnern, die man auf Augenhöhe hat, sprich Bund und Land, nicht umgehen! Das möge man vielleicht auch einmal in Richtung Wien bringen!

Aber nichtsdestotrotz, reden wir doch über die Zukunft! Selbst führende Chefredakteurinnen und Chefredakteure haben die Regierungsparteien oder Koalitionsparteien schon darauf aufmerksam gemacht, was sie 2013 unterschrieben haben: Reformen für das Land Kärnten durchzuführen und zu machen! Bis heute haben wir noch nichts gemacht! Was der Rechnungshof als eines der letzten Beispiele bringt mit den Gehältern der Geschäftsführer, wo man sagt, dass sie teilweise sogar mehr verdienen als der Landeshauptmann, ich glaube, da haben wir alle genug Arbeit. Wir wissen es alle, und es ist jetzt an der Zeit, nämlich dann die Reformen anzugehen, Herr Landeshauptmann! Ich weiß schon, es wird einigem Klientel, wo man halt als Regierungspartei drinnen ist, bei Vorfeld-Organisationen weh tun, wenn man Reformen einführt. Aber wenn einem das Land am Herzen liegt, dann macht man diese Reformen jetzt, koste es, was es wolle! Man darf nicht nur Klientelpolitik machen und bis zur nächsten Wahl schauen und schauen, dass man alle Vorfeld-Organisationen wieder zur Wahl bringt und dass sie uns die Stimmen geben, sondern man ist für ganz Kärnten da und nicht nur für die Vorfeld-Organisationen!

Abschließend in Richtung der Gläubiger auch von unserer Seite: (*Vorsitzender: Eine Minute noch!*) – Danke, Herr Präsident! – Es ist unverständlich, ein Angebot von Seiten Kärntens, das wirklich nicht schlecht war, abzulehnen. Sie hätten ja innerhalb von 14 Tagen, wenn wir die richtigen Informationen haben, das Geld gehabt. So wird halt gestritten, die Anwälte verdienen und sonst keiner. De facto sind alle Verlierer, die Gläubiger genauso wie wir in Kärnten. Es geht nichts weiter! Aber geschätzte Gläubiger, wo immer Sie auch sind, eines möge man Ihnen von dieser Stelle ausrichten: „Karntn ist lei ans, is a Landle lei a klans“. Aber eines wissen wir Kärntner auch, sollte es eng werden und es gibt Ärger im Land Kärnten, dann stehen wir alle hier gemeinsam und geschlossen zusammen, welcher Couleur auch immer, und wir werden das Land Kärnten verteidigen auf alles, was es gibt, denn wir sind das der Kärntner Bevölkerung schuldig. Danke schön! (*Beifall im Hause.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der stellvertretende Klubobmann Dipl.-Ing. Johann von den Grünen.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Landesregierung! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Bei den Heuschrecken ist der Hunger größer als das Hirn. Anders kann man das nicht argumentieren, dass es hier so eine katastrophale Fehlentscheidung der Anleihe-Gläubiger gegeben hat, das faire Angebot Kärntens nicht anzunehmen. Wir sind weit über das hinausgegangen, was wir eigentlich zu leisten imstande wären. Mehr können wir nicht geben, das hat die Finanzreferentin mehrfach betont. Wer auch immer hier der Einflüsterer war, er hat die Gläubiger schlecht beraten und diese haben schlecht recherchiert. Der Landeshauptmann fährt keinen Mercedes der S-Klasse, die Möbel in der Landesregierung sind gebraucht und stammen meistens noch aus der Ära Haider. Das Landhaus ist schön und ehrwürdig, aber auch kommerziell schwer zu verwerten, wie das benachbarte Salzamt vor Augen geführt hat. Das Flaggschiff KELAG gehört uns nur noch zu einem Viertel und ist bei den derzeitigen Strompreisen auch nur zu einem suboptimalen Verkaufspreis zu verwerten. Das Ganze ist eine Erbsenzählerei, die uns vielleicht zehn Milliarden Euro zustande bringen soll. Das ist völlig unrealistisch! Die Gläubiger sind also die größten Verlierer des von ihnen abgelehnten Angebotes. Der Bund ist der größte Gewinner, weil er vorläufig einmal außerhalb der Ziehung ist. Das Land Kärnten ist in keiner einfachen Situation, aber wir werden zusammenstehen und das Land verteidigen. Die Landesregierung hat in den letzten Wochen und Monaten versucht, uns hier mit allen Kräften vor der Übermacht der Haftungsgläubiger zu schützen wie „weiland die Griechen das Land vor den Persern unter Xerxes“. Es gab die Schlacht bei den Thermopylen, wo eine verschwindend kleine Minderheit das Land gegen die Perser verteidigen konnte. Nur durch den Verrat des Ephialtes von Trachis, der den Persern einen Umgehungsweg gezeigt hat, konnten die Griechen umzingelt werden und verloren die Schlacht. Sie verloren aber nicht den Krieg, weil es durch die Zeitverzögerung

den Griechen gelungen ist, Athen zu evakuieren, und die Athener haben in der Folge die Perser vernichtend geschlagen. (*Abg. Trettenbrein: Zitiere nicht solche Sachen! Der Herr Professor kennt sich aus!*) In der unrühmlichen Rolle des Ephialtes, das heißt wörtlich übersetzt der Albtraum, sehe ich Landesrat Ragger, der in dieser Causa immer wieder Informationen an die Öffentlichkeit gebracht hat und die Argumentationen der anderen Regierungsmitglieder untergraben hat. (*Abg. Pirolt: Jetzt wird es bald Tag, Herr Kollege!*) Es war nicht hilfreich, hier die KELAG ins Spiel zu bringen! Und wer die Medien aufmerksam verfolgt hat, sieht, dass sich die Gläubigergruppe Teutonia an die Argumentationen von Ragger angelehnt hat. Ragger ist aber nicht der Anwalt der Gläubiger, sondern Landesrat und wird dafür gut bezahlt. Es wäre sinnvoll, wenn er die Interessen Kärntens vertreten würde, sonst ist er rückttrittsreif! Das kann sich das Land nicht mehr länger anschauen.

Das Leben in Kärnten wird weitergehen, weil die Menschen tatkräftig sind, sich nicht entmutigen lassen. Es zeigt sich, dass sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Kärnten in einem schwierigen Umfeld zum Teil besser entwickeln als im Österreichschnitt. Kärnten steht auch nicht vor einer Insolvenz, und wir streben eine Insolvenz auch nicht an, weil das kein einfacher Weg ist, uns auch nicht von den Schulden einfach befreit, weil uns das auf Jahre hinaus lähmen würde. Die Diskussion zeigt aber auf, dass es sehr wohl notwendig ist, dass wir hier ein bundesweites Insolvenzrecht für Gebietskörperschaften schaffen, damit man so etwas hat für den Fall, dass man es irgendwann einmal braucht. Es könnte auch eine Stadt, eine Gemeinde oder sonst etwas in eine ähnliche Situation kommen. Deswegen ist es sinnvoll, hier auch die Bestands- und Funktionsgarantie einfach auch näher zu definieren, um diese Fragen zu klären. (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit!*) In dieser Sache sollten wir einfach auch Kontakt aufnehmen mit den Parlamentariern in Wien, damit so ein Gesetz zur Verfügung steht für den Fall, dass man es hat, wenn man es braucht. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Leikam vom sozialdemokratischen Landtagsklub. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne! Die Hypo Alpe-Adria und die Machenschaften in ihrem Umkreis zählen zu den größten Kriminalfällen der jüngeren Geschichte Österreichs. Überforderte Banker, chaotische Zustände, mangelnde Kontrolle, Großmannssucht, Überheblichkeit und kriminelle Handlungen haben die Hypo Alpe-Adria-Bank in den Ruin getrieben. Wir wurden angelogen! Wir wurden betrogen! Wir wurden getäuscht!

Einige Sätze zu meinem Vorredner, dem Herrn Klubobmann Leyrouitz, wenn er hier einen Misstrauensantrag gegen die Finanzreferentin einbringt. Wenn er von derzeitiger Geldverschwendung spricht, so ist das einfach grotesk und ungeheuerlich! Blicken wir sachlich zurück ins Jahr 2006. Gaby Schaunig war damals Parteivorsitzende der Sozialdemokratie.

Die SPÖ Kärnten hat ab Bekanntwerden der Swap-Verluste permanent Prüfungen der Vorgänge eingefordert. Kritische Äußerungen wurden vom BZÖ mit einstweiligen Verfügungen gerichtlich bekämpft. Wir waren gegen die Bestellung Kulterers zum Aufsichtsratsvorsitzenden. Die SPÖ hat nicht zugestimmt bei den Kapitalerhöhungen durch Berlin infolge von Riesengewinnen für diese Gruppe. Wir waren gegen die Nacht- und Nebelaktion beim Verkauf an die Bayerische Landesbank, und wir haben auch der Honorarzählung an Birnbacher nicht zugestimmt. Und da darf ich erinnern, da hat man damals hier in diesem Haus gesagt, „das beste Geschäft mit dem besten Partner zum besten Zeitpunkt“ und „Kärnten ist reich“. Heute müssen wir darüber diskutieren, wie reich wir damals waren. Und der Mastermind des BZÖ hat damals die Parteivorsitzende der SPÖ mit Attributen aus dem Tierreich abqualifiziert. Und jetzt, einige Jahre danach, hat er es ja zugegeben, warum man das gemacht hat: Weil Gaby Schaunig den Freiheitlichen oder dem BZÖ in Kärnten damals zu stark geworden ist. Und ja, das ist der

einzigste Punkt, bei dem ich dem Herrn Petzner zustimmen kann, Gaby Schaunig war damals stark, Gaby Schaunig ist heute stark und Gaby Schaunig wird auch in Zukunft stark sein, wenn es darum geht, die Interessen des Landes und die Interessen der Bevölkerung zu wahren! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*) Die derzeit im Amt befindliche Regierungskoalition war und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen, und daher hat es auch gemeinsam mit dem Bund dieses Angebot des Anleihen-Rückkaufs mit 75 Prozent gegeben, erhöht dann noch vom Herrn Finanzminister durch die Ausgabe von Nullkupon-Anleihen auf über 80 Prozent. Und trotz dieses, wie ich meine, durchaus guten Angebotes – derzeit liegen diese Bonds schon wieder unter dem Ausgabepreis von vor der Anbotslegung – wurde dieses Angebot von der Mehrheit der Gläubiger abgelehnt. Das müssen wir einfach so zur Kenntnis nehmen. Nur eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, brauchen wir uns nicht vorwerfen zu lassen: Dass wir uns nicht gemeinsam mit dem Bund um eine außergerichtliche Lösung bemüht hätten und diese zusammenbringen wollten. Kärnten ist hier an seine Leistungsgrenzen gegangen, und mehr konnten wir auch nicht leisten.

Welche Auswirkungen hat diese Ablehnung aber jetzt auch die unmittelbare Zukunft? Vorerst hat es gar keine Auswirkung, und es hat sich für Kärnten gar nichts geändert. Wir stehen wieder dort, wo wir vor diesem Angebot an die Gläubiger gestanden sind, und Kärnten ist auch nicht von einer Insolvenz bedroht. Es gibt in unserem Bundesland eine Funktions- und eine Bestandsgarantie, und das ist auch aus der Verfassung ableitbar. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind auch nicht pleite in unserem Bundesland. Finanzminister Schelling hat bereits zugesagt und die Finanzierungsgarantie gegeben, dass durch die Bundesfinanzierungsagentur Kärnten weiter finanziert wird. Die Finanzierung Kärntens ist in der Zukunft auch gesichert. Der nächste Schritt wird also jetzt sein, wir müssen abwarten, wie die Finanzmarktaufsicht reagiert und den Schuldenschnitt bei der HETA vornimmt. (*Vorsitzender: Eine Minute!*) Es ist der Bescheid-Ausgang derzeit völlig offen, wie hoch dieser Schnitt ausfällt, kann derzeit nicht gesagt werden. Wir werden uns gegen etwaige Klagen vorbereiten müssen und diese auch bestreiten.

Leikam

Und wir werden abklären müssen, ob diese Haftungen nicht überhaupt verfassungswidrig und auch nicht europarechtswidrig sind. Und wir werden die Mitverantwortung der Anleihen-Zeichner herausstreichen. Die Bankenrestaurierungsrichtlinie der EU spricht davon, dass auch Banken und Gläubiger herangezogen werden sollen und nicht nur der Steuerzahler. Es gibt hier ein Mitverschulden der Gläubiger, oder gibt es auch eine Schadensvergrößerung etwa durch die Nichtannahme dieses Angebots. All das wird abzuklären und abzuschätzen sein. Kärnten befindet sich wahrscheinlich in der schwierigsten Situation seit dem Jahr 1945. Wir können diese Situation nur gemeinsam meistern, daher gibt es auch heute hier in diesem Haus den Schulterschluss aller Parteien. Und einen Satz noch, weil viele hier diese Reformen einfordern: Wir sind mitten auf dem Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesen Reformen, ohne sie jetzt einzeln aufzuzählen. Wir sind da auf einem guten Weg! Die SPÖ ist bereit, für Kärnten, für dieses Land Verantwortung zu tragen, war es in der Vergangenheit, und das werden wir auch in der Zukunft so halten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist auf der Regierungsbank der Freiheitliche Landesrat, Mag. Ragger. Ich erteile ihm das Wort!

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hauses! Liebes Publikum auf der Zuhörertribüne! Warum haben wir heute diesen Antrag gestellt? Warum haben wir einen gemeinsamen Antrag gestellt? Ich probiere, Sie als Abgeordnete noch einmal anzusprechen: Nämlich nicht, indem einzelne Regierungsmitglieder unterlegend über die Medien Gläubiger informiert haben, sondern ganz im Gegenteil, weil wir über unsere jahrelange Erfahrung, über die Berücksichtigung meines Berufes, aber auch der Einschätzung, seit ich in dieser Landesregierung bin und auch zehn Jahre hier in diesem Haus gegessen bin, abschätzen kann, wie jemand reagiert. Daher war der Zugang, den Sie gewählt

haben als Dreierkoalition, von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Das haben wir nicht einmal, das haben wir zig Male versucht, Ihnen zu erklären. Und ich versuche, es Ihnen vielleicht an einem einfachen Beispiel zu erklären: Wenn Sie sich heute ein Haus kaufen und Kreditverbindlichkeiten bei der Sparkasse, bei der Raiffeisenbank oder bei der Bank für Kärnten und Steiermark aufnehmen, wo ich alle Vertreter heute da sitzen sehe, und Sie zahlen anfänglich brav und sind ein braver, heute noch mit Einkommen versehener Gläubiger, und eines Tages kommen Sie drauf und sagen, irgendwie hat sich die wirtschaftliche Lage verändert, ich kann es nicht mehr zurückzahlen, und dann schicken Sie dem Herrn Luis Hohegger einen Brief und sagen, lieber Herr Bankdirektor Hohegger, Sie kriegen von mir 75 Prozent, ich kann nicht mehr leisten und es gibt auch nichts mehr, und egal, was Sie tun, das ist so, wissen Sie, was Ihnen der Bankdirektor dann sagen wird? „Dei Hütt'n is weg!“ Das wird er Ihnen sagen! Und diesen Zugang, den Sie gewählt haben in der Übereinstimmung des Marktes, dass es heute einen Markt gibt, der nicht aus einer wirtschaftlichen Überlegung heraus agiert, sondern aus einer ganz einfachen Überlegung heraus agiert hat, nämlich aus der Emotion, das haben Sie nicht berücksichtigt! Die kardinale Voraussetzung dafür, heute eine Verhandlung aufzunehmen, ist, als erste Sache ein Marktsounding durchzuführen, ein Abfühlen, ein Abtesten der Gläubiger. Das haben wir nicht vorgenommen. Und wir sind ja über weite Distanzen miteinander Hand in Hand gegangen mit der Finanzreferentin. Erinnern Sie sich zurück, dass wir es geschafft haben, in nur drei Wochen € 348 Millionen mit dem Bund fertig zu verhandeln! Nur – und da kann man vielleicht ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern – dass der Bund dann hergeht und sagt, okay, liebe Freunde da unten in Kärnten, ihr kriegt die € 348 Millionen, aber da habt ihr das Schreiben, macht uns den Fonds und ihr werdet das zahlen, das haben wir abgelehnt. Und wir waren damals so weit, dass wir gesagt haben, machen wir doch diese Anleihe. Von dem wollte der Bund nichts wissen. Davon wollte der Bund nichts wissen! Warum wollte er nichts wissen? Weil wir zudecken müssen, was nicht passieren darf! Weil wir eine Fekter zudecken müssen für ihre Versäumnisse, weil wir einen Finanzminister Spindelegger zudecken müssen für seine Versäumnisse und auch einen Finanzminister Pröll zudecken müssen.

Mag. Ragger

Denn es gibt so etwas wie eine überholende Causalität. Sie können noch hunderte Plakate mit dem Jörg Haider aufhängen, mit dem ganzen linkslinken bolschewistischen Untergrund, der gestern dort die Fahne heruntergelassen hat, das Einzige, was wirklich passiert ist – und da fragen Sie sich selbst und vielleicht auch die älteren Jahrgänge, die da herinnen gesessen sind, fragen Sie sie einmal, was sie beschlossen haben – Sie haben einen Beschluss über Haftungen gefasst, dem Folgendes (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit! – Abg. Mag. Malle: Du hast es beschlossen! Du!*) – Regt euch nicht so auf, das ist nicht gut für euren Blutdruck! (*Abg. Dipl.-Ing. Johann: Wer ist schuld, dass die Hütt'n weg ist?*) – Herr Präsident! Darf ich fertig sprechen? Überlegen Sie doch, liebe Abgeordnete, Sie haben im Jahre 2004 einen Beschluss über eine Haftung gefasst, dem was vorausgegangen ist? Kollege Malle, ich bin gleich fertig, das wird auch für dich aufgelöst werden! Vorausgegangen ist eine Bilanz, vorausgegangen ist ein Bericht der Finanzabteilung, vorausgegangen ist ein Regierungsbeschluss und – und jetzt kommt es – vorausgegangen sind Prüfungen der Finanzmarktaufsicht, der Nationalbank, des Aufsichtskommissärs. Alle Bereiche sind vorab geprüft worden. Und jetzt frage ich Sie, liebe Abgeordnete, ich glaube nicht, dass Sie alle Finanzexperten in diesem Hause sind, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) aber Sie haben dem im Endeffekt zugestimmt, weil Sie auf Experten vertraut haben. Sie haben auf Experten vertraut! (*Abg. Strauß: Wer war denn der Kommissär?*) Sie haben auf Experten vertraut, und dementsprechend haben Sie den Beschluss gefasst. Was wir heute einfordern – und damit komme ich zum Schluss – ist, dass der Bund in der Ziehung ist. Der Bund hat die Verhandlung mit den Gläubigern fertigzumachen, und wir sind gerne bereit, einzustehen und gemeinsame Sache zu machen mit dem Bund, wenn es darum geht. Wir müssen heute Kärnten schützen, wir müssen heute die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen und am Ende können wir dann auf Augenhöhe (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) mit dem Bund verhandeln. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion, dem BZÖ und Abg. Mag. Schalli.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist auf der Regierungsbank Herr Landesrat Dipl.-Ing. Benger. Ich erteile ihm das Wort!

Landesrat **Dipl.-Ing. Benger** (ÖVP):

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Regierungskolleginnen und -kollegen! Werte Abgeordnete, Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause! Wir haben zwei Themen, die das Tagesgeschehen massiv prägen. Das eine ist die Einwanderungsflut und das andere ist der Auf- und der Abbau, die Bearbeitung, die Abarbeitung des Themas Hypo und HETA. Das sind die zwei Themen. Diese Themen dürfen uns nicht lähmen in unserer Orientierung, diese Themen müssen uns ganz anders forcieren in unserem Vorgehen. Die Vergangenheit wird im laufenden Hypo-Prozess bearbeitet, und ich gehe davon aus, dass dieser auch weiter Klarheit bringen wird. Die Gegenwart ist zu bewältigen, keine Frage, aber wir müssen uns ganz wesentlich der Zukunft widmen, der Zukunft, die wir hier für unser Land zu gestalten haben. Das ist unser Auftrag als Land Kärnten beziehungsweise als Regierung in diesem Land Kärnten. Wir lassen uns nicht in die Knie zwingen, Kärnten ist handlungsfähig, Kärnten ist entscheidungsfähig und Kärnten ist auch zahlungsfähig. Und hier komme ich auf den Punkt, hier hake ich ein, hier beginnt auch ganz stark die Zukunft. Die Finanzierung des Landes ist durch den Bund gegeben. Nicht wegen der Hypo, sondern sie ist gegeben, weil wir einen laufenden Prozess haben in der Gestaltung dieses Landes. Wir werden weitere, neue Kredite aufnehmen müssen, die getilgt werden müssen, um den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten. Das ist für mich eine Loch-auf-Loch-zu-Vorgangsweise, eine Vorgangsweise, wo nur neue Verschuldung hinzukommt, eine Vorgangsweise, die wir, glaube ich, so nicht hinnehmen sollten. Aktive Gestaltung ist gefragt. Ich will nicht vom Bund abhängig sein, ich will nicht im Tagesgeschäft täglich die Abhängigkeit vom Bund haben, und ich will bei unseren Einsparungsmaßnahmen nicht vom Bund abhängig sein! (*Abg. Mag. Leyrouz: Bitte, nur einen konkreten Vorschlag und nicht immer Stehsätze!*) Ich will selbst bestimmen, hier als Kärntner Landesregierung, ich will, dass wir unser Land

Dipl.-Ing. Benger

selbst in die Hand nehmen, in die Zukunft führen, Freiräume schaffen, Zukunftsinvestitionen setzen können! Wir dürfen nicht in die „Hetergie“ verfallen und uns der Schockstarre hingeben, uns in der „Nabelschau“ ergötzen. Es ist unerträglich, wenn dies passiert! Dafür ist es aber ganz klar notwendig, auch Reformschritte zu setzen. Reformschritte, die dringend notwendig sind. Die HETA darf keine Pauschalausrede für den Reformstau sein, die HETA ist der Anlass, um noch mehr Gas zu geben. Mut zur Umsetzung ist gefragt, die offenen Augen auf die Probleme, die wir haben und die wir für die Zukunft lösen müssen, sind gefragt. Wir müssen nichts erfinden, wir haben ganz klare Handlungsanweisungen, wir haben ganz klare Vorschläge. Hinter mir sitzt der Rechnungshofdirektor, wir haben hier Berichte, die unzählige Vorschläge haben zu den großen Themen Personal, Gesundheit, Verwaltung, zur Verschuldung mit über 100 einzelnen Empfehlungen. Wir haben Wirtschaftsberichte, IHS-Berichte, Leitbilder, FDI-Strategien und, und, und. Über 70 Konzepte liegen da. Raus aus den Schubladen! Hier sind sie – wir müssen es nur machen! Wenn wir es ignorieren und es nicht machen, dann haben wir nicht den Anspruch, auch Regierung zu sein! Es liegt an uns, an unserem Mut, an unserer Gestaltungskraft (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit!*) und an unserem Entscheidungswillen, dies umzusetzen! Ich fürchte mich nicht vor einem Wachsen, ich fürchte mich vor einem wachsenden Schuldenberg, und ich fürchte mich vor Nicht-Entscheidungen, ich fürchte mich vor Untätigkeit! Wir haben den Auftrag, tätig zu sein. In diesem Land muss sich aber niemand fürchten, dass durch die Reformen den Menschen Arbeit weggenommen wird. Durch die Reformen heißt es nicht zwangsläufig, dass jemandem etwas weggenommen wird. Reformen ermöglichen, dass die Zukunft aktiv gestaltet wird und sich eben keiner fürchten muss, sondern dass es mit dem Land Kärnten aktiv vorangeht! Ich freue mich auf eine gemeinsame, aktive Gestaltung der Zukunft! Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bevor ich dem nächsten Redner, Herrn Landesrat Holub, das Wort erteile, darf ich die inzwi-

schon eingetroffenen Schülerinnen und Schüler der Fachberufsschule Klagenfurt II begrüßen, die unsere Landtagssitzung mit 25 Personen in Begleitung von Herrn Thomas Daxkobler und Frau Motz Andrea, einer Berufsschuloberlehrerin, besuchen! Ich wünsche euch eine informative und spannende Sitzung! Herzlich willkommen! (*Beifall im Hause.*)

Als weiteren Redner auf der Regierungsbank erteile ich Herrn Landesrat Holub das Wort!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Ja, wer hätte sich das seinerzeit gedacht, dass ich einmal als einer der ältesten Hasen hier sein werde und als Zeit- und Kronzeuge über die Vergangenheit berichten werde können. Ich habe zehn Jahre gegen ein System gekämpft, das nicht so unkorrupt war, nicht nur in Kärnten, sondern in ganz Europa. Wir haben gewarnt, wir haben die Finanzmarktaufsicht und die Österreichische Nationalbank angeschrieben, angerufen, ange-mailt. Blauäugig, wie ich damals war, habe ich im Jahr 2005/2006 gedacht, jetzt wird natürlich etwas passieren, sie werden auf meine Hinweise, auf meine Akten reagieren, die ich Kroatien betreffend geschickt habe. Teilweise haben wir es sogar übersetzt gehabt, dass die kroatische Mafia mit korrupten Politikern in vielen Ländern aus der Hypo Bank Geld abzieht. Es ist genau überhaupt nichts passiert! Wenn Sie sich an das Jahr 2004 zurückerinnern, weil es auch der Kollege Ragger angesprochen hat, wie der Beschluss gefasst worden ist - wie ist denn das gekommen? Die Europäische Union ist an Deutschland und an Österreich herangetreten und hat gesagt, passt auf, eure Landesbanken machen den anderen Banken mit Landeshaftungen Konkurrenz. Das darf nicht so sein, das ist wettbewerbsverzerrend, das muss beendet werden. Das war die Überschrift, die bei dem 04er-Beschluss gestanden ist, als man das Landesholdinggesetz 1990 hier wieder hineingenommen hat. (*Zwischenruf von Abg. Strauß.*) Zu dieser Zeit war die Hypo nicht überschuldet. Zu dieser Zeit ist uns die Hypo dargestellt worden als eine der reichsten Banken, die am meisten Wachstum vor sich hat, mit € 3,4 Milliarden Wert. Niemand – bitte, Aussage von einem Finanzminister na-

Holub

mens Androsch! – niemand hat zu dieser Zeit gedacht, dass die Haftungen je schlagend werden können! Das war Common Sense in ganz Europa! Ich habe das Glück gehabt oder auch nicht, mit sechs Finanzministern reden zu dürfen, vier im Ausschuss und mit zweien so. Ich habe bei vier Finanzministern um einen Termin ange-sucht, bis jetzt noch keinen bekommen. Sie alle haben nicht reagiert, abgesehen davon, dass ich nicht einmal überzeugt bin, dass sich viele fachlich ausgekannt haben. Aber der jetzige hat zu-mindest einmal eine Tätigkeit gemacht, das heißt, er hat zumindest einmal das Heft des Han-delns in die Hand genommen. Dieses arme tote Pferd der Hypo liegt ja schon seit 2009 beim Bund. Hier hätte man schon längst etwas ma-chen sollen! Aber was ich meine ist, wenn Sie sich erinnern, in dieser Regierungsbank, dort wo jetzt der Peter Kaiser sitzt, habe ich einmal einen Jörg Haider erlebt, der eine halbe Stunde so ge-schrien hat auf eine Anfrage von mir und auf eine Zusatzfrage von der SPÖ, dass wir die Sit-zung unterbrechen mussten, nur wegen der Hypo Bank! Da sind wahrscheinlich ein paar Men-schen mit weißem Mantel gekommen und haben die Sache wieder eingestellt. Aber man hat gese-hen, was da im Land für eine Polarisierung war, was hier alles abgegangen ist, dass jemand als Privatperson, wie der Jörg Haider, der eigentlich Aufsichtskommissär gewesen wäre, die Bank verkauft hat! Die Vorstände von der Landeshol-ding selber haben nichts gewusst! Die wurden ein paar Stunden vorher informiert! Die Gaby Schaunig und der Adolf Winkler waren, glaube ich, an diesem Christi Himmelfahrts-Tag ir-gendwo zusammen und haben über das Telefon erfahren, jetzt gibt es eine Pressekonferenz, die Bank wird verkauft. So eine Situation war da! Da können wir uns jetzt glücklich schätzen, dass wir gemeinsam, alle Parteien, jetzt einmal zu-mindest den Wissensstand haben! Damals durf-ten Rot und Grün nicht einmal wissen, dass die Bank verkauft wird, abgesehen davon, dass die Haftungen beim Land Kärnten geblieben sind! Die gleiche Dummheit wieder bei der Verstaatli-chung! Da musste natürlich jeder seinen Teil nehmen. Aber dass man den Abgeordneten, die ihre erste Sitzung hatten, die keinen Computer hatten, keinen Raum hatten, jetzt etwas daraus dreht, dass sie zugestimmt haben, dass die Haf-tungen abgeschafft werden, noch dazu mit einem Text, wo drin steht, Bedingung für die Haftung ist eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, und

keine dieser Bedingungen wurde für den Land-tag erfüllt, *(Vorsitzender: Noch eine Minute!)* keine einzige Bedingung! Jawohl, der Auf-sichtskommissär! Und deswegen nehme ich immer den Jörg Haider her, und er ist auch der Hauptschuldige in meinem Endbericht von 700 Seiten, den viele abgeschrieben haben, weil er war der Aufsichtskommissär, nicht, weil er der Jörg Haider war, das ist eine ganz andere Er-scheinung gewesen! Er hätte die Bücher prüfen müssen und noch sehr viele andere!

Eines noch und dann bin ich fertig: Diese ganzen Bilanzen und diese ganzen Haftungshöhen, die wir hätten haben sollen in Rechnungsabschlüs-sen, wurden dem Landtag verweigert und vor-enthalten! Da liegt schon ein bisschen kriminelle Energie drinnen. Da werden wir noch drauf-kommen, wie auch bei den ganzen Investoren, beim Tilo Berlin, wo auch ein paar Politiker dabei sind, die sich ein paar zig-Millionen ver-dient haben. Da sind sicherlich auch noch einige dabei. Das werden wir feststellen bis zum näch-ten Mal! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der SPÖ-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin in der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist die zuständige Finanzreferen-tin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gaby Schaunig. Ich erteile ihr das Wort!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Prä-sident! Geschätzte Abgeordnete! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Regierung! Ge-schätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich kann Ihnen allen einen kurzen Blick zurück nicht er-sparen, aber ich werde versuchen, das ohne Po-lemik, ohne Emotion und mit der gebotenen Ruhe, die es braucht, schwierige Situationen zu lösen, zu tun. Ich beschränke mich dabei auf die jüngste Vergangenheit ab dem 1.3.2015, weil ich alle meine Energie für die Problemlösungen brauche und nicht darüber nachdenken möchte, was wir uns alles erspart hätten, wenn man in den Jahren 2005 bis 2008 auf die SPÖ Kärnten und auf mich gehört hätte. Seit dem 1.3.2015,

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

seit der Verhängung des Moratoriums, werden in Zusammenarbeit der Regierung und des Landtages alle Varianten seriös geprüft, um die drohende Haftungsproblematik zu lösen, in einer Transparenz und unter Einbeziehung aller – aller! – politischen Kräfte, die es dazu in diesem Land noch nie gegeben hat! Auf Bundes- und Landesebene wurden alle rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um ein Angebot zur Erreichung eines Rechtsfriedens zu schaffen. Der Befund zur Hypo ist klar, ein Multiorganversagen, aber dieses Multiorganversagen liegt auch von Seiten der Gläubiger vor, weil man nicht behaupten kann, eine mündelsichere Anleihe zu zeichnen, wenn man höhere Zinsen bekommt, als das auf Bundesanleihen der Fall war, und die Spreads waren nicht unbeachtlich. Das heißt also, höhere Zinsen, höheres Risiko, dazu gibt es massenhaft Entscheidungen auch des Obersten Gerichtshofes. Seit dem Jahr 2006 – und Rolf Holub hat das ja schon ausgeführt – ist der Zustand der Bank bekannt. Ich erinnere an die Diskussionen über die SWAP-Verluste in diesem Landtag, über Elefanten und Mücken und Ähnliches. Auf jeden Fall war es auch öffentlich bekannt, dass diese Bank in einer Schieflage ist, dass ein Testat widerrufen wurde, dass ein Vorstandsvorsitzender abberufen wurde. Niemand kann sich darauf berufen, das nicht gewusst zu haben! Letztendlich gab es das gravierende Missverhältnis zwischen dem Budget des Landes und dem Haftungsvolumen, das im Höchststand fast 25 Milliarden Euro betragen hat. Auch hier gibt es eine Sorgfaltspflicht zeichnender Unternehmen. Keines der großen Finanzinstitute hat beim Land angefragt: Könnt ihr überhaupt bedecken? Multiorganversagen, ja, aber bei allen!

Das Land hat sich bewegt. Wir haben im Zukunftsfonds nicht einmal mehr gesamt 500 Millionen Euro, weil eine Steuerschuld von € 75 Millionen abzuziehen ist. Wir haben mit Hilfe des Bundes € 1,2 Milliarden auf den Tisch gelegt, um Rechtsfrieden zu schaffen! Der Bund hat sich bewegt. Der Finanzminister hat es geschafft, für die Gläubiger eine Sicherheit über den Ertrag aus der Abwicklung der HETA zu schaffen, einen Fixbetrag hinzulegen und die Gläubiger davor zu schützen, dass vielleicht weniger hereinkommt, eine Prämie noch einmal draufzulegen für die Annahme und zusätzlich zu einer Zeit, in der die EZB eine Null-Verzinsung und Strafzinsen auf Einlagen vorsieht, eine Zero-

Coupon-Bond-Anleihe auf den Tisch zu legen, die durchgerechnet 1,6 Prozent pro Jahr Verzinsung darstellt. Der Bund hat sich bewegt. Wer hat sich nicht bewegt? Die Gläubiger haben sich nicht bewegt. Das sind diejenigen, die dem Finanzminister Forderungen von 100 Prozent plus, plus, plus, in Summe 108 Prozent, auf den Tisch gelegt haben. Und mit einer solchen Forderung dann Gespräche einzufordern, wobei der Bund wahrscheinlich der wichtigere Ansprechpartner ist, das ist eine Botschaft, die man ganz einfach nicht missverstehen kann. (*Vorsitzender: Eine Minute noch!*) Da geht es nur um Taktik! Der Bund und das Land haben alles getan, jede Anstrengung unternommen, um eine Lösung im Guten herbeizuführen. Die Gläubiger haben das abgelehnt. Jetzt ist die FMA am Zug, die hat einen Bescheid zu erstellen. Es werden dann die Gerichte am Zug sein.

Eine klare Botschaft von dieser Stelle auch an die Gläubiger: Kärnten steht geeint da, und das freut mich! Ich ersuche die FPÖ, die ja behauptet hat, sie hätte ein Gutachten, dass die Haftungen gar nicht existieren würden, dieses zu übermitteln! Rolf Holub hat sich schon bereit erklärt, all sein Wissen und seine Unterlagen bereitzustellen und seine Zeugenaussagen für die Prozesse. An die Gläubiger: Man darf gebaute Brücken nicht willkürlich einreißen und zerstören! Wir sind Ihnen weit, weit entgegengekommen. Der Umweg nach der Zerstörung der Brücken wird über Berge und Schluchten führen, er wird lang und steinig sein. Ob man das Ziel erreichen wird, das sei dahingestellt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn mehr als zwei Regierungsmitglieder in der Aktuellen Stunde das Wort ergreifen – es waren bisher vier – verlängert sich nach der Geschäftsordnung die Redezeit ab dem zweiten Regierungsmitglied um jeweils fünf Minuten. Das heißt, wir haben noch zehn Minuten, um zwei Wortmeldungen abzuarbeiten. Als nächster Redner zu Wort kommt der Dritte Präsident, Josef Lobnig, von den Freiheitlichen!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätztes Regierungskollegium! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Es ist für mich als langjähriger Abgeordneter dieses Hauses schon bedauerlich, wenn die Grünen einen Antrag einbringen zur Aktuellen Stunde mit dem Thema, „Ablehnung des Rückkauf-Angebotes – Perspektiven für Kärntens Zukunft“ und gerade vom Herrn Landesrat Holub nicht ein einziger Vorschlag gekommen ist, was die Perspektiven betrifft, sondern reine Vergangenheitsbewältigung betrieben wird!

Geschätzte Damen und Herren! Die endgültige Feststellung der durch die Gläubiger mehrheitlich abgelehnten Annahme des Rückkauf-Angebotes hat natürlich bei vielen Kärntnerinnen und Kärntnern eine gewisse Schockstarre ausgelöst. Wir sind seit Montag um einige Erfahrungen reicher. Trotzdem macht man sich Gedanken, warum ein Angebot von rund 75 Prozent mit der Nachbesserung der sogenannten Nullkuponanleihe um rund 82 Prozent mehrheitlich abgelehnt wurde. Eines kann ich daher der - fälschlicherweise als solche bezeichneten - Zukunftscoalition nicht ersparen, nämlich dass sie auch eine gewisse Mitschuld an dieser Ablehnung trägt! Ich rate Ihnen, nur einmal in die Bevölkerung hineinzuhören, nicht nur in die Bevölkerung, sondern auch in die Wirtschaft, dann werden Sie hören, dass man mit Gläubigern, von denen wir einen Schuldennachlass erhoffen, nicht so umgehen kann, nämlich ein Angebot zu unterbreiten, auf den Tisch zu knallen unter dem Motto, „friss, Vogel, oder stirb“! Und wenn man dann natürlich in dieser erwartungsvollen Situation noch die Boxhandschuhe zeigt, dann wird das von vielen Gläubigern als Drohung verstanden, auch wenn es vielleicht anders gemeint war. Aber das ist anscheinend auch die Mentalität der Regierung, man braucht mit den Menschen keine Gespräche zu führen, denn sie haben das zu akzeptieren, was man ihnen vorgibt. Aber das ist leider heftig schief gegangen!

Gegenseitige Schuldzuweisungen, haben wir gehört, helfen uns nicht weiter, weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft, daher meine ich, dass wir das Problem gemeinsam angehen müssen. Daher sollten wir zunächst den Kärntne-

rinnen und Kärntnern gemeinsam Mut machen und ihnen zu verstehen geben, dass alles versucht wird, um Kärnten nicht über Gebühr zu belasten und dass alles unternommen wird, um Kärnten eine Zukunft zu geben. Es ist dann die Frage der Rechtmäßigkeit der Haftungen des Landes überhaupt einmal verfassungsrechtlich zu klären. Denn wenn sich jetzt der Bund komplett zurückzieht, weil jetzt die Finanzmarktaufsicht mit dem Schuldenschnitt am Zug ist, dann ist es auch unsere Aufgabe, ich meine, gerade unsere Pflicht, die Interessen Kärntens mit Nachdruck zu vertreten! Weiters ist der Bund genauso in die Verantwortung zu nehmen und ist daran zu erinnern, dass die Schuldenlast seit der Notverstaatlichung durch den Finanzminister und dem darauffolgenden Nichtstun um über vier Milliarden Euro mehr geworden und gestiegen ist. Der Hypo-Untersuchungsausschuss im Nationalrat hat bereits genügend Fakten zu Tage gefördert, dass die Bank nach der „Notverstaatlichung ohne Not“ aufgrund diverser politischer Einflüsse nicht gemäß dem Aktiengesetz geführt worden ist. Wir müssen uns daher auch Kontrollrechte in der HETA sichern, weil das Land Kärnten auch für Verlustgeschäfte, die bei der Verwertung der Assets eintreten können, haftet.

Natürlich können wir heute Mittag um eine Facette der Erfahrungen reicher werden, wenn nämlich das Landgericht in Frankfurt möglicherweise dieser Klage recht geben wird und die HETA dann vielleicht gezwungen wird, ihre Insolvenz anzumelden. Niemand weiß bisher, was in der Nachfolgegesellschaft HETA wirklich läuft und wie die Verwertung aussieht. Selbst der Finanzminister hat noch im Juni des Vorjahres bestätigt, dass die bisherige Verwertung der Assets der Hypobank dramatisch schlecht gelaufen ist. Es muss einen Schulterchluss zwischen Bund und dem Land Kärnten geben, denn die alleinige Verantwortung und Schuld nur Kärnten zuzuschieben beziehungsweise umzuhängen, (*Vorsitzender: 50 Sekunden noch!*) wird nicht akzeptiert, und daher müssen wir uns gemeinsam zur Wehr setzen!

Ein weiterer Schritt sind tatsächliche Reformen, von denen derzeit nur gesprochen wird. Wenn ich gerade früher den Herrn Landesrat Bengler gehört habe, diese Stehsätze kenne ich aus Pressekonzferenzen, aus der „Streitkultur“ und heute noch einmal aus seiner Wortmeldung. Und wenn auch damals in der „Streitkultur“ von ihm gefor-

Lobnig

dert wurde, nennen Sie ein Beispiel, dann hat er keines genannt. Man nennt es ganz genau „tangentielle Transaktion“. Allein der Rechnungshofbericht hat aufgezeigt, wo wir Reformen ansetzen müssen. Und ich kann mich genau erinnern, mit diesen Beispielen ist auch die Regierung ins Jahr 2013 hineingegangen und hat gesagt, wir werden das machen. Ich sage Ihnen eines: Gehen wir es gemeinsam an, wir Freiheitliche werden unseren Beitrag dazu leisten! (*Beifall von der F-Fraktion und vom BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als letztem Redner erteile ich dem ÖVP-Abgeordneten Mag. Markus Malle das Wort.

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Liebe Vertreter der Gläubiger! Liebe Anbietergruppen! Sie haben spekuliert – auf höchstem Niveau. Sie sind hergegangen und haben zu einem sehr späten Zeitpunkt teilweise alles auf eine Karte gesetzt. Sie haben viel Geld gesetzt, und Sie haben sich verspekuliert. Die Idee, 67 Prozent einzusetzen und innerhalb kürzester Zeit 100 Prozent zu bekommen, die wird es nicht spielen. Die kann es nicht mehr spielen, weder in Kärnten noch in Europa, weil auf Basis der EU-Richtlinie genau dem ein Riegel vorgeschoben wurde. Ich finde es infam, dass Sie versuchen, Kärnten dafür in Geiselschaft zu nehmen, dass Sie mögliche weitere Verluste von öffentlichen Anleihen in ganz Europa verhindern wollen. Es gibt einen massiven Unterschied: Hier geht es um eine Skandal gebeutelte Bank, für die – und das werden die Gerichte noch zu klären haben – eventuell eine Ausfallsbürgschaft besteht und die Verluste, die Sie als Präzedenzfall verhindern wollen. Hier geht es um Anleihen, die von öffentlichen Körperschaften ausgegeben worden sind. Es ist einfach nicht korrekt und nicht in Ordnung, hier zu versuchen, Profit daraus schlagen zu wollen. Sie haben verschiedene Vorteile, das ist unbestritten. Sie haben Verbündete hier im Land, die Ihnen helfen, Ihnen aufzeigen, wo man denn noch Geld holen könnte, politische Verbündete, die in die Medien gehen und sagen, die KELAG ist aber nicht richtig bewertet, da könnte man noch mehr holen, Politiker, die vergessen, dass sie dafür gewählt worden sind, die

Kärntnerinnen und Kärntner zu vertreten und nicht Sie! (*Abg. Trettenbrein: Den Zernatto meint er!*) Sie haben das Glück, dass die Medien und auch die Bevölkerung vergessen haben, dass es nicht um eine Wirtshausschlägerei geht. Es geht nicht darum, dass man sich trifft und spricht. Die Landesfinanzreferentin hat sich an ein Gesetz gehalten, und es ihr zum Vorwurf zu machen, dass sie sich an Gesetze hält, ist bezeichnend. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*) Und Sie haben den Vorteil, dass manche vergesslich sind und sich heute hier hinstellen und den Abgeordneten erklären, was 2004 passiert ist, obwohl sie selbst 2004 einen Beschluss mitgetragen haben. Liebe Gläubigerinnen, liebe Gläubiger! Verspekulieren Sie sich nicht noch einmal, wie Sie es schon einmal getan haben! Die Gaby Schaunig ist jetzt nicht die Person, die entscheiden wird, ob Sie das Geld bekommen oder nicht, aber die Gaby Schaunig, wenn sie sich in etwas verbissen hat, dann lässt sie nicht mehr los! (*Vorsitzender: Eine Minute noch!*) Es wird ein langjähriger Prozess für Sie werden, der hart und mühevoll wird.

Was wir im Land hier brauchen – und da bin ich bei dem Schulterchluss, den wir brauchen – liebe Kolleginnen, liebe Kollegen hier im Landtag, wir brauchen hier einen Schulterchluss, um Reformen schneller umzusetzen. Alle gemeinsam! Ich habe heute eine Stunde lang nur gehört, dass der andere schuld ist. Wir hier als Hohes Haus tragen gemeinsam die Verantwortung, die drei großen Kostenblöcke anzugehen, Soziales, Gesundheit, Personal. Und ich möchte nicht hören, dass die Mitarbeiter im Land nichts dafür können, dass das ja die Politiker waren! Wir alle müssen zusammenstehen und diese Reformschritte jetzt setzen! Wir müssen das KABEG-Schema reformieren, wir müssen hergehen und die Personalkosten im Land im Rahmen halten, wir müssen im Sozialbereich schauen, dass uns die Kosten nicht explodieren. Wir müssen aber auch die Abläufe ändern. Gehen wir her und beschließen endlich ein neues, reformiertes Gemeindeplanungsgesetz, gehen wir her und ermöglichen wir es, dass der Bauwerber, egal, ob das der mit dem Einfamilienhaus ist oder ob es Genossenschaften sind, nicht drei Jahre braucht, bis er endlich bauen kann, sondern reduzieren wir die Fristen, dass wir innerhalb von neun Monaten bauen können! So schaffen wir es, die

Mag. Malle

Wirtschaft anzukurbeln! Und nur, wenn wir die Wirtschaft ankurbeln, werden wir mehr Einnahmen und mehr Gehälter haben. Tun wir das gemeinsam und sagen wir nicht, der andere ist schuld! Setzen wir gemeinsam ein Zeichen, dass Kärnten zu einem Muster-Bundesland bei den Kosten wird! Ich bringe hierfür einen Antrag ein. Danke vielmals! *(Der Redner übergibt dem Vorsitzenden den Antrag. – Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben 10.36 Uhr, es ist die Aktuelle Stunde damit beendet.

Gestatten Sie mir allerdings eine Schlussbemerkung, auch aufgrund der heutigen Debatte: Wir

haben ja in den letzten Tagen auch immer wieder gehört, dass das Landhaus zu Klagenfurt, der Sitz des Landtages, ein Objekt der Begierde der Gläubiger werden könnte. Ich darf dem entgegenhalten, dass der Landtag als Sitz der Demokratie in Kärnten unverrückbar das Haus der Kärntnerinnen und Kärntner ist, und ich kann daher nur alle Gläubiger auffordern, ihre Finger von diesem Haus zu lassen, auch ihre Verantwortung so wahrzunehmen, dass der Sitz der Demokratie in diesem Haus für alle Ewigkeit und für die Zukunft ungefährdet Bestand hat! *(Beifall im Hause.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf noch darauf verweisen, dass um 11.37 Uhr die Frist endet, in der entsprechende Dringlichkeitsanträge oder -anfragen einzubringen wären. Wir kommen nun zur Verhandlung der Tagesordnung.

Tagesordnung**1. Ldtgs.Zl. 62-20/31:**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden zur Regierungsvorlage betreffend Angebot des K-AF zum Erwerb gesetzlich angeordneter landesbehäfteter Schuldtitel; Nichtannahme des Angebotes; Bericht über Auswirkungen und weitere geplante Maßnahmen

Berichtersteller ist der Abgeordneter Dipl.-Ing. Primus. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Berichtersteller Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuhörertribüne! Tagesordnungspunkt 1 – es handelt sich dabei um die Nichtannahme der Angebotes durch die HETA-Gläubiger sowie den Bericht über die Auswirkungen und weitere geplante Maßnahmen für die Zukunft.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist beantragt. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete der SPÖ, Bürgermeister Jakob Strauß. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Mit den Auskunftspersonen Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig, Dr. Horst Felsner, Mag. Ulrich Zafoschnig und Mag. Norbert Abel wurde die 60. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden unter meiner Vorsitzführung eröffnet und dieser Tagesordnungspunkt vor kurzem in Behandlung genommen und zur Weiterleitung an den Kärntner Landtag mit der heute einberufenen Landtagssitzung in Tages-

Strauß

ordnungspunkt 1 und mit der darauffolgenden Debatte zur Beschlussfassung vorgelegt. Geschätzte Damen und Herren, aufgrund der Aktuellen Stunde und den dazugehörigen Wortmeldungen darf ich aber auch einige Sachen, die uns im Jahre 2015 und bis ins Jahr 2016, bis zum heutigen Tag und sicherlich auch in den nächsten Wochen und Monaten, unter Umständen auch Jahren noch begleiten werden, in Erinnerung rufen, noch einmal in Erinnerung rufen, weil es auch in einem Protokoll zusammengefasst sein sollte, was hier die Kärntner Landesregierung, aber auch der Kärntner Landtag, der Ausschuss mit vielen, vielen Beratern sowohl auf Kärntner Ebene als auch auf Bundesebene vorgenommen haben, hinsichtlich der Zusammenhänge mit der Hypo International und der daraus folgenden HETA. Mit Bescheid der Finanzmarktaufsicht als Abwicklungsbehörde, vom 1.3.2015 – die Finanzreferentin ist darauf in ihrem Statement in der Aktuellen Stunde kurz eingegangen – wurden über die HETA Maßnahmen nach dem Bundesgesetz über Sanierungen und Abwicklungen, dem Bankensanierungs- und Abwicklungsgesetz BaSAG, im Bundesgesetzblatt 98/2014 verhängt. In § 162 Abs. 6 wurde das BaSAG ausdrücklich angeordnet, dass das Gesetz auf die HETA als Abbaueinheit gemäß § 2 anwendbar ist. Aufgrund des § 50 Abs. 1 BaSAG, Abbaueinheit gemäß § 2 und der vorliegenden Abwicklungsvoraussetzungen, sind alle zur Erreichung der Abwicklungsziele erforderlichen Maßnahmen anzuordnen. Die Finanzmarktaufsicht hat daher mit Mandatsbescheid vom 1.3.2015 angeordnet, dass Fälligkeiten sämtlicher von der HETA ausgegebener Schuldtitel bis zum Ablauf 31.5.2016 aufgeschoben werden. Allfällige Ansprüche der potentiellen Haftungsgläubiger sind daher nicht fällig, was auch vom Landesgericht Klagenfurt in einem Urteil zu einer Klage eines potentiellen Haftungsgläubigers bestätigt wurde. Gleichzeitig hat der Eigentümer der HETA, die Republik Österreich, kundgetan, dass keine weiteren Gelder eigentümerseitig zur Befriedigung von Gläubigern zur Verfügung gestellt werden. Das ist einmal Faktum. Das ist Faktum auch bis zum heutigen Tag. Da das Land Kärnten und die KLH, die Kärntner Landesholding, wirtschaftlich nicht in der Lage waren und sind – und ich betone das noch einmal – da das Land Kärnten und die KLH wirtschaftlich nicht in der Lage waren und sind, eine drohende Haftungsschuld

von bis zu € 10,8, € 11 Milliarden zu finanzieren, wurde es aufgrund der Entscheidung der FMA, vom 1.3.2015, erforderlich, umgehend die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr und bestmöglichen Bereinigung der Haftungsansprüche zu ergreifen. Vor diesem Hintergrund versuchten das Land Kärnten, die Landesregierung und die Kärntner Landesholding sowohl alleine als auch gemeinsam mit dem Bund ein Lösungsszenario für die Abwicklungsfragen der HETA zu erarbeiten. Zunächst wurden fünf Varianten für eine vergleichsweise Lösung mit den potentiellen Haftungsgläubigern der HETA diskutiert. Ich werde dann noch auf diese Varianten eingehen - oder ich gehe zuerst auf diese Varianten ein. Dann werde ich aufgrund der Aktualität noch etwas dazu sagen. Eine Variante war der Ankauf der landesbehafteten HETA-Schulden durch eine Zweckgesellschaft des Landes, ein sogenanntes Ankaufmodell. Die weitere Variante war ein Abkauf nur der gesetzlichen Haftung durch das Land Kärnten oder die KLH, ein sogenanntes Haftungsabkaufmodell. Dann war der Umtausch der landesbehafteten Schuldtitel in Bundesanleihen angedacht. Das wurde auch diskutiert. Dann wurde der Ankauf der landesbehafteten HETA-Schuldtitel durch eine gemeinsame Zweckgesellschaft des Bundes und des Landes diskutiert und der Ankauf der landesbehafteten Schuldtitel direkt durch eine Zweckgesellschaft des Bundes, wobei der primäre Diskussions- und Analyse-Fokus auf die beiden Modelle I und II gelegt worden ist. Zu diesen Modellen hat sich die Landesregierung auch einstimmig bekannt. Die Frau Finanzreferentin und der Herr Landeshauptmann haben auch die sogenannte Opposition dazu eingeladen, mitzuwirken. Diese Mitwirkung hat es am Anfang auch gegeben. Landesrat Ragger hat das heute auch so bestätigt. Warum er diesen Weg dann in weiterer Folge verlassen hat, ist mir nicht bekannt. Das hat er aber heute in seinen Ausführungen in der Aktuellen Stunde auch nicht gesagt. Böse Stimmen behaupten, um politisches Kleingeld zu wechseln, um abzulenken von Transparenten, die die Wahrheit sagen. Die Wahrheit ist die Wahrheit, da können wir reden, wie wir wollen, und die Vergangenheit hat auch eine Wahrheit.

In weiterer Folge wurden primär in der ersten Jahreshälfte 2015 der Kärntner Landtag und der Ausschuss von der Finanzreferentin immer wie-

Strauß

der darüber informiert. Das seitens des Landes und der KLH favorisierte Modell des Haftungsabkaufes hat sich in einer weiteren intensiven und internen Analyse, in Diskussionen mit den mandatierten Beratern und nach intensiven Diskussionen mit dem Bund letztendlich als zu wenig transaktionssicher gezeigt und auch aus Sicht des Bundes, als dass das Modell des Haftungsabkaufes eine Gesamtlösung für die Beruhigung des Finanzplatzes Österreich dargestellt hätte. Da war der Bund strikt gegen das Modell, weswegen eine Umsetzung von der Gemeindeebene auf die Ebene des Landes erfolgen hätte müssen, ohne eine wie auch immer geartete rechtliche und finanzielle Unterstützung des Bundes. Na ja, das ist jetzt ein langer Satz gewesen, aber das waren auch die ganzen Verhandlungen und Diskussionen, die sich im Jahr 2015 immer hingezogen haben. Schließlich und endlich wurde dann aber auch eine Beschlussfassung seitens des Bundes, seitens der Landesregierung, seitens des Landes mit allen Maßnahmen auch gelegt. In diversen Verhandlungsrunden mit dem Bund im Jahre 2015 durch die Landesseite wurde mit der Kärntner Landesholding primär eine sogenannte Koordinationsgruppe der HETA geführt. Es hat dabei viele Einflüsse gegeben. Voraussetzungen waren aber auch das die Haftungen betreffende Unternehmensreorganisationsverfahren der KLH, der VfGH-Entscheid, die zum HaaSanG sowie zur bundesseitigen Einigung mit der Bayerischen Landesbank geführt haben, um weitere Maßnahmen hinsichtlich dieser Fragestellungen zur Hypo-HETA zu erwerben beziehungsweise anzugehen, fixe Begrenzungen des finanziellen Beitrages vom Land Kärnten, der KLH auf einen Betrag determiniert und das wirtschaftlich Machbare und rechtlich Zulässige, Schaffung einer bundesgesetzlichen Maßnahme zur Einführung eines sogenannten Holdouts im Rahmen des Erwerbsprozesses, Umsetzung eines eine hohe Transaktionssicherheit versprechenden Modells des Landes, der KLH im Sinne einer Einheit. Insofern wurde das Modell „Erwerb landesbehalteter Schuldtitel“ durch eine Zweckgesellschaft des Landes nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erzielung der größtmöglichen Transaktionssicherheit, und letztendlich ein gemeinsames Modell vom Land Kärnten und KLH sowie dem Bund nicht nur unterstützt, sondern auch beschlossen, beschlossen insofern, dass dementsprechend ein Beschluss der Kärntner Landesregierung vom 1.12.2015 vorliegt, hin-

sichtlich dieser größtmöglichen Transaktionssicherheit, mit den Möglichkeiten auch dem Kärntner Landtag vorgelegt worden ist und dementsprechend der Kärntner Landtag im Jahre 2015, das war um die Weihnachtszeit, Folgendes beschlossen hat: Gemäß Artikel 64 wird die Landesregierung ermächtigt, a) die wesentlichen Eckpunkte der Grundsatzvereinbarung mit der Republik Österreich und den dort definierten Bedingungen, einerseits Kreditverbindlichkeiten sowie andererseits sonstige Verbindlichkeiten aus einer Finanzstabilisationsgesetz-Maßnahme in der Gesamthöhe von insgesamt 1,2 Milliarden Euro zur Finanzierung des Haftungsbeitrages gegenüber der Republik Österreich zu begründen, b) den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds zu installieren und unwiderruflich zum Zwecke der Finanzierung der mit dem Erwerb von gemäß § 5 Kärntner Landesholdingsgesetz beziehungsweise § 4 K-LHG mit gesetzlich angeordneten Haftungen des Landes beziehungsweise der KLH versehenen Schuldtitel der HETA Asset Resolution AG zu leistenden Ausgleichszahlungen zur Verfügung zu stellen. Das waren die wesentlichen großen Situationen, die wir im Finanzausschuss vorbereitet haben, aufgrund der exzellenten Vorbereitungen und der vielen Diskussionen, die die Landesregierung uns zur Verfügung gestellt hat und der Kärntner Landtag dementsprechend auch die Gesetze und die gesetzlichen Maßnahmen dafür gesetzt hat. Die Landesfinanzreferentin wird und wurde ermächtigt, nach Vorliegen der Beschlüsse des Kärntner Landtages im Sinne der Ausführungen für das Land Kärnten die Kreditverträge mit der Republik Österreich, die Erklärungen hinsichtlich des Finanzausgleichs-Fonds, des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetzes oder des Ausgleichs-Fonds auch so abzuwickeln und eine Erklärung gemäß § 2 Abs. 2 Ziffer 10 zu diesem Gesetz abzugeben. Im Kärntner Landtag wurde dieser Beschluss am 10.12. unter den Punkten so ausgeführt und mit einer großen Mehrheit beschlossen und die entsprechende Ermächtigung an die Kärntner Landesregierung erteilt. Da waren für viele Abgeordneten Damen und Herren in der letzten Sitzung des Kärntner Landtages die Voranschläge für das Wirtschaftsjahr 2016 zu beschließen. Es gab insgesamt drei Tage lang Diskussionen. Aber die Mitglieder der Landesregierung, die Bediensteten der Kärntner Landesholding, der neu einzurichtenden Fonds und alle Externen haben viele, viele Stunden über die

Strauß

Weihnachtstage verbracht, um sich im Sinne des Auftrages dementsprechend vorzubereiten.

Es wurde der Abschluss der Grundsatzvereinbarung mit der Republik Österreich abgeschlossen. Es hat den Abschluss einer Vereinbarung des Landes mit dem Kärntner Ausgleichszahlungsfonds in der vom Kärntner Landtag beschlossenen Bereitstellung eines Beitrages in Höhe von € 1,2 Milliarden gegeben. Es war die Vereinbarung zwischen dem Land Kärnten und der Holding vorzubereiten und viele weitere Maßnahmen. Am 12.1.2016, mit dem Bericht der Landesfinanzreferentin zum Erwerb der gesetzlich angeordneten Haftungen, mit dem Abschluss des Geschäftsbesorgungsauftrages nach den der ABBAG mit den im Bericht dargelegten Eckpunkten wird die grundsätzliche Zustimmung erteilt, weil der Bund die Abbaugesellschaft gegründet hat, um all jene Maßnahmen umzusetzen. Mit dem Abschluss einer Vereinbarung des Landes mit dem Kärntner Ausgleichszahlungsfonds in der nunmehr geänderten Form wurde bereits ein Beitrag von € 1,2 Milliarden und wurden weitere Maßnahmen erteilt.

Dann wurde das Angebot gelegt, und zwar jenes Angebot, das heute vom Klubobmann Leyrouz und vom Dritten Präsidenten Lobnig äußerst kritisiert worden ist. Gerade von einem Mitarbeiter, der hauptberuflich beim Amt für Bundesfinanzen beschäftigt ist, möchte ich meinen, kann ich davon ausgehen, dass er einen wesentlichen Vorteil bei Gesetzeslesungen beziehungsweise in der Erkennung von deren Inhalten hat. Wenn man hier der Finanzreferentin vorwirft, sie hat keine Nachverhandlungen gemacht, Kärnten hätte nachverhandeln müssen, der Landeshauptmann hätte mit irgendeiner Gläubigergruppe noch zusammentreten müssen – (*Abg. Mag. Schalli: Das hat er nicht gesagt!*) Geschätzte Damen und Herren! Ihr braucht ja nicht nervös zu werden! – was mir bekannt ist und auch in den Medien nachvollziehbar ist, das möchte ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen und all jenen, die jetzt zuhören, (*Abg. Mag. Leyrouz: Si tacuisses, philosophus mansisses*) egal, auf welcher Seite sie stehen, egal, wo sie uns unter Umständen im „www“, im World Wide Web zuhören, auf welchen Finanzplätzen oder auch nicht Finanzplätzen oder auf welchen Empfangsgeräten: Am 9.1., am Abend beziehungsweise in der Nacht auf den 20.1., wurden die vorher final verhandelten und für die Legung des Angebotes

relevanten vertraglichen Vereinbarungen zwischen den involvierten Parteien, primär zwischen dem Land Kärnten, der ABBAG und dem Kärntner Abbau-Fonds, wurde die Angebotsquote für die Klasse A, nicht nachrangige Schuldtitel, auf 75 Prozent der angepassten festgelegten Stückelung, der Stückelung des Nominales inklusive abgelaufener Zinsen bis zum 31.3.2015 festgelegt. Die Angebotsquote für die Klasse B, das sind die nachrangigen, wurde auf 30 Prozent von der angepassten, festgelegten Stückelung festgelegt. Am 20.1.2016 erfolgte dann ein sogenannter „Soft Launch“. Das heißt, es wurden zuerst nur die Quoten bekanntgegeben, die detaillierten Angebotsunterlagen jedoch nicht veröffentlicht. Der Marktwert – und jetzt bitte aufpassen! – der Anleihen lag zu diesem Zeitpunkt für nicht nachrangige Anleihen bei 68 Prozent, angeboten wurden 75 Prozent und für nachrangige Anleihen bei rund 20 Prozent, und angeboten wurden 30 Prozent. Zudem hat die EZB empfohlen, eine Wertberichtigung bei all jenen, die diese knapp € 11 Milliarden seitens Dritter als Gläubiger haben wollen, eine Wertberichtigung im Ausmaß von mindestens 50 Prozent für nicht nachrangige Anleihen und von nachrangigen Anleihen vorzunehmen. Es war also eine wesentliche Erhöhung beziehungsweise ein Überangebot seitens des Landes und des Bundes gegenüber den Gläubigern festgelegt worden. Dementsprechend wurde das dann auch so platziert und nicht irgendwo bei einem Hausmeister oder bei einem Portier platziert, sondern platziert in einer kapital- und marktrechtlich notwendigen Bekanntmachung im „Wiener Amtsblatt“, in der „Financial Times“, et cetera. Flankiert wurde das Angebot von umfangreichen Veröffentlichungen auf der Homepage des Landes, der KLH und vielen anderen Einrichtungen. Es wurden aber auch nicht nur die Angebote, sondern dementsprechend auch Rechtsgutachten der Professoren Kodek und Potacs angeführt. Der Prüfbericht des Landesrechnungshofes wurde ebenfalls mit einbezogen, weil viele womöglich noch glauben, dass wir in Kärnten auf Erdöl sitzen und ewig sprudelnde Gold- und Silberquellen haben. Dem ist nicht so! Damit viele nicht glauben, dass sich die Politik selbst ein Zeugnis ausstellt über die Vermögenswerte, wurde die unabhängige Stelle des Landesrechnungshofes beauftragt, die Vermögensaufstellung darzustellen, um jedem Gläubiger einen Einblick über die aktuelle finanzielle und wirt-

Strauß

schaftliche Situation des Landes Kärnten darzustellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas erwähnen und in Erinnerung rufen: Die Homepage des Landes wurde rund 438 Mal aufgerufen und jene der Kärntner Landesholding, dort ist auch dieser Abbau-Fonds mit den entsprechenden Informationen zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der KLH, wurde 6.130 Mal aufgerufen. Somit kann man von dem ausgehen, dass sich viele, auch unter Umständen die Gläubiger, ein großes und wesentliches Bild gemacht haben zur Bereitstellung von entscheidungsrelevanten Informationen an die Gläubiger mit den bereits erwähnten Veröffentlichungen auf der Homepage und in einer Pressekonferenz der Finanzreferentin zusammen mit Experten der Kanzlei Hausmaninger, Kletter und diverser Briefbeantwortungen entsprechend der Klarstellung in Bezug auf die Bereitstellung von Informationen durch das Land. Ebenso hat der Bundesminister für Finanzen Informationsgespräche mit Gläubigervertretern geführt. Ich möchte das noch einmal betonen, weil immer der Vorwurf kommt, die Landesregierung, der Landeshauptmann, die Finanzreferentin haben nichts unternommen, die haben mit den Gläubigern nicht gesprochen. Es hat Gespräche gegeben! Diese Gespräche sind aber natürlich schon auch durch ein Gesetz reglementiert. Ein Gesetz hat auch etwas, und das ist im Finanzstabilisierungsgesetz natürlich auch so verankert, das war früher auch jene Situation. Aber was hätte denn das Land unternehmen sollen? Was hätte der Bundesminister denn unternehmen sollen? Wenn in weiterer Folge gleich bekannt wurde, dass diverse HETA-Gläubiger sich in verschiedene Gläubiger-Pools zusammengeschlossen haben, unter anderem die sogenannte „Ad-hoc“-Gruppe, „Par“-Gruppe, „Teutonia“ und diese auf verschiedene Weise und Wegen versucht haben, Gespräche mit dem Bund aufzunehmen, aber letztendlich auch erklärt haben, 100 Prozent und mehr wollen wir sehen, und 100 Prozent und mehr wollen wir vom Land haben, und alles andere braucht ihr mit uns nicht zu diskutieren. Dann ist ja jede Frage der Nachrangigkeit oder Diskussion schon von Haus aus nicht gegeben. Und was passiert mit jenen zwei Milliarden, die sich nicht gemeldet haben? Die würden dann sagen, jetzt habt ihr mit denen etwas Besonderes verhandelt, auf uns habt ihr vergessen, und das

ist in diesem Gesetz ja gar nicht vorgesehen. Die Finanzreferentin und alle handelnden Personen haben im Sinne des Auftrages des Kärntner Landtages ordnungsgemäß geantwortet, gehandelt und auch gearbeitet.

Geschätzte Frau Referentin, ich darf dir dafür recht herzlich danken, und zwar danken insofern, als das Engagement gegeben ist, ein Engagement, dieses Land in einer schwierigen Zeit mit äußerst präziser Führung, auch unter der Führung des Landeshauptmannes so darzustellen, dass die Menschen nicht nur das Gefühl haben, dass hier Personen am Werk sind, denen es um das Wohl dieses Landes geht, sondern auch die Verantwortung gegenüber jenen, die auch Gesetze formuliert haben, die aber auch auf Basis der Rechtmäßigkeit eines Staates stehen. Wenn die Rechtmäßigkeit vor zehn oder fünfzehn Jahren in diesem Land und bei dieser Bank so großartig gewesen wäre, hätten wir jetzt wahrscheinlich nicht jene Situation, vor der wir stehen. Wenn alles rechtmäßig über die Bühne gegangen wäre, hätten wir nicht eingesperrte Bankdirektoren und deren Stellvertreter. Wenn mit der Rechtmäßigkeit alles in Ordnung gewesen wäre, hätten wir unter Umständen auch nicht jene nicht so charmante Situation, dass die seinerzeit leitenden politischen Verantwortungsträger hinter Gittern sitzen. Und ich glaube, das ist jene Verantwortung, die eine neue Verantwortung für Kärnten und ein neuer Stil für Kärnten ist. Deshalb verstehe ich auch für mich persönlich etwas nicht, und das ärgert mich schon, weil ich seit 2004 auch Teil dieses Kärntner Landtages sein darf und auch bei dieser Beschlussfassung, wie es Rolf Holub ausgeführt hat, die Hand gehoben habe: Wir haben vertraut auf die Kommissäre, wir haben vertraut auf die Direktoren, wir haben vertraut auf die Bilanzen. Wenn aber die Bilanz gefälscht ist, die Information gefälscht ist und alle weiteren Maßnahmen gefälscht sind, dann sind wir Betrügnern und Lügnern aufgefressen. Ich möchte mich entschuldigen, dass wir damals so mit Freude vielleicht dieses Gesetz der Europäischen Union, dass wir als Länder nicht mehr Haftungen übernehmen dürfen und in Zukunft auch werden, mitgetragen haben, aber wir haben zu diesem Zeitpunkt nicht gewusst, dass alle Informationen oder viele dieser Informationen, die wir bekommen haben, nicht rechtens waren! Ich möchte aber etwas auch noch heute ausführen, geschätzte Damen

Strauß

und Herren: Der Dritte Präsident in seiner politischen Verantwortung, Mitverantwortung für das Land hat heute gemeint, gehen wir es gemeinsam an. Gehen wir es gemeinsam an, und die Freiheitlichen werden ihren Beitrag leisten. Geschätzte Damen und Herren, ist das der Beitrag, wenn wir meinen, gehen wir es gemeinsam an und im selben Atemzug – und jetzt mache ich eine bildliche Situation dazu, wenn wir in privaten Situationen sagen, gehen wir es gemeinsam an, schenkt man sich Blumen, schenkt man sich womöglich auch Zeichen der äußerlichen Verbundenheit, indem man Ringe tauscht und sich ansteckt und viele andere Sachen – und im selben Atemzug, liebe Kollegen der Freiheitlichen, ein Misstrauensantrag gegen die Landeshauptmann-Stellvertreterin eingebracht wird? Gehen wir es gemeinsam an, und eine Minute später ziehen wir die Messer wieder heraus und versuchen, den stärksten Partner, den verantwortungsvollsten Partner in diesem Zusammenhang, die Finanzreferentin zu schwächen! Wenn das das Signal nach außen ist, geschätzte Damen und Herren, dann bin ich persönlich in der falschen Situation! Dann bin ich aber auch persönlich in der Verantwortung und durch Wählerinnen und Wähler in diese Verantwortung gehoben, schon in der Fragestellung, mit mir selbst umzugehen, wenn ich mich fragen muss, ist das das gemeinsame Arbeiten für Kärnten in dieser schwierigen Situation, geschätzte Herren der Freiheitlichen, geschätzter Herr Kollege Bürgermeister? Am Vormittag sagen wir, machen wir es gemeinsam und in derselben Minute sage ich, aber nicht mit dir, mit dir kann ich nicht gemeinsam, weil gegen dich habe ich einen Misstrauensantrag. Das ist kein Vertrauen! Wir werden aber nicht auf euch warten, wir laden euch ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen, wir laden euch ein, alle Veröffentlichungen genau zu studieren, wir laden euch ein, die Gesetze, die Finanzstabilisierungsgesetze, die Abbaugesetze – und nur auf dem Grundsatz von Gesetzen arbeitet die Landesregierung, der Landeshauptmann mit seinem Team und auch wir als Kärntner Landtag werden sie einhalten. Ich sage recht herzlichen Dank, ein Dank, den ich vielleicht gerne in einer ganz anderen Form bringen würde, indem wir heute berichtet hätten, womöglich in einer Sondersitzung des Kärntner Landtages, als Vorsitzender des Finanzausschusses, die Gläubiger haben unser Angebot angenommen.

Geschätzte Damen und Herren, es hätte wahrscheinlich damals meine Rede sein können. Wir gehen in eine schwierige Situation, und wir hoffen auf die Unterstützung des Bundes, weil € 1,2 Milliarden neu zu satteln und neu mitzunehmen, ist ein irrsinnig schwerer Rucksack. Heute wissen wir, dass dieses Angebot nicht angenommen ist, Kärnten trotzdem Zukunftsweg beschreiten wird und Wege gehen wird. Ich sage aber trotzdem danke allen Mitgliedern des Ausschusses und vor allem dir, geschätzter Herr Landeshauptmann, und geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin und Finanzreferentin, euch mit eurem Team für diese Vorbereitungen, für den unermüdlichen Einsatz für die Menschen in Kärnten, um auch ein dementsprechendes Bild, ein positives Bild Kärntens nach außen zu zeigen. Danke sehr! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Reinhard Lebersorger von den Grünen. Ich erteile ihm das Wort! Ich darf nur darauf verweisen, dass die Ausführungen des Herrn Abgeordneten mit etwas mehr als 26 Minuten sehr, sehr umfassend ausgefallen sind. Vielleicht schafft man es ein bisschen straffer!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich werde die Zeit wieder ein bisschen hereinbringen, ich möchte aber eine Geschichte erzählen, die mir eingefallen ist anlässlich der Ablehnung dieses Rückkaufangebotes: Als ich in Wien studiert habe, haben wir im Studentenheim in der Wiener Jordanstraße diskutiert, ob die Betriebswirtschaft eine exakte Wissenschaft ist. In unserem Heim waren damals auch viele Studenten von der Bodenkultur, und mit ihrer Naturwissenschaft haben sie natürlich gesagt, unsere Wissenschaft ist eine exakte, aber ihr habt keine exakte Wissenschaft. Ich habe das damals bestritten, ich habe gesagt, da gibt es ja diese Berechnungsmodelle, da gibt es diese volkswirtschaftlichen Modelle, das ist ja alles fundiert und berechenbar. Heute würde ich das nicht mehr so sagen. Die Erfahrung, die ich ge-

Dr. Lebersorger

macht habe ist, dass die Wirtschaftswissenschaft keine exakte Wissenschaft ist, weil einfach bei wirtschaftlichen Entscheidungen viel mehr andere Komponenten mit hineinfließen als bei rationalen Überlegungen. Das ist leider so, und auch diesmal müssen wir das zur Kenntnis nehmen, dass hier nicht rational argumentiert und entschieden worden ist. Und weil das so ist, überschätzen wir oft auch die Rationalität von hochgestellten Führungskräften. Die sind genauso mit ihren Emotionen verhangen wie wir „kleine Grabbler“ hier in Kärnten oder in der zweiten Reihe der Abgeordnetenbank. Die sind keine anderen Leute, und die handeln aus ganz anderen Motivationen und deshalb ist unsere rationale, juristische, organisatorische Bemühung hier leider nicht aufgegangen. Und ich muss sagen, wir waren wirklich alle sehr engagiert. Es stimmt, dass wir über Weihnachten und danach in langen Sitzungen in Wien und überall dicke Verträge durchgeschaut haben, ob das alles in Ordnung ist, ob das alles passt. Es war wirklich ein großer Enthusiasmus dabei, dieses Projekt zu einem Erfolg zu führen, aber leider ist das nicht gelungen. Ich muss sagen, ich habe mich als Aufsichtsrat der Kärntner Landesholding und auch im Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds immer gut informiert gefühlt über alle Vorcommissee, über alle Prozesse, die gelaufen sind, und ich kann das nicht bestätigen, wenn von manchen behauptet wird, dass man nicht geschickt informiert wird und deshalb nicht mitarbeiten kann, so wie es in manchen Aussendungen lautet. Ich möchte nur daran erinnern, es hat jeden Montag oder fast jeden Montag für Vertreter der Parteien eine Informationsrunde mit der Frau Finanzreferentin gegeben, mit dem Herrn Landeshauptmann, wo alle Fragen gestellt werden konnten, wo alles hinterfragt werden konnte. Ich glaube, einen so transparenten Prozess wie wir ihn hier erlebt haben, haben wir schon lange nicht erlebt. Und wenn ich jetzt höre, dass wirklich alle zusammenarbeiten wollen, dann freut mich das.

Den Misstrauensantrag gegen die Finanzreferentin finde ich in dem Zusammenhang wirklich äußerst kontraproduktiv, das muss ich sagen! *(Beifall von der Grünen-Fraktion.)* Ich verstehe es nicht, aber das wurde von meinem Vorredner schon gesagt. Und was die Vorschläge betrifft: Wir haben seit einem halben Jahr bei jeder Landtagssitzung eine Menge von Anträgen, die

Flüchtlinge betreffend, wir haben laufend Anfragen, die Flüchtlinge betreffend, aber das finanzielle Problem der Flüchtlinge ist ein mikroskopisches im Vergleich zu dem, was wir hier haben. Und da frage ich mich, liebe FPÖ: Wenn ihr wirklich Vorschläge habt, wieso ist kein einziger Antrag gestellt worden? *(Beifall von der Grünen-Fraktion und Abg. Köchl.)* Das Einzige, das wir gehört haben: „Redet mit den Gläubigern!“ Ja gut, jetzt haben wir schon € 1,2 Milliarden auf den Tisch gelegt, bitte, wer hätte, wenn wir verhandeln, das finanzieren sollen? Woher sollen wir das Geld nehmen, wenn wir an die Grenze dessen gegangen sind, was für uns möglich ist? Also bitte wie sollen wir Gespräche führen, wenn wir die Taschen leer haben? Kann mir das jemand erklären? Und was den Bund betrifft, wir haben auch den Vorschlag gehabt, den Bund zu klagen, weil der eben gewisse Aufsichtspflichten verletzt hat. Dazu muss man sagen, Ja, ein Schaden ist eingetreten, aber der Bund hat bereits € 5,5 Milliarden hineingezahlt in dieses Loch. Also, jetzt müsste man beweisen, dass der Schaden mehr als € 5,5 Milliarden beträgt. Bitte, diesen Nachweis hätte ich gern einmal auf dem Tisch! Ich habe trotzdem noch Hoffnung. Ich würde vorschlagen, lassen wir den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds bestehen. Vielleicht, wenn die Ratio wieder einkehrt, die Ernüchterung einkehrt, können wir ihn noch einmal gebrauchen. Das würde ich mir wünschen! Danke! *(Beifall von der Grünen-Fraktion und der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächster Redner ist der Klubobmann der Freiheitlichen, Herr Abgeordneter Leyroutz.

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Liebe Kollege Strauß, der Herr Präsident Rohr hat ja bereits gesagt, 26 Minuten. Ich hätte gemeint, ein bisschen mehr Inhalt und weniger Vorlesen wäre besser gewesen! Es passt auch das alte Sprichwort: „Si tacuisses, philosophus mansisses.“ Zur Übersetzung: „Hättest du geschwiegen, wärst du Philosoph geblieben.“ Passt da ganz gut drauf, denn das war – und da muss ich wieder zum Kollegen Lebersorger zu-

Mag. Leyrouz

rückkommen – Realitätsverweigerung und zynische Abstandnahme von der Wirklichkeit. Denn wenn – und ich möchte nur ganz kurz noch auf das eingehen – wir wirklich unemotional die Vorgangsweise bei der Angebotslegung erörtern, besprechen, diskutieren, dann haben wir immer die Ansicht vertreten, dass dieses Angebot in dieser Art und Weise nicht angenommen werden wird. Man ist auf die Argumente der Gläubiger nicht dementsprechend eingegangen, und ich kann mich noch ganz gut an eine der ersten Sitzungen erinnern, wo der Rechtsvertreter Abel anwesend war und das damals von ihm vertretene Hauptargument auch in der Diskussion mit mir war, die Gläubiger werden annehmen, weil das Angebot nach Ende des Jahres gestellt wird. Sie können dann die Gewinne lukrieren, positive Bilanzen ausweisen. Und dann ist der Jänner einhergezogen, dieses Argument war dann auf einmal nicht mehr schlagend, aber das war das Hauptargument. Man hat sich aber mit den wesentlichen Punkten, warum die Gläubiger dieses Angebot nicht annehmen wollen, warum sie meinen, dass ein Präzedenzfall entstehen wird, nicht mit der gebotenen Sorgfalt auseinandergesetzt. Es hat keine Notwendigkeit bestanden, den Antrag und das Angebot zu dem Zeitpunkt zu stellen. Es wäre unserer Ansicht nach vernünftiger gewesen, sich mehr Zeit zu nehmen. Natürlich kann Kärnten nicht mehr aufbringen, das ist uns allen klar, aber gemeinsam mit dem Bund, in Abwägung aller Vor- und Nachteile, in Abwägung der Kosten des Reputationsschadens, der in Zukunft entstehen wird, wären der Finanzminister und die Republik gut beraten gewesen, andere Vorschläge zu bringen und nicht dann eine Woche vor Ablauf der Angebotsfrist mit einem neuen Vorschlag, einem zusätzlichen Angebot heranzutreten, denn da war es bereits zu spät. Das heißt, eine akkordierte Vorgangsweise, wie man das bei einer normalen Sanierung macht, dass man im Vorfeld den Markt sondiert, wie das der Herr Landesrat Ragger heute gesagt hat, um dann wirklich Erfolg zu haben, das wäre geboten gewesen.

Aber ich will über die Vergangenheit gar nicht mehr so weit diskutieren und nur noch einen Ausflug in die Vergangenheit machen. Ich möchte auch ab heute nicht mehr die Verantwortung großartig diskutieren, sondern in Zukunft an einer konstruktiven Lösung mitarbeiten. Wir sollten aufhören, immer in jeder Diskussion zu

erklären, auf der einen Seite hat der verstorbene Landeshauptmann die Verantwortung, von den Freiheitlichen wird immer wieder repliziert, es haben alle mitgestimmt! Die Problematik ist, dass im Jahr 2004 ein Totalversagen, ein Kontrollversagen stattgefunden hat, wenn man das im Nachhinein wirklich betrachtet, nämlich insofern als im Landtag ein schwerwiegender Beschluss gefasst wurde, wo man, vereinfacht ausgedrückt, hergegangen ist und einer Bank die Möglichkeit eingeräumt hat, am freien Kapitalmarkt Kapital zu beschaffen und das Land Kärnten ohne Einflussnahme, ohne dass es informiert werden muss, ohne dass es die Zustimmung zur einzelnen Kapitalaufnahme abgibt, immer die Haftung zu tragen hat. Das war der Kapitalfehler! Und die damaligen Abgeordneten, auch teilweise die Regierung hatten diese Kenntnis nicht gehabt, wie weitreichend dieser Beschluss gegangen ist. Die Verfassungsabteilung des Landes Kärnten, die Finanzabteilung des Landes Kärnten, haben sich dieser Problematik viel zu wenig angenommen. Das ist die Problematik, vor der wir stehen! Daraus ergibt sich aber auch die Verantwortung für alle, an einer Lösung mitzuwirken! Ich sage, diese Verantwortung besteht auch für uns. Wir wollen über diese Vergangenheit nicht mehr sprechen, sondern konstruktiv schauen, welche Möglichkeiten gibt es. Eine der Möglichkeiten wurde heute bereits skizziert, die haben wir auch in der Vergangenheit gebracht, die Abwehr und die Vornahme aller rechtlichen Prüfmaßnahmen, um den Gläubigern klar zu machen, dass die Haftungen dem Grunde nach nicht bestehen. Ich will da jetzt gar nicht näher darauf eingehen. Wir sind auf alle Fälle bereit, unsere rechtliche Expertise da mitzubringen. Uns allen ist natürlich klar, eine Lösung kann am Ende des Tages nur gemeinsam mit dem Bund erfolgen, aber der Bund wird auch in die entsprechende Vorleistung treten müssen.

Der Vorschlag, den wir seit Monaten unterbreiten ist, sich mit den Gläubigern letztendlich zu einigen, die HETA dann in aller Ruhe abzuwickeln. Die Aufteilung der Verantwortung, die dann am Ende des Tages in Geld bemessen wird, sollte dann im Rahmen eines Schiedsverfahrens zwischen dem Land Kärnten und dem Bund abgewickelt und ausgestritten werden. Danke! *(Beifall von der F-Fraktion, von Abg. Mag. Trodt-Limpl und von Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Rednerin ist die Finanzreferentin, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig. Ich bitte dich, zu sprechen!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich habe schon in der Aktuellen Stunde erwähnt, ich habe im Moment weder die Zeit noch die Energie, mich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, aber Geschichtsfälschung sollte im Hohen Haus auch nicht stattfinden. Der größte Fehler im Zusammenhang mit der Hypo Bank war die Veräußerung unter Beibehaltung der Haftungen. Hier hätte das Land die Chance gehabt, mit einer Schad- und Klagelohaltung zu agieren, die Bank zu veräußern und im gleichen Zeitpunkt auch die Haftungen loszuwerden. (*Abg. Mag. Leyrouz: Ein weiterer Kapitalfehler!*) Aber, und das eint die Verantwortlichen von damals mit den Gläubigern von heute, die Gier hat über die Vernunft gesiegt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Zum vorliegenden Bericht, zur Frage der Vorgangsweise des Landes bei der Abwicklung der HETA und der Lösung der Haftungsfrage darf ich noch anmerken, im Bericht sind die einzelnen Schritte angeführt. Es wurde erwähnt, dass mit einer noch nie dagewesenen Breite unter Einbeziehung aller Fraktionen seit dem 1.3.2015 entsprechende Lösungsvorschläge erarbeitet worden sind. In einer Diskussionstiefe und im Unterschied zu vergangenen Zeiten wurden Anregungen auch der Opposition geprüft, so die Frage, sind Haftungen überhaupt existent? Dazu liegen umfangreiche, auch rechtliche Beurteilungen vor. Letztendlich ist die gesamte Gruppe zu dem Schluss gekommen, ein URG-Verfahren im ersten Schritt einzuleiten, um eine Lösung auf der Ebene von außergerichtlichen Möglichkeiten herbeizuführen, weil jeder andere Weg und auch ein anderer Weg als der Ankauf von Haftungen, mit Prozessrisiken behaftet ist, die wir nicht ausschließen können und die wir nicht eingehen möchten. Es haben sich im letzten Jahr und in dieser Zeit, die wir gewonnen haben, auch neue rechtliche Perspektiven ergeben. Es

wurde ein Paragraph im BaSAG geändert, der für uns jetzt auch einen neuen rechtlichen Angriffspunkt gegen den Bestand der Haftungen darstellt. Der gesamte Prozess der Angebotslegung wurde mit höchster Professionalität abgewickelt. Es gibt keine einzige inhaltliche Kritik, auch nicht von Gläubigerseite an dem gesamten Prozess, der der größte Kapitalmarktprozess Europas war, der hier aufgesetzt und ordnungsgemäß abgewickelt worden ist. Wir haben in diesem einen Jahr neue Erkenntnisse gewonnen, die in den Verfahren hilfreich sein werden. Wir wissen heute im Detail, welche Gläubiger wann gekauft haben, zu welchen Werten sie gekauft haben, zu welchen Werten sie versucht haben, auch wiederzuverkaufen. Und wie gesagt, das sind alles Argumente, die uns in den Verfahren helfen werden.

Ein paar Argumente, die immer wieder auf den Tisch kommen, zum Beispiel das Land hätte nicht verhandelt: Das Land und der Ausgleichszahlungs-Fonds haben auf einer klaren, gesetzlichen Grundlage agiert, dem Finanzmarktstabilitätsgesetz. Der Kapitalmarkt hat hier die Vorgabe, dass wenn ein Angebot gelegt ist, dieses verbindlich und unveränderbar ist in den Bedingungen und in der Fristigkeit. Jede Verhandlung hätte dazu geführt, dass wir ein großes rechtliches Risiko im Hinblick auf Holdouts eingehen, was aber nicht heißt, dass gewünschte Informationen den Gläubigern nicht erteilt worden sind. Jede Gläubigergruppe, die sich an das Land gewandt hat, hat ein umfangreiches Informationsschreiben bekommen, mehrere Seiten umfassend. Also, die Behauptung, es hätte hier eine Verweigerung der Kommunikation gegeben, ist absolut unzutreffend!

Es wird auch immer wieder angeführt, es hätte kein „Market Sounding“ gegeben. Natürlich hat man sich einen Überblick über den Markt geschaffen! Auch hier waren die Fakten vor Angebotslegung vollkommen klar. Es gab eine Empfehlung der Europäischen Zentralbank, die nicht nachrangigen Anleihen um 50 Prozent abzuwerten. Und wer mathematische Grundbegriffe beherrscht weiß, dass 75 Prozent als Angebot mehr ist als 50. Für die nachrangigen Gläubiger gab es die Empfehlung der EZB, diese Papiere auf fünf Prozent abzuwerten, auf fünf Prozent des Wertes! Hier betrug das Angebot des Ausgleichszahlungs-Fonds 30 Prozent. Wir haben uns den Markt angesehen. Dieser hat zum Zeitpunkt der

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Angebotslegung widergespiegelt, dass die nicht nachrangigen Papiere mit 65 bis 67 Prozent ihres Wertes gehandelt worden sind und die nachrangigen mit 17 bis 18 Prozent, das heißt, auch weit unter den Werten, die letztendlich angeboten worden sind. Das Angebot ist nicht aus den vorgeschobenen Gründen der Gläubiger abgelehnt worden. Es ist nicht abgelehnt worden, weil Bund und Land nicht verhandelt haben. Das ist unkorrekt! Der Minister hat sich sogar bemüht, in Zeiten mit einer Null-Verzinsung auf EZB-Vorgabe ein attraktives Angebot zusätzlich zu unserem Angebot und unabhängig davon zu legen. Es wurde auch nicht abgelehnt, weil es ein Präzedenzfall ist. Die Hypo ist leider kein Präzedenzfall, sondern ein Kriminalfall! Und da können Sie jeden fragen, der am Gericht in Klagenfurt beschäftigt ist, egal, ob er strafrechtlich oder zivilrechtlich tätig ist. Das sind Fragen, die leider dort noch lange Zeit die Gerichte beschäftigen werden.

Es ist aus einem Grund abgelehnt worden, weil es eine abgestimmte Verhaltensweise einer bestimmenden Gruppe gegeben hat. Hätte diese marktverzerrende Maßnahme nicht stattgefunden, wäre das Angebot erfolgreich gewesen. Das ist der wahre Grund des Scheiterns! Und jetzt muss man sich fragen, wieso muss ich mich denn rechtlich so binden? Wenn das Angebot nicht gut ist, dann muss ich es als Vorstand ohnedies ablehnen. Der einzige Grund für so eine Bindung ist genau das, was heute in Diskussionen ausgeführt worden ist, man möchte neues Europäisches Recht nicht akzeptieren! Dieses neue Europäische Recht beruht auf den Erkenntnissen der Finanzkrise und besagt, dass hinkünftig das Risiko, das am Markt eintritt, nicht mehr alleine die Steuerzahlerin und der Steuerzahler tragen werden, sondern dass alle, die Risiken eingehen, so auch die Bank- und Finanzinstitute letztendlich dann, wenn Risiken schlagend werden, auch zu deren Bewältigung beizutragen haben! Und das kann ich nur vollinhaltlich unterstreichen: Die Zeiten, wo die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler immer zur Kasse gebeten werden, die müssen vorbei sein! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*) Und das war der wahre Grund für die Ablehnung! Die rechtlichen Probleme, die aufgrund dieser abgestimmten Verhaltensweise vielleicht noch auf einige zukommen, die werden sich zeigen. Ich bedaure das

Ganze sehr für die Gläubiger, die angenommen haben. Die hätten jetzt schon längst das Geld auf dem Konto, 75 Prozent der Werte binnen drei Tagen überwiesen mit der Option, diese in Bundespapieren anzulegen und nach 18 Jahren bar zum vollen Wert ausbezahlt zu bekommen! So etwas abzulehnen, das kann man rational, da gebe ich dem Herrn Kollegen Lebersorger recht, nicht nachvollziehen! Das sind unsachliche Argumente! Aber als Vorstand darf ich mich halt nicht von unsachlichen Argumenten leiten lassen, sondern ich muss zum Wohle des Unternehmens prüfen, ob ich ein Alternativszenario habe, das mir mehr bringt, und das gibt es nicht! Auch das wurde erwähnt.

Wichtig für den Landtag: Der Landtag hat beschlossen, dass wir einen Kredit in der Größenordnung von 1,2 Milliarden Euro aufnehmen können, um hier in Vorlage zu treten und einen Haftungsbeitrag zu leisten. Mit der Ablehnung an diesem Tag ist dieser Beschluss hinfällig, ebenso wie alle anderen Verträge. Die Homepage des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds wurde bereits geschlossen. Der Landtag wird darüber zu befinden haben, wann der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds wieder aufgelöst wird, nachdem das Angebot von den Gläubigern abgelehnt wurde. Wir haben auch sehr transparent gehandelt. Es wurde wirklich jeder Vermögenswert des Landes auf die Homepage gestellt und das auch in der rechtlich national und international üblichen Form. Es wird das Asset auf die Homepage gestellt. Die Gläubiger haben dann zu bewerten, ist die Liegenschaft mit der Einlagezahl soundso € 100.--, € 1.000.-- oder € 100.000.-- wert und im Gesamten zu betrachten, ob diese Gesamtwerte jemals € 1,2 Milliarden erreichen können. Diese Prüfaufgabe haben die Gläubiger zu tun. Wenn man sich das ansieht, was das Land anzubieten hätte, dann weiß man, dass das Land Kärnten ohne Unterstützung des Bundes € 1,2 Milliarden an Haftungsbeitrag niemals hat leisten können und niemals wird leisten können. Dieses Angebot ist mit der Ablehnung vom Tisch!

Des Weiteren muss man sich jetzt nach der Ablehnung des Angebotes mit der Frage beschäftigen, wie wir weiterhin vorzugehen haben. Alle, die sich mit dem Thema auf rechtlicher Basis befasst haben, sowohl Herr Professor Potacs und Herr Professor Kodek in ihrem sehr bemerkenswerten Buch, aber auch die Gutachter, die von

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

den Gläubigern bezahlt worden sind, kommen zu einem Ergebnis: Ein Bundesland hat eine Funktions- und Bestandsgarantie. Alle – mit unterschiedlichen Nuancierungen in den Randbereichen – kommen zum Ergebnis, es gibt einen Kernbereich, der jedenfalls geschützt ist und auf den Gläubiger niemals werden zugreifen können. Das ist der gesamte Bereich der Öffentlichen Verwaltung und der Daseinsvorsorge, der Bildung für die jungen Menschen in unserem Land, der Forschung, der Ausbildung, der gesamte Bereich der Krankenanstalten, der Pflegevorsorge, des Sozialwesens. Wenn man das zusammenrechnet, ist man schon im Wesentlichen bei den Budget-Positionen des Landes. In den Köpfen mancher Gläubiger herrschen Bilder vor, die offenbar noch auf alten Zeiten fußen. Kärnten hat so gut wie keine Ermessensausgaben mehr! Es gibt keine Hundert-Euro-Auszahlungen mehr, die bar auf die Hand geleistet werden. Es gibt keine Förderungen mehr, die im Unterschied zu anderen Bundesländern mit Familiengeld, Babygeld, Jugendgeld, und sonstigen Dingen bezahlt werden. Es gibt keine Förderung vom Trachtenjackerl-Ankauf mehr. Dieses Bild muss einmal nach außen zurechtgerückt werden! Wir, die Regierung und dieser Landtag, sparen seit 2013 jedes Jahr rund 50 Millionen Euro, damit wir Budgetvorgaben überhaupt einhalten können! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)* Das falsche Bild der Vergangenheit, das in die Zukunft projiziert wird, führt eben genau dazu, dass hier falsche Erwartungshaltungen vorherrschen.

In weiterer Folge haben wir bereits erarbeiten lassen, der Herr Landeshauptmann hat dazu eine Expertengruppe auf der Landesebene eingerichtet, wie der normale Betrieb des Landes gewährleistet ist. All das, was das Land in seinem Bestands- und Funktionsbereich geschützt tut, wird es auch weiterhin tun. Wir haben entsprechende fachliche Grundlagen dafür. Wir haben die Zusage des Bundes, eine Finanzierung des Landes über die Bundesfinanzierungsagentur vorzunehmen. Die Drohgebärden der Gläubiger in diesem Bereich zielen ganz einfach ins Leere. Das Land Kärnten hat aber auch die Möglichkeit, gesetzgeberisch tätig zu werden. In vielen Bereichen, wo es vielleicht Interpretationen brauchen wird, wo es Nachschärfungen gesetzlicher Grundlagen brauchen wird, darf ich um

Verständnis ersuchen, dass wir den Landtag vielleicht einmal mehr beschäftigen werden müssen, weil es genau um die Nachschärfung auch dieser rechtlichen Grundlagen geht, um Vermögenswerte des Landes Kärnten auch klar deklariert als bestandsgeschützt darzustellen. Da geht es mehr um Interpretation als um die Schaffung neuer Grundlagen, aber ganz einfach auch um die Klarstellung. Wir haben uns in dem Jahr, das uns zur Verfügung gestanden ist, bestens vorbereitet, auch auf die Situation, die eintreten konnte, wenn die Gläubiger ablehnen, wenn jetzt die FMA am Wort ist und Klagen eintreten. Und wie gesagt, wir sind für alle Varianten gut gerüstet.

Ich habe im Eingangsstatement heute in der Aktuellen Stunde bereits gesagt, der Bund und das Land haben sich bewegt. Wir sind, wenn man das mit einer Brücke zwischen zwei Abhängen versinnbildlichen möchte, den Gläubigern weit über die Mitte entgegen gekommen, weit über die Mitte, 83 Prozent der Wegstrecke! Die verbleibenden 17 Prozent wollte jemand anderer nicht gehen und hat die Brücke abgebrochen. Und das Bild bleibt: Wenn man mutwillig die Verbindungsbrücke zerstört, dann wird es Umwege, dann wird es Täler und Schluchten geben, mit beschwerlichen und anstrengenden Wegen, vielleicht mit manchen Bergen, die die Gläubiger auch nicht bewältigen werden. Die Frage ist, ob am Ende dann das gewünschte Ziel erreicht werden kann. Wir werden von der Landesregierung – und ich bin mir sicher, mit der Unterstützung des Kärntner Landtages wie bisher – alles tun, um in einer so schwierigen Phase in aller Ruhe Dinge zu entscheiden, wie bisher alle Alternativen gemeinschaftlich auf den Tisch zu legen und zu bewerten, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Wie gesagt, man darf sich nur nicht irritieren lassen, gerade in schwierigen Zeiten ist Ruhe die größte Kraft! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächster Redner ist der Dritte Präsident Josef Lobnig vorgesehen. Bitte dich zum Rednerpult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Ich möchte aus gegebenem Anlass einmal – für mich sehr wichtig – die Chronologie in Bezug auf die Haftungen in Erinnerung rufen und möchte hier im Jahr 1990 beginnen. Ich glaube, der einzige Abgeordnete, der hier war, das war der heutige Landeshauptmann Dr. Kaiser, andere sind erst nachfolgend eingetreten, um hier ihre Arbeit aufzunehmen, als nämlich, wie gesagt, am 13. Dezember 1990 hier im Kärntner Landtag mit den Stimmen der damals im Landtag vertretenen Parteien das Holdinggesetz beschlossen wurde. Ziel war es damals, die Kärntner Landeshypothekenbank in eine neu zu gründende Aktiengesellschaft einzubringen. Und genau mit dieser Gründung und mit der Einbringung wurde auch diese sogenannte Ausfallhaftung nach § 1356 ABGB für die einbringende Bank im Falle einer Zahlungsunfähigkeit festgeschrieben und darüber hinaus die Haftung des Landes zugunsten der Aktiengesellschaft verankert. Das war ein wesentlicher Schritt, der damals gesetzt worden ist. Und wie wir gehört haben, wurde am 22. April 2004 einstimmig hier die der Höhe nach unbegrenzte Haftung des Landes für die Hypobank und alle etwaigen Rechtsnachfolger – und das ist das, was wir betonen müssen – auch beschlossen. Mit diesem Beschluss über die Ausweitung und Übernahme dieses Haftungsvolumens war es dann der Bank auch möglich, sozusagen auf dem Rücken schulternd die Garantie zu haben, wir können aggressive Bankengeschäfte machen, weil wir ja die Haftung des Landes haben, und sie ist auch diese Geschäfte im ehemaligen Osten und Südosten eingegangen. Und das war fatal, denn der Beschluss hatte für Kärnten natürlich enorme Folgen, wie wir heute wissen, neben dem Beispiel, das auch die Finanzreferentin angeführt hat, wegen der sogenannten Haftungen, die im Rahmen des Verkaufs nicht geklärt wurden, was passiert mit denen, weil sie auch hier verblieben sind. Erst mit April 2007 hat es dann aufgrund des Europäischen Rechts keine neuerlichen Haftungen mehr gegeben. Das heißt, die Ausweitungen wurden damals untersagt. Und ab dem Zeitpunkt des Verkaufs im Jahr 2007, das müssen wir auch wissen, hatte das Land Kärnten keinen bestimmenden Einfluss mehr, weil der Mehrheitseigentümer nicht das

Land Kärnten, sondern bereits die Bayerische Bank war und auch damals schon den großen Expansionskurs gehabt hat. Aus der Sicht Kärntens ist natürlich festzuhalten, dass das Land Kärnten ab 2007 auch keine Einblicke in die Geschäftsunterlagen der Bank gehabt hat, und wir wissen heute, dass von 2007 bis 2009, wo es den Crash gegeben hat, ganz aggressive Geschäfte gemacht wurden, wo wir heute sagen können, es waren nicht nur Manager, sondern kriminelle Handlanger dabei. Die Bilanzsumme hat damals eine Rekordsumme von € 43,5 Milliarden erreicht, da sind die Bayern Hochrisiko-Geschäfte eingegangen, und damit schlitterte dann natürlich die Hypo in die Krise. Und daher ist das nicht die gänzliche und alleinige Verantwortung Kärntens, sondern die Verantwortung liegt in diesem Fall auch bei den Bayern. Wie gesagt, der Fehler, den wir gemeinsam gemacht haben, war die Ausweitung dieses Haftungsvolumens, weil damit eben die Bank in die Lage versetzt wurde, solche Geschäfte zu machen.

Und in mehreren Gesprächen, wenn es darum geht, die Schuldenstände des Landes darzustellen, ersuche ich auch die Finanzreferentin, einmal so bei der Wahrheit zu bleiben, denn vor ihr kommt immer, wie auch letztens bei der Finanzausschuss-Sitzung, sie habe das Erbe der Vorgängerregierungen übernommen. Ich möchte in Erinnerung rufen, die Vorgängerregierungen waren nicht alleine die FPÖ, sondern auch die FPÖ und/oder SPÖ und/oder ÖVP. Das heißt, wir haben gemeinsam diese Schulterlast zu tragen, und daher ist es auch von den Haftungen her gesehen nicht nur ein alleiniges Kärnten-Problem oder ein Kärnten-Synonym, das wir erfunden haben. Wenn man bedenkt, wie viele Haftungen alleine Wien gegenüber der Bank Austria eingegangen ist, dann reden wir von € 120 Milliarden, was auch der Grund für die Fusion mit der sogenannten Bayerischen Hypo- und Vereinsbank war. Das Einzige, was sie sehr gut geschaltet haben, was man ihnen zugute halten muss, sie haben die Reißleine rechtzeitig gezogen und die Haftungen abgebaut und stehen derzeit bei rund acht Milliarden Euro, und wir haben noch immer rund elf Milliarden Euro Haftungen zu tragen und zu schultern.

Bei der Gläubigergruppe „Teutonia“, der ich nicht unbedingt große Aufmerksamkeit beimesse, vor allem den Anwälten, wenn sie glauben, Kärnten ist in einer Situation, wo Milch und

Lobnig

Honig fließen, und wo, wie man hört, mit Mercedes-S-Klasse gefahren wird, der Landeshauptmann wird mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren und so weiter, ist eines aus ihrer Kritik herauszunehmen, und zwar die mangelnde Gesprächsbereitschaft gegenüber den Gläubigern. Und das wird auch die Forderung sein und ist bereits die Forderung von anderen Persönlichkeiten der Gläubigergruppen, aber auch, wie wir heute gehört haben, vom Landeshauptmann Pühringer, der das einfordert, oder auch der Finanzreferent Sobotka aus Niederösterreich.

Es rächt sich auch, wie wir heute wissen, dass wir nicht parallel mit diesen Verhandlungen die rechtliche Klärung vor dem Verfassungsgerichtshof in die Wege geleitet haben, um zu prüfen, ob diese Haftungen zu Recht bestehen. Hierzu gibt es einen recht interessanten Fachartikel des Universitätsprofessors Dr. Bruno Binder, der meint, ich zitiere, „es sei zweifelhaft, ob die Bürgschaft zivilgeschäftlich bindend zustande kam“. Dabei hat er eben zwei Argumente geliefert, die für Kärnten sprechen, nämlich a) eine ungültige Bürgschaft oder b) sie ist verfassungswidrig. Also, zwei Argumente, auf die er als bekannter und anerkannter Verfassungsjurist aufbaut. Und die Tatsache, dass viele Jahre ein möglicherweise nicht gültiges Gesetz vollzogen wurde und Haftungsprovisionen an das Land geflossen sind, ändert nichts daran, dass es vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben werden würde, sollte die vermutete Kompetenzüberschreitung vorliegen.

Geschätzte Damen und Herren, das heißt, es bleibt für uns auch zu hoffen, dass diese Frage zugunsten Kärntens geklärt wird und wir in eine gestärkere Verhandlungsposition gegenüber dem Bund treten können, was nicht heißen soll, dass wir uns der Verantwortung entziehen oder gänzlich entlastet werden. Nein, wir werden unseren Beitrag auch leisten müssen, aber unter anderen Vorzeichen und unter anderen Vereinbarungen. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Daher, geschätzte Damen und Herren, erwarte ich mir auch weiterhin die Solidarität der anderen Bundesländer, wie sie sie auch in der Vergangenheit gezeigt haben, wo sie gesagt haben, jawohl, wir tragen diese Last mit und sind auch dabei, wenn es um die Lösung geht. Das heißt auch, es muss auch der Bund zu seiner Verantwortung und seinem Angebot stehen, und wir werden auch fordern, den Umtausch der Schuldtitel in Bun-

desanleihen als weiteren Lösungsansatz aufrecht zu erhalten. Vielleicht gelingt es, in Verhandlungen auch zu erreichen, dass die Frist von 18 Jahren möglicherweise auf zehn Jahre reduziert wird, um unseren Gläubigern dieses Angebot schmackhaft zu machen. Solche Verhandlungen werden auch notwendig sein. Und aus der Sicht der gestrigen Sitzung habe ich den Vorschlag mitgenommen, doch gemeinsame Überlegungen anzustellen, wie wir die sogenannte Bestands- und Funktionsgarantie auch in unserer Landesverfassung festschreiben können. Das ist, glaube ich, ein guter Vorschlag, und wir werden auch einen Antrag einbringen, wo wir über die Landesregierung die Verfassungsabteilung ersuchen, uns einen Entwurf in dieser Form vorzulegen, den wir hinterher auch diskutieren sollten.

Geschätzte Damen und Herren, lange Prozesse können nicht im Interesse des Landes sein, auch nicht in unserem Interesse, sondern wir müssen schauen, dass wir zielstrebig mit diesen Argumenten, mit diesen rechtlichen Rahmenbedingungen und diesem Vorgehen Lösungen finden, die Kärnten gut tun und die uns eine große Last von den Schultern nehmen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion, vom BZÖ und Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächster Redner ist der Abgeordnete Bürgermeister Köchl Klaus. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Liebe Finanzreferentin! Geschätzte Landesräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich in den letzten Tagen in den Zeitungen gelesen habe, dass es Rücktrittsaufforderungen geben sollte, war ich eigentlich entsetzt. Im Dezember 2015 hat dieser Kärntner Landtag 70 Jahre gefeiert. Kärnten war nach dieser Nazi-Herrschaft zertrümmert, zerschlagen, es gab viele arme Leute, und ich erinnere mich noch ganz genau, wie der Willi Wadl gesagt hat, „damals haben sie zusammengehalten“. Damals sind 50.000 Flüchtlinge hier in Kärnten gewesen, das hat niemandem etwas ausgemacht, für alle hat es etwas zu essen gegeben, man hat

Köchel

das Bestmögliche erreichen wollen. Und heute leben wir in einem Wohlstand und haben zwar, wenn man das alles zusammenrechnet, zwischen 10 und 15 Milliarden Euro Schulden, die jemand begangen hat, wir regen uns über 5.000 Flüchtlinge auf, wir haben den Zusammenhalt nicht. Ich bin froh, und dafür möchte ich mich bei der Freiheitlichen Partei bedanken, dass sie jetzt einsichtig sind, dass sie jetzt hergehen und sagen, sie wollen mitarbeiten und gemeinsam etwas tun. Und das ist auch der einzig richtige Weg in dieser schwierigen Lage. Unser Landeshauptmann und unsere Finanzreferentin und alle haben in den letzten eineinhalb Jahren positiv gearbeitet, um diesen Schuldenberg dahin zu bringen und mit den Gläubigern zu reden, dass wir aus dieser schwierigen Situation herauskommen.

Und wenn der Präsident Lobnig herausgeht und sagt, dass die Finanzreferentin nicht die ganze Wahrheit sagt, so ist das eigentlich umgekehrt. Gaby Schaubert sagt die Wahrheit, und der Präsident Lobnig, wenn er die Geschichte dieser gesamten Haftungsfrage aufrollt, sagt eine Wahrheit nicht, nämlich dass damals Kulterer, Striedinger, Haider und Pfeifenberger, nachdem mit 30.9.2007 die Haftungen beschlossen worden sind, dass sie bis 2017 auslaufen, sie in dieser Zeit am Kärntner Landtag, an diesem Gremium hier vorbei diese Haftungen noch hinaufgeschraubt haben, und das macht genau eine Summe von 9,8 Milliarden Euro aus. Das ist genau das, was wir heute noch an Schulden haben, und das habt ihr von der Freiheitlichen Partei alleine zu verantworten, (*Abg. Mag. Leyrouz: Das ist die Unwahrheit!*) weil ihr nämlich dem Auftrag des Kärntner Landtages nicht nachgekommen seid und genau diese Haftungen in dieser Zeit hinaufgeschraubt worden sind. Und das ist das große Problem, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) das ihr gemacht habt und deshalb sind nicht die SPÖ und die anderen Abgeordneten schuld, sondern deshalb sind alleine diese vier Leute verantwortlich. (*Abg. Mag. Leyrouz: Nein, verantwortlich sind die, die das Gesetz beschlossen haben!*) Und ich gebe zu, dass hier kriminelle Machenschaften gemacht worden sind. Ich erwarte mir jetzt ganz einfach auch vom Kärntner Landtag und vor allem von der Freiheitlichen Partei, zusammenzuarbeiten! Der Herr Landeshauptmann hat eine neue Form eingeführt mit den Sozialpartnern, mit den Ge-

meinden, mit dem Land und mit dem Bund, diese Problematik hier anzugehen, nicht nur bei den Haftungsfragen und bei der Hypo-Problematik, sondern dieses Bundesland allgemein nach vorne zu bringen. Denn ich würde mir das jetzt wirklich anschauen und das erlaubt ihr mir, bitte, weil ich nämlich von Bundesrat Dörfler in den letzten zwanzig oder zehn Jahren, seit er in seiner Tätigkeit ist, immer massivst angegriffen worden bin! Freiheitliche Funktionäre haben zu mir in meiner Gemeinde Liebenfels gesagt, Gott sei Dank haben wir den Herrn Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser, denn wir könnten uns nicht vorstellen, dass dieses Chaos mit dem Herrn Dörfler erledigt wird! Das ist mittlerweile die Meinung von Freiheitlichen Mandataren bei mir in der Gemeinde, und das wollte ich so weitergeben. Bitte, bitte, arbeiten wir zusammen! Gehen wir hier nicht Einzelwege, denn es hat sich gezeigt, wenn das Bundesland so große Schwierigkeiten hat wie damals zu Kriegszeiten, dass es dann nur gemeinsam geht! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Markus Malle. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte mich zu Beginn zuerst einmal bedanken für die offene Kommunikation, die in den letzten Wochen und Monaten geherrscht hat in Anbetracht der Angebotslegung durch den K-AF! Wir haben quasi jeden Montag eine Stunde in der Früh gehabt, wo wir aus erster Hand informiert worden sind. Ich möchte nicht verhehlen, dass es auch Montagssitzungen gegeben hat, wo man sich gedacht hat, war das jetzt alles, gibt es da nicht noch ein bisschen mehr. Kann man da nicht noch ein bisschen mehr Informationen bekommen? Aber ich denke, dass wir hier mehr informiert worden sind, als das in den Jahrzehnten davor überhaupt je denkbar war. Die Ernsthaftigkeit dieser Sitzungen ist aber natürlich auch nicht von allen wahrgenommen worden. Es ist auch so, dass es von einer politischen Gruppierung quasi jeden Montag einen anderen Vertreter

Mag. Malle

gegeben hat. Dann ist es natürlich schwierig, hier eine gewisse Form von Information auch aufrecht zu erhalten. Weil wenn jeden Montag ein anderer zur Sitzung kommt und du dem wieder von Adam bis Eva alles erklären musst, ist das relativ schwierig. Aber man merkt natürlich auch, dass gerade von dieser Gruppe ein enormes Verständnis für die Gläubiger da ist. Man hat es gerade hier von diesem Rednerpult aus wieder gehört, „ich habe so großes Verständnis dafür, dass die Gläubiger das Geld wollen und wir müssen uns unbedingt von Seiten der Gläubiger dafür einsetzen, dass der Finanzminister die Frist für die Nullkuponanleihe von 18 auf 10 Jahre reduziert“. Ich glaube, wir sollten schon auch irgendwann einmal schauen, ob man nicht das Gehalt dieser Landtagsabgeordneten eher von den Gläubigergruppen bezahlen lassen sollte als vom Land Kärnten! *(Abg. Mag. Leyrouz: Danke für die Polemik! – Abg. Trettenbrein: Du meinst das Gehalt vom Landeshauptmann, oder?)* - Nein, Herr Trettenbrein, ich meine, dass die Abgeordneten vielleicht dann ihre Prüfungsaufgaben stärker wahrnehmen sollten, wie du das ja immer tust. Deswegen bin ich mir ja sicher, dass du dir in deiner Person als wichtiger Landtagsabgeordneter der Freiheitlichen Fraktion gemeinsam mit den anderen Abgeordneten, die im April 2004 den Beschluss zur unbeschränkten Übernahme der Haftungen, auch natürlich die Stellungnahmen, die eingegangen sind zur Änderung des Landesholdinggesetzes, angeschaut hast! *(Abg. Trettenbrein: Ich stehe dazu!)* Da bin ich mir sicher! *(Abg. Trettenbrein: Habe ich!)* Weil der Harald Trettenbrein das gemacht hat, möchte ich Ihnen vorlesen, was der Harald Trettenbrein damals in einer Stellungnahme gelesen hat: *(Abg. Trettenbrein: So wie alle anderen 35 Abgeordneten auch!)* „Wenn das Land Kärnten neben ohnehin schon bestehenden Volumina sich auf die Vergarantierung von der Dimension nicht eingeschränkter Risiken weiterhin einlässt, wäre im Vorfeld festzustellen, um welche Größenordnungen es jetzt schon geht, für die das Land Kärnten bürgt und ob das überhaupt im Einklang mit der Risikofähigkeit des Landes steht. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Kärntner Hypo Alpe-Adria-Bank AG einer sehr expansiven Geschäftspolitik nachgeht und daraus im Verhältnis zu anderen Bundesländern wohl nennenswert größere Volumina resultieren.“ Das heißt, der Harald hat

gelesen, dass es da Bedenken gibt, dass man das macht. *(Abg. Mag. Leyrouz: Wer hat das denn noch gelesen?)* Weiters hat er gelesen: „Aus unserer Sicht kommt zu dem derzeit nicht quantifizierbaren Risiko und der damit verbundenen Sorge für die Entwicklung des Landes Kärnten nach dem Entwurf als Problem noch hinzu, dass das Land nicht nur für eine Institution, an dem es Mehrheitseigentümer ist, die Haftungen tragen will, sondern dass diese Haftung auch noch für mögliche Gesamtrechtsnachfolger, und zwar ohne jegliche Einschränkung, gelten soll. Es müsste jedoch von vornherein sichergestellt werden, dass die Kärntner Landesholding entweder Eigentümerin oder kontrollierende Instanz dieser möglichen Gesamtrechtsnachfolger sein wird, beziehungsweise dass anderenfalls das Land Kärnten jetzt schon gesetzlich verankerte wirksame Kündigungsmöglichkeiten der Landeshaftungen erhält.“ Das heißt, in dem Gutachten aus dem Jahr 2003 ist nicht nur drinnen gestanden, dass es risikobehaftet ist, ist nicht nur drinnen gestanden, dass es unbeschränkt ist, sondern ist auch drinnen gestanden, dass man rechtlich vorsorgen sollte, dass wenn nicht die Landesholding oder das Land Kärnten Mehrheitseigentümer sind, dass es dann eine Ausstiegsmöglichkeit für das Land geben soll. Es ist für mich schon erschreckend, wenn wir schon bei der Chronologie sind, die ja auch vom Dritten Präsidenten hochgezogen worden ist, dass anscheinend etliche Abgeordnete des damaligen Landtages diese Stellungnahme in den Papierkübel geschmissen und trotzdem die Hand „hinaufgeschmissen“ und dann gesagt haben, „wir waren ja nicht informiert, um was es geht“. Ihr wart informiert, worum es geht! Ich denke aber, dass wir den Weg weitergehen müssen, den wir bisher beschritten haben. Ich denke, man muss an dieser Stelle auch ganz stark dem Finanzminister Schelling danken, dass er einerseits bereit war, den Löwenanteil des Angebotes an die Gläubiger von den Kosten her zu übernehmen und andererseits auch herzugehen und Kärnten die € 1,2 Milliarden, die notwendig gewesen wären, zu finanzieren! Keiner hier im Raum möchte langwierige gesetzliche, juristische Verfahren. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass wir das nicht wollen. Aber Fakt ist auch, dass wir nicht bereit sind, also ich bin es zumindest nicht, einfach zu sagen, na ja, die Gläubiger haben 83 Prozent nicht angenommen, jetzt bieten wir ihnen halt 87. Wenn sie 87 nicht anneh-

Mag. Malle

men, bieten wir ihnen halt 91. Und wenn dann, obwohl wir uns so bemüht haben, die 91 auch nicht reichen, dann geben wir ihnen halt alles. Wir sollten uns in dem Fall wirklich auch überlegen, wer zahlt das dann? Der Christian Ragger hat ein schönes Beispiel gebracht. Er hat gesagt, wenn du als Ausfallsbürge für einen Kredit da bist und dann wird das nicht mehr beglichen, dann kommt die Bank und sagt, als Ausfallsbürge ist dein Haus weg. Ganz normal, das passiert so! Aber in dem Fall des Angebotes müssen wir uns schon auch überlegen, wer zahlt denn, wer finanziert denn eine mögliche Lösung mit den Gläubigern? Ich glaube, da sind wir uns alle einig: Das Land Kärnten ist dazu nicht in der Lage! Das heißt, wir müssen uns mit jemandem ins Einvernehmen setzen, der bereit ist, mit uns gemeinsam diese Finanzierung zu stemmen. Gleichzeitig bitte ich aber natürlich auch – und die Gaby Schaubig hat vollkommen recht, das Land hat seit 2013 in allen Budgetausgaben und -kosten eingespart - wir müssen aber auch so ehrlich sein, irgendwann werden wir als Landtag aufgefordert sein, nicht nur zu sagen, wir stimmen über das Budget ab und zu sagen, passt, das ist in Ordnung, sondern irgendwann werden wir als Landtag auch hergehen und sagen müssen, dass sogenannte Pflichtausgaben in den Ermessensausgabenbereich wandern müssen, weil wir uns keine weiteren Einsparungen im Ermessensausgabenbereich mehr leisten können. Außer wir sagen, super, wir sitzen jetzt auf einem Podium bei der Veranstaltung Anfang April von der IG der Freien Kulturinitiativen, aber dann sparen wir die Kultur einfach ein! Sperren wir zu! Brauchen wir nicht mehr! Dann können wir endlich die Landwirtschaftskammer auf Null kürzen, dann können wir das ländliche Wegenetz einsparen, das können wir alles machen! Ich möchte bei diesem Weg nicht dabei sein, für mich gehört die Kultur zu einem Land dazu. Das bedeutet aber auch, wir müssen in den Bereich der sogenannten Pflichtausgaben hineingehen, auch wenn es weh tut. Aber wir müssen hier hinein. Ich kann mich nur bei allen hier im Haus bedanken, dass sie den Antrag mittragen, dass wir gemeinsam einen Kärntner Schulterchluss machen! Ich hoffe nur, wir verlieren diesen Kärntner Schulterchluss nicht beim ersten Antrag, der auch dann wieder kommt, wo man dann sagt, na ja, ich bin schon für den Schulterchluss, aber wenn es mir ein paar Prozentpunkte als Partei bringt, dann vergessen wir den wieder.

Danke vielmals! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion. – LR Mag. Ragger: Das sagt gerade die ÖVP! Ihr fallt immer um!)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Herr Landesrat Christian Ragger. Ich erteile dir das Wort!

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Liebe Abgeordnete! Ich möchte vielleicht, weil früher die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt war, den zweiten Teil fertig machen, weil es im Redefluss nicht hervorgekommen ist. Wir stehen vor der Situation, heute in Frankfurt ein Urteil zu erhalten, das eigentlich richtungsweisend sein wird, nämlich in der einen oder auch in der anderen Situation. Wir wissen, dass wir heute eine Abbaubank haben, die sich HETA nennt, die dort Verbindlichkeiten im Ausmaß von knapp 17 Milliarden Euro hat und die zurzeit die Vermögenswerte verwertet, die jetzt insgesamt circa € 4,2 Milliarden bereits verwertet hat, die sie auf dem Konto liegen hat. Wir wissen, dass heute eine Entscheidung dieser Frankfurter Gerichte darüber getroffen wird, ist das überhaupt eine Abbaubank beziehungsweise ist sie dem Regime des BaSAG zu unterstellen? Und wenn sie dort zu dem Schluss kommen, dass das nicht der Fall ist und die Entscheidung dort getroffen wird, dann gibt es eine unterschiedliche Rechtslage zur österreichischen, nämlich dass du in erster Instanz exekutieren darfst. Das dürfen wir in Österreich nicht. Wenn du die Sicherheiten dort hinterlegst mit Kautionshinterlegung, dann werden sie dort in diesem Fall zu exekutieren beginnen. Ich will Ihnen das nur einbegleitend sagen, damit wir wieder auf unseren Weg zurückkommen. Weil diejenigen, die jetzt zurzeit die Hauptakteure sind, das ist nicht das Bundesland Kärnten, sondern das ist die HETA. Und die HETA ist zu 100 Prozent im Eigentum der ABBAG und die wiederum ist zu 100 Prozent im Eigentum vom Bund. Das heißt, sich jetzt als Finanzminister zurückzulehnen und zu sagen, okay, dieses Angebot war sehr erfolgreich und dieses Angebot war auch durchaus sehr attraktiv, aber zu sagen,

Mag. Ragger

ich begeben mich jetzt wieder weg und jetzt seid ihr als Kärntner wieder dran, das ist zu kurz gegriffen. Denn in erster Linie muss man darauf achtgeben, dass es der Eigentümer ist, der diese Vermögenswerte verwertet und auch diese Darstellung bringt, daher ist es auch Aufgabe und Pflicht des Bundes, diese Verhandlungen aufzunehmen. Denn so wie der Kollege Malle richtig gesagt hat, wir haben keine 10 Milliarden Euro, wir haben sie nicht! Und wenn wir uns in alle Richtungen strecken und alles umdrehen und alles auf Null stellen und dieses Bundesland dem Erdboden gleich machen, werden wir noch immer keine 10 Milliarden Euro haben, daher ist es Kernaufgabe des Bundes, hier diese Verantwortung zu übernehmen! Dann kommen wir zu dem anderen Schluss, nämlich nicht so wie im ersten Ausgangspunkt zu blockieren und zu sagen, mehr haben wir nicht, sondern die Verhandlungen zu führen. Das war ja nur der unterschiedliche Zugang der SPÖ zu uns. Jetzt geht es darum, hier eine genaue Linie mit dem Bund abzustecken. Wir haben es schon einmal gesagt, warum es nicht möglich ist. Weil jede unserer Parteien, egal ob ÖVP, SPÖ, Grüne oder Freiheitliche, wird die eine oder andere Schuldzuweisung machen. Die einen sagen, der Haider war es, die anderen sagen, die Bayern waren es, die Dritten sagen, die Bundesregierung war es. Jeder hat seinen Blickwinkel des Verschuldens. Unterwerfen wir uns zwischen Bundes- und Landesseite einem Schiedsverfahren! Warum können nicht unabhängige Gutachter feststellen, was das Verschulden von Kärnten denn war und dass wir auf dieser Basis kalkulieren, was wir dann aufgrund unserer Fähigkeit zu leisten imstande sind und dass wir dann diesen Anteil geben? Aber in erster Linie hat der Bund in Verantwortung, mit den Gläubigern eine Lösung zu erzielen. Ich bin mir sicher, weil Sie gemeint haben, wir sind näher bei den Gläubigern, dass wir unter Berücksichtigung dessen, dass auch die Gläubiger verhandlungsfähig sind, am Ende des Tages nicht 100 Prozent, nicht diese Ziffer dort hinschreiben werden, sondern dass diese weit darunter sein wird. Nur, man muss jetzt miteinander kommunizieren. Ich glaube, dass das entscheidende und übereinstimmende Agreement nur sein kann, diese Conclusio daraus zu ziehen. Wir haben ein Angebot seriös abgegeben, unter allen rechtlichen Voraussetzungen, wir haben es leider Gottes aufgrund der internationalen Usancen der marktwirtschaftlichen Entwicklung ablehnen

lassen, und jetzt geht es darum, den zweiten Schritt zu setzen. Und das kann nur sein, mit dem Bund einherzugehen, der Bund muss den Lead übernehmen, muss die Führung mit den Gläubigern übernehmen, und unseren Beitrag werden wir dann allesamt in diesem Hohen Haus hier leisten müssen. Das wird die Ausgangsposition sein. Damit wir das aber unterlegen können, sitzen Sie heute da mit diesem gemeinsamen Antrag, dass wir auch eine Grenzlinie definieren, die wir nämlich schon vor längerer Zeit hätten festmachen können, nämlich die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes. Und ich hole weiter aus: Es war nicht nur 2003, Sie müssen auch in der Chronologie vom Herrn Kollegen Malle ein bisschen zurückgehen, nämlich ins Jahr 1991, als wir dieses Gesetz umgewandelt haben, das Kärntner Landesholdinggesetz. Und da ist etwas Entscheidendes drinnen gestanden, nämlich, die Landesregierung wird aufgefordert, eine Haftung abzugeben im Sinne des § 1356, nicht der Landtag. Das, was damals beschlossen worden ist, dazu gibt es eine ausführliche Stellungnahme des Finanz- und Justizministeriums. Die hat eines gesagt: Liebe Abgeordnete, was ihr da beschließt, ist verfassungswidrig. Liebe Abgeordnete, ihr schwingt euch zum Bundesgesetzgeber auf, das dürft ihr nicht, denn Zivilrecht ist Bundeskompetenz. Das steht auch in jedem Protokoll explizit so drinnen. Sie können das jederzeit bei Ihnen ausheben. Das heißt, bereits 1991 war dieses Gesetz in seiner Rechtmäßigkeit zumindest definiert nicht korrekt. Wir haben es aber bis zum heutigen Zeitpunkt unterlassen, dieses Gesetz zu bekämpfen. Und als wir damals, nicht aufgrund der Aussage des Klubobmannes oder meiner juristischen Aussage, sondern fundiert basierend auf Aussagen von Professoren hergegangen sind und gesagt haben, machen wir doch diese Verfassungsgerichtshof-Beschwerde, haben wir das abgelehnt bekommen. Daher ist aber jetzt im Schulterschluss gemeinsam zu überlegen, ob sich die Mehrheit dazu durchringt, der Argumentation unserer Finanzreferentin zu folgen, die sagt, setzen wir eher auf die Ergreiferprämie, oder ob wir ein Parallelspektrum machen, wo wir beides wahrnehmen können, einerseits des Verfassungsgesetzgebers oder des Gesetzgebers dieses Hauses und der rechtlichen Auseinandersetzung. Was wir aber machen müssen im Gesamtkontext ist, dass wir unsere rechtlichen Positionen so absichern müssen, dass wir uns auch dann in den

Mag. Ragger

nächsten Jahrzehnten nichts vorzuwerfen haben. Das muss auch unser eigenes gemeinsames Interesse sein. Und ich bin zuversichtlich. Ich bin zuversichtlich, dass es eine gemeinsame Lösung mit den Gläubigern geben wird, weil auch sie natürlich unter dem Damoklesschwert stehen, Verantwortlichkeiten zu haben in einer Jahreshauptversammlung oder in einer Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft. Und Sie müssen auch wissen, dass es in diesen Gruppen auch verschiedene Vorstandsvorsitzende von Abbaubanken gibt, die eigentlich selbst einen Blödsinn gedreht haben und sich jetzt nur selbst rechtfertigen wollen über dieses Angebot, das sie abgelehnt haben. Daher ist dort jetzt sehr viel Spielraum, und es ist sehr viel Bewegung im Gange. Und ich bin der festen Überzeugung, dass mit dieser Positionierung heute und der klaren Regelung, dass Kärnten einheitlich spricht, der Bund und der Finanzminister das Signal erkennen werden müssen, das ihm seine „Schwarzen Landesfürsten“ seit Tagen hineinhämmern, nämlich nicht nur der Tiroler oder der Pühringer aus Oberösterreich, sondern auch der Finanzreferent von Niederösterreich sagen, macht das bitte auf, denn wir sind die Nächsten! Und jeder vergisst eines, was heute der Adi Winkler richtig geschrieben hat, was nämlich danach, wenn die HETA in Konkurs geht, passiert, dass nämlich die Österreichische Pfandbriefstelle „hopsgeht“. Und diese € 1,2 Milliarden, wie er geschrieben hat, waren noch nicht das Ganze, sondern das bedeutet, wenn ein Konkurs eröffnet wird, werden sämtliche Forderungen fälliggestellt. Das heißt, dass die Österreichische Pfandbriefstelle mit sechs Milliarden Euro haftet. Sechs Milliarden Euro wird kein einziges Bundesland mehr imstande sein, zu zahlen, weder Vorarlberg, noch Oberösterreich, noch Niederösterreich, niemand! Das heißt, unsere 1356er-Prüfung unserer Sicherheit, unserer Ausfallsbürgschaft wird dann dort das Letzte sein, denn es werden sukzessive wie beim Dominospiel alle Bundesländer umfallen. Und ob sich das ein Finanzminister der Zweiten Republik leisten kann, ein zweites „Lehman Brothers“ produziert zu haben mit diesem Ansatz, das müssen Sie sich dann selber fragen, ob das korrekt ist oder nicht. Und das ist es! Diese Einschätzung der Marktsituation haben wir damals vorhergesagt, und jetzt sind wir in der Lage, diese Chance ein zweites Mal wahrzunehmen. Und deswegen haben wir auch am Montag mit dem Landeshauptmann diesen Voll-

zug gemacht und haben gesagt, wir schließen uns gemeinsam zusammen, um „mit einer Zunge“ zu sprechen, eine Verhandlung zu führen, aber ganz klar zu erkennen zu geben, dass der Bund auch seine Verantwortung eingestehen und wahrnehmen muss, dass er es ist, der als Eigentümer zu agieren hat und wenn dort dann was übrig bleibt, haben wir auch unseren Beitrag zu leisten. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion und vom BZÖ.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste und somit letzte Redner in dieser Gruppe ist der Herr Landeshauptmann, und ich erteile dir das Wort!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Dear Creditors! Ich habe die Vorgeschichte, die Position des Landes Kärnten gemeinsam mit den Vertretern der Koalitionsregierung am Montag öffentlich gemacht. Ich sehe mich heute, einige Tage danach, auch veranlasst, meine Einschätzung, die ja in vielen Wortmeldungen teilweise bereits von anderen vorweggenommen wurde, diese heutige Einschätzung zu ergänzen. Ich möchte dem aber ein persönliches Erlebnis voranstellen, weil das, glaube ich, sehr viel von dem auch relativiert, was heute manchen Vorschlägen, gut meinent für das Land Kärnten, innegewohnt hat. Und diese Vorgeschichte war im Jahr 2008 genau das, was mein Vorredner Kollege Ragger benannt hat, diese Pleite der Lehman Brothers und der Domino-Effekt, den das ausgelöst hat. Ich erinnere mich an viele, viele Schlagzeilen aller internationalen Medien, wo Bankleute, Vertreter des Finanzkapitals aufgerufen haben, Begriffe wie „System-Banken“ erfunden haben, damit die öffentliche Hand diese Banken auffängt und damit vieles anderes, was dann von der Finanzwelt in die Realwirtschaft umgewandelt wurde und dort an Folgen gehabt hat, zu vermeiden. Ich werde nie jenen Morgen vergessen, als im „Morgenjournal“ in Ö1 in etwa sechs Monate danach erstmals wieder ein Vertreter eben dieser Banken aufgetreten ist und gesagt hat, es möge sich doch die Politik zurückziehen von Märkten, von Marktanalysen, von Reglements, weil sie nichts

Mag. Dr. Kaiser

davon versteht. Damals ist es darum gegangen, dass es Reglements für die Banken und für die Finanzwelt gegeben hat. Sechs Monate danach, nachdem man Erste Hilfe, Wiederbelebung und Wiederbeatmung – um es hier einmal als Beispiel aus dem Sanitätswesen zu nennen – nachdem man ihnen das Leben gerettet hatte, die Steuerzahlenden weltweit, waren dieselben wieder da, keck und frech und haben das getan, was sie vorher immer getan haben, vor einem Black Friday, vor dem 1928er-Jahr, vor dem 1873er-Jahr, um nur ein paar dieser Bankencrash-Jahre in Erinnerung zu rufen. Kaum ist es ihnen nach dem Auffangen wieder halbwegs gegangen, waren sie die Ersten, die die Politik zum Rückzug, zum Entreglementieren und vielen anderen Begriffen, die Sie alle kennen, aufgefordert haben. Jetzt möchte ich nicht sagen, dass dieses Ereignis so prägsam ist, dass man damit für immer und ewig eine Position hat. Ich rufe es nur aus gegebenem Anlass und gerade heute Ihnen allen und auch mir selber in Erinnerung. Wie gehen wir verantwortungsbewusst mit dem, was wir machen können und der eigenen Rolle, wirklich selber auch ganz klar sehend, um? Was haben wir derzeit für eine Status-quo-Analyse? Wir haben es gestern gemeinsam mit der Finanzreferentin ermöglicht, dass wir mit unseren juristischen Beratern, dass wir mit allen Stakeholdern – ich nehme bewusst diesen Begriff des Landes Kärnten – in Organisationen, Gesellschaften, Verwaltung, Politik, Landtag, Bundesrat, wo auch immer, eines getan haben. Wir haben analysiert, wo wir stehen. Und wir stehen in einer Situation, die nach der Ergebniseröffnung am Montag im selben Atemzug, ein paar Minuten danach, die ersten Gläubiger schon wieder zu Gericht gebracht hat, um gegen das Land Kärnten Rechtsschritte zu ergreifen. Gleichzeitig verlangt man, appelliert von verschiedenster Seite, bis hin zur Politik, aus verständlichen Gründen, dass man sofort wieder reden sollte und vielleicht doch eine außergerichtliche Lösung, die ausschließlich und allein von Bund und Land Kärnten angestrebt wurde, vom Kärntner Ausgleichs-Fonds instrumentalisiert wurde und mit einem wahrscheinlich in sonstigen, ähnlich vergleichbaren Fällen einzigartigen Angebot ausgestattet wurde, zustande bringt. Und, geschätzte Damen und Herren, ich ringe auch dafür um Verständnis, dass ein Land, das sich seiner Verantwortung und seines Status' in dieser Causa bewusst ist, zu allererst einmal seine ei-

genen Überlegungen anstellt, dass wir das, was wir in Rücksicht auf Verhandlungsergebnisse nicht eingesetzt und noch nicht einmal offiziell angedacht hatten, jetzt tun, nämlich die gesetzgebende Körperschaft und jene notwendigen Klarstellungen zu instrumentalisieren, die auch ein ganz klares Bild dann auf die Situation des Landes, seine Rechtsposition zulassen.

Und wir werden auch zweitens auf die Situation, die das Land selber betrifft, Bezug nehmen. Wir haben eine verfassungsrechtlich gesicherte Bestandsgarantie, eine Bundesverfassung mit einem Artikel II und eine Funktionsgarantie. Und wir haben Aufgaben, die dahinter stehen, hinter diesen juristischen Termini. Und diese Aufgaben sind auch klar und sie werden auch von Gutachtern im Solde der HETA-Gläubiger bestätigt. Wenn man beispielsweise nur einen dieser bestätigenden Verfassungsjuristen heranzieht, seine Begriffe auf das Kärntner Landesbudget projiziert, dann wird man merken, dass mehr als zwei Drittel dieses Landesbudgets ausschließlich mit diesen Aufgaben bereits gebunden sind. Und Sie können sicher sein, bei einem Land, das nichts zu verschenken hat, das mit seinen Finanzmitteln immer sparsam umgehen muss, das zumindest in jüngster Zeit auch tut, dass wir hier auch alle Finanzmittel so einsetzen werden, dass die Bestandsgarantie und Funktionsfähigkeit damit auch letztendlich ausgezeichnet werden.

Was ist unser Gemeinsames am heutigen Tag? Das Gemeinsame ist, dass wir uns juristisch gemeinsam vorbereitet haben. Sie alle, die gestern der Einladung gefolgt sind, haben dieselbe Kenntnis wie wir. Wir haben eine juristische Position in den strittigen Fragen und die nehmen wir ein und die erfüllen wir mit Leben. Mit Leben erfüllen heißt, dass seit gestern auch sämtliche leitende Beamte der Administration Kärntens, die Bezirkshauptmannschaften, all jene Personen, die das Umsetzen der Politik, der Bestands- und Funktionsgarantie einer öffentlichen Institution wie des Landes Kärnten darstellen, dass die alle jetzt auch dieselbe Rechtsposition mit einnehmen und das auch dazu beitragen. Das dritte Wichtige ist, dass wir versuchen, auch der Kärntner Bevölkerung das ein wenig zu nehmen, was derzeit vielfach herbeigeschrieben, herbeidiskutiert und fast heraufbeschworen wird, nämlich eine Situation, in der man vermeint, dass Kärnten am nächsten Tag pleitegehen könne und dass schlimme Situationen auf Leute zukommen,

Mag. Dr. Kaiser

die in ihrem persönlichen Lebensbereich gravierende Eingriffe haben. Das ist nicht der Fall! Das ist auch bestätigt von vielen, dass das nicht in absehbarer Zeit passieren kann. Und wenn ich sage, absehbarer Zeit, dann sind damit nicht Tage oder Stunden, sondern längere Zeiträume gemeint. Ich glaube, dass es auch wichtig ist, gerade für uns als die politischen Vertreter dieses Landes, in der schwierigen Situation aufzuklären, wegzugehen von Angstmache und die reale Situation so darzustellen, dass die Menschen, die weitaus mehr Verständnis und auch Geschichtsbewusstsein haben, wie das entstanden ist, es auch für sich einordnen können und damit umgehen können.

Was kann Kärnten beitragen? Wir werden diese Frage immer wieder gestellt bekommen. Nur, wir haben sie bereits beantwortet, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses. Es wurde festgestellt, nicht von uns, sondern von Expertinnen und Experten, was innerhalb der Aufgabenstellung, der Funktionsgarantie, der Bestandsgarantie, des Aufgabennachkommens des Landes Kärnten an Vermögen, an Schuldentragfähigkeit da ist. Und niemand Geringerer als der Landesrechnungshof hat auch diese Aufstellung, die wir öffentlich gemacht haben für alle, die es sehen wollten, Gläubiger und auch Nichtgläubiger, geprüft. Da ist eine Summe herausgekommen, die sich aus einem besonderen kreditierenden Entgegenkommen des Bundes ergeben hat, nämlich die oftmals besagten und zitierten 1,2 Milliarden Euro. Das ist das, was dieses Land unter Aufbietung aller Möglichkeiten zur Verfügung stellen kann, um das zu machen, was aus meiner Sicht wichtig ist, nämlich auch für einen Teil der Verantwortung so einzustehen, dass damit dieses permanente Damoklesschwert wegfällt und wir den Blick auf die Zukunft richten können. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft Innerer Dienst eingesetzt, die auf jede Veränderung reagiert. Auf eine Veränderung muss sie heute nicht reagieren, wie mir gerade mitgeteilt worden ist, nämlich das Urteil in Frankfurt wurde auf 9. Juni verschoben, eine, gestatten Sie mir, dass ich das argumentiere, äußerst weise Entscheidung.

Wir werden abschließend weiterhin das machen, was in diesem Land einzigartig ist - und ich bedanke mich dafür ausdrücklich bei Gaby Schanig, stellvertretend für Finanzabteilungen, Fachleute und ihre vielen Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter - *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)* wir werden transparent sein, wir werden jede erwähnenswerte Neuigkeit, soweit sie uns betrifft und die politisches Handeln erforderlich macht, sofort an die Abgeordneten, an die Handlungsbevollmächtigten weitergeben. Wir werden auch weiterhin offen nach außen sein, aber es soll gleichzeitig jede und jeder im Land Kärnten und in der Republik Österreich, in den politischen Gremien, in den Aufsichtsräten, bei Gläubigern und Schuldnern wissen, dass dieses Land gut aufgestellt ist, dass wir wissen, was wir beitragen können, dass wir wissen, was wir wollen und was unsere Zukunftsabsichten sind. Das ist die Basis dafür, dass man in Gespräche kommen kann, in Gespräche, die aber nicht vom schwächsten Glied in der Situation ausgehen werden, sondern in Gespräche, bei denen klar sein muss, dass eine außergerichtliche Lösung notwendig ist. Den Weg dorthin haben wir aufgezeigt. Er soll jetzt von anderen mitbegangen werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Geschätzter Präsident! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Ich stelle hier Stimmeneinheit aller anwesenden Abgeordneten fest. Bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Kärntner Landesregierung über

Dipl.-Ing. Primus

die Nichtannahme des Angebotes des K-AF gemäß § 2a FinStaG, die damit verbundenen unmittelbaren Auswirkungen sowie die geplanten und zu setzenden weiteren Schritte von Seiten des Landes, der KLH und des K-AF wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier wieder Stimmeneinheit aller anwesenden Abgeordneten. Somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. *(Eine Tonstörung in der Tonanlage ist erneut zu hören.)* Und wenn die Technik noch so spinnt, es gibt keine Mittagspause. Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 35-4/31:**Bericht und Antrag des Kontrollausschusses betreffend Bericht über das Ergebnis der Überprüfung der Verträge von geschäftsführenden Leitungsorganen der Landesbeteiligungen****Zahl: LRH 201/B/2016**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Redecsy. Er steht bereits hier. Ich bitte dich, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer auf der Tribüne! Ich darf über den Tagesordnungspunkt 2, Landtagszahl 35-4/31, Bericht und Antrag des Kontrollausschusses berichten, betreffend das Ergebnis der Überprüfung der Verträge von geschäftsführenden Leitungsorganen der Landesbeteiligungen, Zahl: LRH 201/B/2016.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Diese ist eröffnet. Als erstes hat sich die Vorsitzende des Ausschusses, Mag. Isabella Theuermann, gemeldet. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Herr Präsident! Werte Vertreter auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Wir behandeln heute einen Bericht, dessen Ergebnisse gerade in der jetzigen Situation, in der sich Kärnten befindet, nicht gerade als vertrauensbildende Maßnahme angesehen werden können. Bei der Überprüfung der Verträge von geschäftsführenden Leitungsorganen der Landesbeteiligungen hat der Rechnungshof festgestellt, dass es bei vielen Geschäftsführern, was die Bezüge angeht, offenbar keine Grenzen nach oben gibt. Es ist für mich absolut unverständlich, dass es Kärnten als Eigentümer beziehungsweise Miteigentümer an Landesgesellschaften bis jetzt nicht für notwendig erachtet, Bezugsobergrenzen für sämtliche geschäftsführende Leitungsorgane vorzugeben beziehungsweise einzufordern. So darf man sich nicht wundern, dass es Geschäftsführer gibt, die mehr als ein Landesrat, ja sogar noch mehr als der Landeshauptmann verdienen. Dass es sich bei Letzteren um leitende Mitarbeiter der KABEG handelt, zeigt einmal mehr, welche – „Wahnsinnsgehälter“ es im Verwaltungsbereich der Kärntner Landeskrankenanstalten gibt. Jetzt wird auch klar, warum die Verwaltungskosten der KABEG weit über dem Bundesschnitt liegen. Auch sollte man sich überlegen, den Aufsichtsrat der KABEG zu verkleinern. Denn der Rechnungshof übte nur an diesem Kritik und meinte, dass die Besetzung mit 21 Personen nicht geeignet sei, um optimal handlungsfähig zu sein. Ich weiß schon, dass man in unbefristete Verträge nicht eingreifen kann, aber aufgrund der bis dato fehlenden Vertragsschablonen-Verordnung des Landes hätte man sich an der des Bundes orientieren müssen. Da steht nämlich drinnen, dass zum Beispiel Verträge auf maximal fünf Jahre abzuschließen sind oder dass es Vorgaben für den Gesamtjahresbezug gibt. Zu diesem Bericht liegt auch die Stellungnahme der Landesamtsdirektion vor. Laut dieser befindet sich ein Stellenbesetzungsgesetz auch im Hinblick auf Gemeinden in Ausarbeitung durch den Verfassungsdienst. Dazu haben wir gemeinsam

Mag. Theuermann

mit dem BZÖ einen Antrag eingebracht, damit die Umsetzung beschleunigt wird. Ich hoffe, dass dieses so rasch als möglich umgesetzt wird, damit die notwendige Transparenz in den Geschäftsführerverträgen in Zukunft gegeben ist. Wir vom Team Kärnten haben kein Problem damit, die Gehälter von Mitarbeitern in Leitungsfunktionen von Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, auch öffentlich zu machen. Der Bürger soll wissen, was mit den öffentlichen Mitteln in Kärnten passiert und dafür muss die rechtliche Grundlage geschaffen werden. Danke! *(Beifall von Abg. Dr. Prasch, von Abg. Dipl.-Ing. Johann und von Abg. Ing. Schabus.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dr. Reinhard Lebersorger. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt hier ein Problem. Von meiner Kollegin Theuermann wurden die wichtigsten Punkte schon aufgezählt. Wir haben keine Vertragsschablonen-Verordnung hier in Kärnten. Es ist erfreulich, dass das jetzt angekündigt wurde, dass es so etwas geben wird. Aber ich möchte auf eine grundsätzliche Problematik hinweisen. Warum brauchen wir so eine Verordnung für diese ausgegliederten Rechtsträger? Wir haben ja die Rechtsträger ausgegliedert. Abgesehen davon, dass wir Schulden ausgliedern wollten seinerzeit, insbesondere was die KABEG betrifft, also Verschleiern, was an Schulden vorhanden ist, gab es auch sozusagen die Erwartung, dass mit der Ausgliederung eine stärkere Effizienz in diesen Gesellschaften stattfindet. Man hat angenommen, dass in einer privatwirtschaftlich organisierten Organisation der gleiche Druck herrscht und die gleiche Rationalität Einzug hält, die man manchmal vielleicht in der öffentlichen Verwaltung vermisst. Was man dabei aber übersehen hat ist, dass diese ausgegliederten Rechtsträger nicht in einer marktwirtschaftlichen Konkurrenzsituation stehen wie sonst private Unternehmen, dass das wegfällt als Regulativ und damit auch der Anreiz für einen sparsamen Umgang mit den finanziellen Mitteln

nicht mehr gegeben wird. Also, viele dieser Erwartungen der Ausgliederungen, das kann man heutzutage sagen, sind nicht erfüllt worden. Das trifft sowohl auf Landesebene als auch auf Gemeindeebene zu. Wir sind jetzt wieder dabei, dass wir verschiedene Rechtsträger wieder eingliedern, einfach, um Kosten zu sparen, Strukturkosten dieser ausgegliederten Rechtsträger und zweitens auch zum Teil, um wieder Einfluss zu gewinnen auf die Gebarung und die wirtschaftlichen Tätigkeiten dieser Rechtsträger. Wir haben also zwei Überlegungen. Das eine ist: Wiedereingliederung – Fragezeichen. Die zweite ist: Schaffung einer solchen Verordnung – Rufzeichen. Was in so einer Verordnung drinnen stehen sollte, ich glaube, der Landesrechnungshof hat es ziemlich gut aufgelistet: Die Frage der Höhe der Bezüge, Bezugsobergrenzen, Bedingungen für Prämienzahlungen, Frage der Valorisierung der Bezüge, Frage der Zulagen und Nebengebühren, Dienstwagen, Anschaffungskosten, private Nutzung der Dienstwagen, Entgeltfortzahlung, Dauer der Entgeltfortzahlung, Abfertigungsvereinbarungen. Ich denke, das ist eine Reihe von Punkten, die wir hier regeln müssten. Ich denke, was die Kollegin Theuermann zum KABEG-Aufsichtsrat gesagt hat, das würde ich gerne unterstreichen. Ich bin selber im KABEG-Aufsichtsrat. Eine Arbeitssituation ist dort einfach nicht gegeben. Mir kommt vor, das ist ein politisches Gremium, wo man nach politischen Vorgaben oder Interessen entscheidet, aber nicht in der Sache entscheidet. Ich denke, das könnte man in einem kleineren Gremium besser in den Griff kriegen. Für mich erfreulich ist, dass der Vorstand oder die Leitungsstruktur der KABEG verkleinert wurde und dass man hier erste Schritte setzt, um mit dem Geld besser umzugehen und die Verwaltungskosten zu senken. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich die Klubverantwortlichen ersuchen, dafür zu sorgen, dass die nötige Präsenz vorhanden ist. Wir kommen dann zum Abstimmungsvorgang. Die Nächste ist die Frau Abgeordnete Ines Obex-Mischitz. Ich bitte dich, zu sprechen!

Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Zuhörerin und Zuhörer auf der Tribüne! Der Prüfauftrag zu diesem uns vorliegenden Bericht, der ja immerhin 100 Seiten umfasst, wurde in der Sitzung unseres Landtages, am 30. April 2015, einstimmig gefasst. Und zwar wurde der Landesrechnungshof aufgefordert, die gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen und Aufgabenverteilungen des Amtes der Kärntner Landesregierung, der Landesbehörden, der Bezirkshauptmannschaften, Gemeinden, der Anstalten, der ausgegliederten Rechtsträger und so weiter auf Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und vor allem auf die Identifizierung von Einsparungspotentialen hin zu prüfen. In diesem Rechnungshofbericht, der sehr umfassend gestaltet wurde, wurde den Verträgen der geschäftsführenden Leitungsorgane einmal Rechnung getragen. Das heißt, der Landesrechnungshof hat von der Ausgangslage her geschaut, ob bei den Beteiligungen im Landesbereich die Vertragsstandards bestanden und inwieweit diese bei der Erstellung von Verträgen Berücksichtigung gefunden haben, ob die Bezugsregelungen im Verhältnis zueinander und im Vergleich mit bestimmten Bezugsgrößen als angemessen betrachtet werden konnten und in welchem Umfang Informationen beim Amt der Kärntner Landesregierung beziehungsweise bei den Muttergesellschaften über die Verträge vorhanden waren. Wir haben bei meiner Vorrednerin und bei meinem Vorredner schon gehört, dass es da bei den 52 Beteiligungen insgesamt 66 geschäftsführende Leitungsorgane gab und der Rechnungshof diese Prüfung auf die aktuell gültigen Verträge eingegrenzt hat. Er hat sehr genau beschrieben, was da passiert ist. Die Grundlage des Problems, dass es Gehälter gibt, die über dem Gehalt eines Landeshauptmannes lagen, wurde schon in der fehlenden Vertragsschablonen-Verordnung festgestellt. Ich möchte jetzt nicht weiter darauf eingehen, weil schon vieles gesagt wurde. Aber grundsätzlich kann man abschließend sagen, dass die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig schon vor Erstellung des Berichtes gehandelt hat in die Richtung, dass Beteiligungen schon eingegliedert wurden. Zum Beispiel wurde die Entwicklungsagentur Kärnten ja schon aufgelöst und in eine bestehende Agentur eingegliedert. Da wurde zum Beispiel ein Ge-

schäftsführer-Posten eingespart. Es wurde bei der LIG Personal abgebaut, alles schon vorgehend auf diese Situation, dass in der Vorgängerregierung diese Verträge abgeschlossen wurden. In laufende Verträge, das hat die Kollegin Theuermann auch schon festgestellt, kann man nicht eingreifen, aber ich denke, für die Zukunft kann man vorbeugen. Und es ist auch schon von der Verfassungsabteilung ein Stellenbesetzungsgesetz in Auftrag gegeben worden, das ist fertig und wird auch demnächst in Begutachtung gehen. Und dieses Stellenbesetzungsgesetz wird die Grundlage für diese geforderten Vertragsschablonen haben. Und ich denke, dass wir, weil einfach die Arbeit des Rechnungshofes insofern sehr gelobt werden sollte, auch wirklich dahingehend arbeiten werden, und ich denke, das wird auch von der Finanzabteilung so sein, dass die Schlussempfehlungen, die man auf der Seite 75 beginnend zusammengefasst hat, dass wir diese umsetzen und somit der nächste Bericht positiver ausfallen wird. Vielen Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes ist die Frau Abgeordnete Trodt-Limpl gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Geschätzte Zuseherinnen und Zuhörer! Es geht hier um den Bericht des Kärntner Landesrechnungshofes, welcher sich die Verträge von geschäftsführenden Leitungsorganen der Landesbeteiligungen angesehen hat, und zwar genau genommen die Einkommen von Geschäftsführern in Firmen, an denen das Land Kärnten zumindest mit 25 Prozent direkt oder indirekt beteiligt ist. Und es sind auch die Dienstwege oder die Handhabung mit den Dienstwegen überprüft worden. Meine Vorredner sind ja genau darauf eingegangen, besonders der Herr Lebersorger und haben erkannt, dass bei den ausgegliederten Rechtsträgern eben diese marktwirtschaftliche Konkurrenz fehlt. Man wollte zuerst sparen, und es ist ein Unterschied, ob jemand in der Privatwirtschaft ist. Wenn in der Privatwirtschaft ein Manager sehr viel verdient, dann ist das auch ein Zeichen, dass

Mag. Trodt-Limpl

es seiner Firma gut geht. Er hat ja dann anteilmäßig seinen Ertrag am Erfolg zu bekommen. Bei landesnahen Geschäftsbetrieben ist das dann nicht der Fall, und da ist dann auch die Verantwortung anders geregelt. Und aus diesem Grund haben wir auch gemeinsam mit dem Team Kärnten einen Antrag gestellt, und wir haben auch den Antrag gestellt, dass die Obergrenze am Gehalt eines Landesrates anzusetzen ist. Der Landesrechnungshof hat ja sehr viele Schlussempfehlungen gegeben und wir verlangen, dass diese Schlussempfehlungen dann in weiterer Folge auch umgesetzt werden. Wir nehmen den Bericht des Kärntner Landesrechnungshofes zur Kenntnis. Danke schön! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächster Redner ist der Abgeordnete Trettenbrein. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin ja selten einer Meinung mit dem Herrn Lebersorger, aber heute bin ich es einmal. Im Zuge dessen, als viele Gesellschaften gegründet worden sind, hat man sich ganz etwas anderes vorgestellt als das, was dann herausgekommen ist am Ende des Tages. Die Konkurrenz auf dem freien Markt ist in diesen Gesellschaften in Wirklichkeit nicht gegeben, daher sind auch viele Dinge, die dort passieren, nicht nachvollziehbar. Und ich glaube, keiner von uns will diese Schlagzeilen lesen, „€ 46.000,-- für vier Arbeitstage“ oder „€ 10.000,-- Erfolgsprämie fürs Nichtstun“. Das sind Schlagzeilen, die die Bevölkerung draußen logischerweise nicht versteht und wahrscheinlich wir hier herinnen auch nicht, wenn man es genau nachverfolgt. Und es ist nicht nur bei den Landesgesellschaften so, es ist genauso auch bei den Gesellschaften, wo die Gemeinden drinnen sind, den Stadtwerken und dergleichen. Dort haben wir überall die gleichen Situationen, dass dort in Wirklichkeit sehr viel über diese sogenannten Erfolgsprämien ausgezahlt wird. Ich bin grundsätzlich ein Gegner von solchen Erfolgsprämien, ganz besonders dann, wenn es um öffentliche Betriebe geht. In der KABEG, wir sind ja gemeinsam im Aufsichtsrat, sind da auch so Sa-

chen. Meistens haben diese Prämien, die da ausbezahlt werden, damit zu tun, dass der Geschäftsführer, ich weiß nicht, beim Personal eingespart hat, bei den Überstunden eingespart hat, die Urlaube abgearbeitet hat und dergleichen, das heißt, meistens auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich glaube, da bin ich mit meinen Kollegen von der KABEG auch eins, dass das nicht unbedingt mit Prämien bezahlt werden soll. Das mag vielleicht in der Privatwirtschaft so funktionieren, wo man in Konkurrenz mit anderen Firmen steht, aber bei öffentlichen Einrichtungen wie den Krankenanstalten ist das bei Gott nicht nachvollziehbar.

Was ich in dieser Diskussion dann immer wieder höre ist, „die Vorgängerregierung hat diese Verträge alle gemacht“. Ich glaube, die ganz teuren Verträge, über die wir da reden, die sind meistens schon so 20, 25 Jahre alt, das heißt, die kommen bei Weitem nicht von der Vorgängerregierung, und das sind auch bei Weitem nicht diese Personen, die man den Freiheitlichen zuordnen könnte, weil dann wären sie wahrscheinlich eh schon alle ausgetauscht worden. Fakt ist, am Ende des Tages, glaube ich, muss es eine Obergrenze geben für solche Geschäftsführer. Der Antrag, der vom BZÖ eingebracht worden ist, wir haben auch so einen Antrag heute vorgelegt, dass es hier eine Obergrenze geben muss. Es kann nicht sein, dass Geschäftsführer, dass Bedienstete des Landes mehr verdienen als der Landeshauptmann. Das ist in Wirklichkeit nicht nachvollziehbar. Und man sollte sich tatsächlich überlegen, diese Erfolgsprämien hintanzustellen, denn bei diesen hohen Gehältern bedarf es keiner Erfolgsprämie mehr. Wenn man so einen Job hat, dann hat man ihn aufgrund seiner Profession ordentlich abzuarbeiten und sie sind alle sehr gut bezahlt, da braucht keiner mehr eine Prämie. Wir nehmen diesen Rechnungshofbericht zur Kenntnis. *(Beifall vom BZÖ und Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächster Redner ist der Abgeordnete Markus Malle. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Rechnungshofbericht bringt natürlich einiges zutage, wo man sich auf den Kopf greift. Da kann man dem Landesrechnungshof nur danken, das war ja eine der ersten Prüftätigkeiten, die er von sich aus angestoßen hat und dafür ein herzliches Dankeschön! Das, was der Landesrechnungshof leider nicht drinnen stehen hat, ist, wie ist das gewesen. Die Formulierung war: „Es hat keine Einigung zu einer Gehaltspyramide gegeben, weil es keine politische Einigung dazu gibt.“ Und jetzt muss ich leider etwas tun, was ich nicht gerne tue. Ich muss dem Landesrechnungshof leider widersprechen. Es gibt nämlich bereits eine politische Einigung zu einer Gehaltspyramide und die möchte ich den Kolleginnen und Kollegen im Landtag gerne näherbringen. Es gibt nämlich einen Brief vom Ersten Präsidenten des Kärntner Landtages, Josef Lobnig, vom 19.7.2012: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Gerhard Dörfler! Der Kärntner Landtag fasste in seiner 42. Sitzung, am 19. Juli 2012, folgenden Beschluss: „Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag einen Entwurf eines Kärntner Stellenbesetzungsgesetzes mit Vertragsschablonen und Höchstgrenzen von Manager-Gehältern in öffentlichen Unternehmungen vorzulegen.“ Also, ich sage danke, dass die Freiheitlichen einen Antrag einbringen, danke, dass das BZÖ einen Antrag einbringt! Ich denke, dass aber etwas anderes viel, viel relevanter wäre, nämlich dass wir als Hohes Haus (*Abg. Mag. Schalli: Da geht es um ausgegliederte Rechtsträger! 25 Prozent Beteiligung!*) – wenn du es im Detail anschaust, geht es von demselben her, Schalli! Danke für den Zwischenruf, das war wie immer sehr erbauend! De facto ist es da, das Problem ist, dass die Landesregierung den Beschluss des Landtages nicht umgesetzt hat. Und ich denke, für mich wäre es ein Selbstverständnis, wenn ich in der Regierung sitzen würde, dass ich einem Antrag des Landtages nachkommen würde. (*Abg. Strauß: Muss!*) Ich würde es umdrehen. Wir sollten als Hoher Landtag sagen, liebe Regierung, solange du die Beschlüsse, die wir dir auftragen, nicht umsetzt, dürfen wir dir halt leider keinen Budgetbeschluss geben, (*Abg. Trettenbrein: Da sind wir sofort dabei!*) dürfen wir dir halt leider keine Kenntnisnahme eines Rechnungsabschlusses geben. Und ich kann in diesem

Zusammenhang nur die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig dringend auffordern, diesen Beschluss des Landtages, der seit dem Juli 2012 vorliegt und in ihre Kompetenz fällt, endlich umzusetzen. Und ich bin mir sicher und erwarte mir, dass die Novelle des – (*Der Redner sucht in seinen Unterlagen.*) damit ich es nicht falsch sage, weil sonst kriege ich wieder eine Korrektur vom Herrn Schalli – Stellenbesetzungsgesetzes einerseits eine Gehaltspyramide aufweist, andererseits eine Gehaltsobergrenze aufweist und vor allem, und das wäre mir ganz, ganz wichtig, eine Schriftlichkeitserfordernis für Verträge von landesnahen Gesellschaften aufweist, weil das ist das, was mir am meisten aufgestoßen ist. Also, dass bei neun Verträgen quasi kein schriftlicher Vertrag vorliegt, das ist schon etwas, was nicht sein kann.

Und dann, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lassen Sie mich etwas aber zum Abschluss noch sagen: Ich finde es richtig, dass die Gehälter der Landesregierung und des Landeshauptmannes als Schwellenwerte herangezogen werden genau für diesen Bereich. Bitte, vergessen wir aber auch nicht, dass wir 15 Jahre lang die Gehälter der Abgeordneten, der Klubobleute, der Regierungsmitglieder und des Landeshauptmannes nicht erhöht haben in diesem Land, währenddessen im selben Atemzug die Gehälter im Bereich der Manager der landesnahen Gesellschaften schon erhöht worden sind und es dadurch natürlich schon ein bisschen auch zu einer Schieflage kommt, weil – und da sieht man es natürlich – man Politikern erklären kann, ihr kriegt keine Gehaltserhöhung, aber wenn man im privaten oder halbprivaten Bereich arbeitet, ist das halt nicht denkbar. Und ich würde schon auch in diesem Zusammenhang darum bitten, dass wir als Politiker vielleicht ein bisschen selbstbewusster auftreten und sagen, warum sollte ein Klubobmann in Kärnten soviel kriegen wie ein normaler Abgeordneter in Niederösterreich. Hier ist schon auch eine Schieflage da, und ich glaube, hier sollten wir ein bisschen stärker sagen, wir machen eine gute Arbeit und dafür verdienen wir auch Geld! Danke vielmals! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und vom BZÖ.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Das ist wunderbar, wenn der Markus vor mir redet, (*Der Redner lachend:*) dann muss ich einmal das Pult hinauftun und nicht hinunter! Herr Präsident, herzlichen Dank! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Ich stelle hier Stimmeneinheitlichkeit fest. Bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes vom 07. März 2016, Zahl: LRH 201/B/2016, betreffend die Überprüfung der Verträge von geschäftsführenden Leitungsorganen der Landesbeteiligungen wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier ist wieder Stimmeneinheitlichkeit festzustellen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 51-35/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlicher Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend Klimaschutz und Klimawandelanpassung in Kärnten;

5. Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Klimastrategie“

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Rohrer, sie steht bereits hier. Bitte dich, zu berichten!

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Werte Abgeordnete, ich berichte, wie schon gesagt, über die Landtagszahl 51-35/31. Es geht um die Regierungsvorlage betreffend eben den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung in Kärnten. Der Ausschuss hat Sachverständige als Berichterstatter auch geladen gehabt, und man kann es vielleicht in einem Satz zusammenfassen: Die Regionen haben eine ganz, ganz wesentliche Bedeutung für den globalen Klimaschutz.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Diese ist eröffnet. Als erstes hat sich der Herr Landesrat Holub gemeldet. Ich erteile dir das Wort!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Dankeschön, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich will euch nur kurz aufhalten. Nachdem ich auch in Paris war und die Diskussion mitverfolgt habe, konnte ich doch weltpolitisch einen gewissen Schwenk merken, dass alle Länder dieser Erde jetzt den Klimawandel, der ja schon längere Zeit angekommen ist, ernst nehmen. Unser Problem in ganz Europa ist, dass alle Ja sagen und Nein machen, dass es natürlich viele Möglichkeiten gäbe und auch gibt, aber dadurch, dass wir europaweit politisch im Tagesgeschäft sind, ist es schwierig, diese nachhaltigen, langfristigen Strategien auch wirklich konsequent zu verfolgen. Allein in Österreich haben wir hunderte Millionen festgestellt, die genau das Gegenteil von dem bewirken, was wir eigentlich als Klimastrategie haben wollten, nämlich die bevorzugen, dass man fossile Energieträger verwendet. In Kärnten sind wir sehr, sehr gut aufgestellt.

Holub

Abgesehen davon, dass wir einen Klimabeauftragten haben, der referatsübergreifend arbeiten darf, das ist der Mag. Dr. Kottek, haben wir auch einen Klimaatlas im Internet, wo man mit einer eigenen Software sehen kann, wie sich die Bedingungen in den einzelnen Regionen von Kärnten und in den einzelnen Gemeinden verändern werden. Wir haben einen Gefahrenzonenplan Geröll und Steinschlag betreffend, was uns Kollege Bäck noch ausgearbeitet hat, was sehr, sehr wichtig ist, ähnlich wie unsere Gefahren bei Hochwasser, bei Wildbach- und Lawinenvorbereitung. Die Zahlen sind auch rückläufig, außer beim Verkehr. Was bei uns sehr stark zugenommen hat, ist der Tank-Tourismus. Da ist unser Problem, dass der Treibstoff in Österreich noch billiger ist als woanders. Alle, die dann leer zurückfahren oder voll von Norden nach Süden, fahren über Österreich, und uns wird das natürlich angelastet bei unserer Klimabilanz. Das ist nicht ganz fair! Aber insgesamt kann man sagen, ist es der Finanzminister, der dadurch sehr viel verdient, aber wir halt klimamäßig sehr viel verlieren. Ich denke auch, dass wir mit unserer Kärntner Klimastrategie sehr gut aufgestellt sind. Das hat auch der Herr Klimareferent in dem Fall bestätigt. Wenn wir eMAP und MoMaK umsetzen, sind wir Europa- und Weltmeister. Wir haben auch im Herbst, ich muss immer wieder darauf hinweisen, unsere ENCORE, Environmental Conference of the Regions of Europe, wo ich das Glück habe, Präsident sein zu dürfen und wo wir den Klimaschutz und die Klimaanpassung zum Hauptthema gemacht haben. Hier kommen bis zu 150 Ministerinnen und Minister aus den Regionen von Europa zu uns und schauen sich an, wie hat Kärnten das geschafft, dass wir schon zwischen 50 und 60 Prozent erneuerbare Energie haben. Wir sind auch mit der Elektrifizierung der Bahn dabei, unsere Benchmarks nach oben zu schrauben.

Wie gesagt, wir nehmen das sehr, sehr ernst, deswegen sind auch alle unsere Konzepte in Richtung Zukunft auf 20, 30 Jahre ausgelegt. Ob wir aber in Österreich unsere Ziele erreichen werden, das wird davon abhängen, wann Europa die Pariser Verträge ratifizieren wird und wie wir uns dann aufstellen wollen. Es wird ja bald Wahlen geben und dann wird es wieder Versprechungen geben und nachher nicht die Möglichkeit, das einzuhalten. Deswegen bitte ich alle Europäer, alle Österreicher: Vergesst nicht da-

rauf, es wird uns dieser Planet um die Ohren fliegen! Wir können jetzt nur mehr Schadensbegrenzung machen. Aufzuhalten ist der Klimawandel nicht; und es kommen dann bis zu eine Milliarde Flüchtlinge. Ich will da keine Angst machen, aber das Wasser steigt, und je weniger wir pro Tag machen, auch in der Bewusstseinsbildung, desto mehr Schaden werden wir haben. Sicherlich das Zehnfache von dem, was wir jetzt einsetzen müssten, um das Schlimmste zu verhindern. Ich danke! (*Einzelbeifall von Abg. Dr. Lebersorger.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Hohes Haus! Heute beschäftigen uns die HETA und das finanzielle Überleben des Landes Kärnten in den nächsten Monaten und Jahren. (*Den Vorsitz übernimmt 1. Präs. Ing. Rohr.*) Wenn dann im Jahr 2116 jemand an den heutigen Tag zurückdenken wird und an die Politiker, die die Geschicke des Landes Kärnten zum heutigen Zeitpunkt gelenkt haben, dann werden sie nicht fragen, wie wir damals die Finanzkrise gelöst haben, sondern was wir gegen den Klimawandel unternommen haben. Denn Letzterer wird sich ökologisch und wirtschaftlich um ein Vielfaches stärker auswirken, als es das unser augenblickliches Sorgenkind HETA macht, und das auf tausende Jahre hinaus.

Landesrat Rolf Holub hat nun den fünften Klimaschutzbericht vorgelegt, einen Bericht, der ernst stimmt, aber auch Lichtblicke enthält und Chancen aufzeigt. Ich darf darauf hinweisen, dass sich die Datenbasis auf die Jahre 1990 bis 2012 bezieht, also auf die Wirkung der von der Landesregierung jetzt gesetzten Maßnahmen, die noch nicht beurteilt werden kann. Das liegt einerseits an der Energiestatistik Austria, die noch einige Jahre braucht, das liegt aber auch daran, dass die Periode zwischen 1990 und 2012 auch der Verpflichtungszeitraum von Kyoto ist und dass es natürlich sehr sinnvoll ist, hier einen Vergleich machen zu können zwischen der Verpflichtung einerseits und zwischen dem, was

Dipl.-Ing. Johann

erreicht worden ist. Die geplanten und in Umsetzung begriffenen Maßnahmen wie der Energiemasterplan und der Mobilitäts Masterplan sind aber bereits im umfangreichen Anhang „Klimaschutzmaßnahmen des Landes und der Gemeinden“ aufgelistet. Was sagt uns nun der Klimabericht? Die Treibhausgas-Emissionen, gemessen in CO₂-Äquivalenten, lagen im Jahr 2012 um 0,1 Prozent über den Werten des Kyoto-Basisjahres 1990. Das ist besser als der Österreich-Schnitt, der einen Zuwachs von 2,5 Prozent in der gleichen Periode aufweist. Das Kyoto-Ziel selbst, das für Österreich gemäß der Lastenteilung in der EU aber eine Reduktion von 13 Prozent bedeutet hätte, konnte nicht erreicht werden, weder in Österreich noch in Kärnten. Zwischen Ziel und Realität klaffte in der Periode österreichweit eine Lücke von 16 Prozent, die nur durch den Zukauf von teuren CO₂-Zertifikaten gedeckt werden konnte. Der Waldflächenzuwachs konnte ebenfalls einen Teil des überschüssigen CO₂ im stehenden Holz im Wald binden. Wenn bei uns also Flächen, die nicht mehr genutzt werden, zuwachsen, hat das auch eine positive Seite. Während aber bis zum Spitzenjahr 2003 die Treibhausgas-Emissionen stark angestiegen sind, ist seither in den letzten Jahren eine Trendwende zu beobachten, und es konnte seit 2003 eine Reduktion um 20 Prozent erzielt werden. Die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen liegen in Kärnten mit 8,1 Tonnen deutlich unter dem Österreich-Schnitt von 9,5 Tonnen. Im Kleinverbrauch bei der Raumwärme war Kärnten extrem erfolgreich. Wir konnten hier die CO₂-Emissionen um 45 Prozent reduzieren und somit fast halbieren. Das liegt an den in dieser Periode gestiegenen Heizölkosten, die die Leute zum Umstieg auf erneuerbare Energien bewegt haben. Das liegt an den Förderungen für die thermische Sanierung und für Biomasse-Heizungen und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Wir sind hier weiter auf einem guten Weg mit der Verpflichtung, mit der Heizanlagen-Verordnung nur noch Niedrigstenergiehäuser beim Neubau zu haben. Wir müssen aber aufpassen, dass uns der billige Heizölpreis, den wir momentan haben, keinen Strich durch die Rechnung macht.

Auch bei der Energieversorgung sind die Emissionen durch die Umstellung und Schließung fossiler Kraftwerke um ein Viertel gesunken. Die Landwirtschaft hat ihre Treibhausgas-

Emissionen durch Maßnahmen wie eine gezieltere Düngerausbringung um immerhin 7 Prozent senken können. Unsere Sorgenkinder sind aber der Verkehr und die Industrie. Im Verkehr haben die Emissionen um sage und schreibe 56 Prozent zugenommen, wobei sich schon in den letzten Jahren eine gewisse Besserung zeigt. Das liegt einerseits am Einsatz von Biotreibstoffen, andererseits auch an der Senkung des spezifischen Treibstoffverbrauchs der Fahrzeuge. Weil aber, wie es der Landesrat schon angedeutet hat, die Besteuerung der Treibstoffe in den Nachbarländern wesentlich höher ist als in Österreich, gibt es einen hohen Anteil an Tank-Tourismus, der unsere CO₂-Bilanz hier in Kärnten massiv verschlechtert. Das ist schlecht gemacht vom Fiskus, der einerseits freiwillig auf die Angleichung der Steuern verzichtet, und dann andererseits noch einmal in die Tasche greifen muss, um für die durch den Tanktourismus verursachten CO₂-Emissionen dann noch CO₂-Zertifikate zu kaufen. Also, doppelt verloren für das Budget!

Der derzeit stark gesunkene Ölpreis ist überhaupt Gift fürs Weltklima. Da gibt es akuten Handlungsbedarf! Ich verweise hier auf die letztwöchige Landtagssitzung, auf den Antrag, den wir beschlossen haben, zur Einführung einer Klima-Abgabe. Der würde hier Abhilfe schaffen. Die Treibhausgas-Emissionen der Industrie sind um 53 Prozent gestiegen. Das liegt an den energieintensiven Betrieben, die wir hier in Kärnten haben, wie dem Zementwerk Wietersdorf und Infineon. Hier muss es stärkere Anstrengungen geben, die spezifischen CO₂-Emissionen zu senken. Das gegenwärtige System der CO₂-Zertifikate im Industriebereich funktioniert nicht, weil zu viele Zertifikate ausgegeben wurden. So bekommt Wietersdorf jährlich 100.000 Tonnen CO₂-Zertifikate mehr, als es eigentlich braucht durch einen Trick, einen Bescheid, eine 10-prozentige Produktionserhöhung im Jahre 2011, die angeblich umweltneutral war und in nur drei Tagen genehmigt wurde. Diese Produktionserhöhung hat an nur drei Monaten im Jahre 2011 stattgefunden, war aber in Wahrheit fiktiv. Die Produktion ist inzwischen wieder zurückgegangen. Nur, die CO₂-Zertifikate bleiben immer noch bei Wietersdorf. Die können verkauft werden, die verschlechtern unsere Klimabilanz hier im Land Kärnten.

Im Anhang des Klimaberichtes ist, wie gesagt, eine Fülle von Maßnahmen aufgezählt, die jetzt

Dipl.-Ing. Johann

Zug um Zug umgesetzt und durch neue Maßnahmen auch ergänzt werden. Ich habe diese Woche an einem Workshop im Biomasse-Heizwerk in Krumpendorf teilgenommen, bei dem aufgezeigt wurde, wie durch die Kombination von Biomasse und solarer Wärme mit maximaler Effizienz im Heizwerk 2.0 Nahwärme aus erneuerbaren Energien zur Verfügung gestellt wird, wie hier das Letzte „herausgezuzelt“ wird an Energieeffizienz, wie durch Rauchgas-Kühlung nicht nur die Abwärme aus den Abgasen zurückgewonnen wird, sondern die Abgase gleichzeitig auch noch entschwadet und gereinigt werden, sodass oben aus dem Kamin praktisch saubere Luft herauskommt. Das Gerede auch vom Feinstaub, das stimmt nicht mehr. Das ist wirklich saubere Luft. Man merkt nicht einmal, dass das Heizwerk in Betrieb ist, selbst wenn man oben auf dem Dach steht, fünf Meter vom Schlot entfernt. Ich muss sagen, ich bin beeindruckt, wie innovativ die Kärntner Betriebe sind und wie die letzten Effizienzpotentiale herausgekitzelt werden. Hier sind die Green Jobs, hier sind die Exportchancen für Kärntens Wirtschaft. Das ist der Weg, die Maßnahmen gegen den Klimawandel auch als Chance für Kärntens Wirtschaft zu begreifen. Danke! *(Beifall von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Karin Schabus von der ÖVP. Ich darf aber schon darauf hinweisen, dass wir auch darauf zu achten haben, dass die entsprechende Präsenz im Hause gewährleistet ist! Dort, wo die Abgeordneten, sage ich einmal, nur spärlich in ihren eigenen Reihen vertreten sind, bitte ich, dafür Sorge zu tragen, dass sie wieder an der Sitzung teilnehmen, sonst müsste ich mir überlegen, die Sitzung zu unterbrechen! Bitte!

Abgeordnete **Ing. Schabus** (ÖVP):

Geschätzter Präsident! Werte Abgeordnete, Zuhörer zu Hause vor den Internetgeräten! Wir haben jetzt schon sehr, sehr ausführlich einen breiten Bericht zum Klimabericht vom Herrn Johann gehört. Für mich als erstes herausgenommen habe ich trotzdem, Ziel und Realität

klaffen nach wie vor weit auseinander. Wir haben in diesem Klimabericht ja auch ein gebündeltes Konstrukt von Maßnahmen, die ange-dacht, in Arbeit, in Umsetzung oder nur als Idee vorhanden sind, aber nicht weiter verfolgt werden. Es ist also ein sehr, sehr ausführlicher, sehr, sehr umfangreicher Bericht. Dafür möchte ich mich einmal ganz herzlich bedanken!

Einer der wichtigsten Faktoren, der aus diesem Bericht auch hervorgekommen ist, das ist die Mobilität. Ich denke, die Mobilität ist auch im Energiemasterplan konkret drinnen verankert und wird meines Erachtens, wenn wir zu Energieeffizienz kommen wollen, eine große Herausforderung für die nächste Zeit darstellen. Daran wird sich auch messen lassen, wie viele Dinge nicht nur Ideen sind, sondern dann auch tatsächlich zur Umsetzung kommen. Zur Mobilität möchte ich eines festhalten und hier auch ganz konkret feststellen: Ich möchte nicht, dass bei der Mobilität insofern eingespart wird, dass der ländliche Raum dann komplett zu kurz kommt und völlig ausgedünnt wird! Im städtischen Bereich Mobilität zu forcieren, wird relativ einfach sein und wird auch sehr, sehr schnell zu Erfolg führen. Wir dürfen dann aber nicht vergessen, dass 50 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum zu Hause sind. Gerade die Mobilität ist einer der wichtigsten Standortfaktoren und einer der maßgeblichen Faktoren für Wirtschaftswachstum, für Attraktivität einer Region und natürlich am Ende auch für Lebensqualität. Da freue ich mich schon, wie wir zu neuen Konzepten kommen, dass wir im nächsten Klimabericht dahingehend Erfolge verzeichnen können und dass das nicht zu Lasten der ländlichen Regionen geht.

Einen weiteren Punkt möchte ich noch ganz kurz ansprechen. Wie gesagt, bei den ganz vielen Maßnahmen, die drinnen vorhanden sind, möchte ich eine Querschnittsmaterie herausnehmen. Es ist auch kundgemacht worden, dass die Landwirtschaft sehr wohl gute Einsparungen in diesem Klimabericht vollzogen hat.

Und wenn wir landwirtschaftliche, regionale Produkte – wir haben da ja die verschiedensten Sektoren mit Einsparungspotentialen – wenn wir die landwirtschaftlichen Produkte regional einsetzen würden, wäre das im Klimabericht natürlich auch in verschieden anderen Faktoren zu messen. Und ich nehme hier die KABEG her:

Ing. Schabus

Wenn wir regional vor Ort einkaufen, würde das der Klimabilanz nicht nur aufgrund der hohen Nahrungsmittelqualität und dem, was die Menschen dann wirklich bekommen, sondern auch das würde der Klimabilanz natürlich sehr, sehr gut tun. Und auf diese vernetzten Faktoren möchte ich hinweisen, und ich hoffe, dass diese vernetzten Faktoren auch berücksichtigt werden, weil das sind Dinge, die wir wirklich einfach nur umsetzen müssten, die sind vor Ort, die sind anzupacken und die sind zu tun.

Ein Punkt vielleicht noch, den hat der Herr Johann auch angesprochen, es gibt große Erfolge auch bei der Raumwärme. Aber gerade bei der Raumwärme möchte ich vielleicht ein bisschen zum Nachdenken anregen, ob es wirklich Sinn macht, dass wir alle unsere Häuser mit den billigsten Styropor-Platten zukleben, ein Raumklima erhalten, das eine Katastrophe ist, wo wir so viele natürliche, auch nachwachsende Ressourcen hätten, die wir vor Ort hätten und ob das nicht eine verfälschte Wahrnehmung ist. Also, da möchte ich zum Nachdenken anregen, ob wir da nicht wirklich ein bisschen längerfristig, wie schon eingangs auch erwähnt wurde, denken sollten, denn wenn wir schauen, in welchen Generationszyklen Häuser, Wohnungen verändert werden, dann kommt diese Renovierungsgeschichte relativ bald auf uns zu. Und ich denke, wir sollten nachhaltig, langfristig handeln und das wäre so ein Ansatzpunkt, den ich noch mitgeben möchte. Danke! *(Abg. Trettenbrein: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion, der ÖVP-Fraktion, von Abg. Mag. Trodt-Limpl und Abg. Dipl.-Ing. Johann.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zellot von den Freiheitlichen. Ich darf ihn bitten, vom Rednerpult aus seinen Debattenbeitrag abzuliefern!

Abgeordneter **Zellot** (F):

Geschätzter Präsident! Liebe Abgeordnete, die sich hier für das Klima und für die Gesundheit interessieren! Vielleicht ein paar wesentliche Dinge zu meiner Vorrednerin. Ich sage immer gern da draußen am Rednerpult etwas, was ich auch selbst tue, und zwar hat mich ein Kollege,

ein Touristiker in ein Lokal eingeladen, weil dort so gut zu essen ist. Ich habe dann die Speisekarte angesehen und habe dieses Steakfleisch aus Argentinien auf dieser Speisekarte gesehen. Und ja, ich sage dir jetzt die Wahrheit, ich bin in dieses Lokal nicht mehr hineingegangen, das ist auch ein Beitrag zu dieser Klimastudie. Meine geschätzten Damen und Herren! *(Abg. Ing. Schabus: Es gibt eine klare Kennzeichnung! Es gibt eine Kärntner Wirtshauskultur! Es gibt eine Kennzeichnung, wo man regional essen kann!)* – Eine klare Kennzeichnung, ja!

Ich möchte vielleicht zurückkommen zu dieser Raumwärme, weil wir gesagt haben, die Technik ist ja wieder vorangeschritten. In Wien wird jetzt ja schon einige Jahre praktiziert, dass diese Raumwärme oder der Schutz nicht mehr mit dieser Voll-Isolierung gemacht wird. Ich darf hier vielleicht den „Wienerberger Ziegel“ nennen, der jetzt voll in aller Munde ist und in den Zeitungen, auch auf der Häuselbauermesse ist, wo der Ziegel mit der ausgestatteten Isolierung innerhalb der Höhle ist und dann kein Vollwärmeschutz mehr nötig ist. Das zeigt auch, dass die Industrie auch eine Änderung herbeiführt und dass das, mit dem wir jetzt unsere Häuser und öffentlichen Bauten zugestrichelt haben, das vollkommene Abstickern, wahrscheinlich nicht das Wahre ist. Meine geschätzten Damen und Herren, das was der Landesrat Holub auch gesagt hat, dass die Klimastrategie und das Kyoto-Ziel – wenn einer von Umweltschutz nicht viel versteht, aber Kyoto ist ja in der europäischen Bevölkerung so geprägt worden – nicht erreicht wurden, dann glaube ich, dass das natürlich auch schwierig ist. Und wir sehen das zum Beispiel an den Treibhausgas-Emissionen, ich nehme hier zwei Beispiele heraus, der Verkehr plus 56 Prozent und die Industrie plus 32 Prozent. Und alle anderen, ob das jetzt die Landwirtschaft, die Energieversorgung, der Kleinverbrauch oder Sonstige sind, liegen Gott sei Dank im Minusbereich. Ich glaube, da ist es auch wichtig, dass der Verkehr auch weiterhin eine Belastung ist. Es geht ja jetzt nicht um den Straßenverkehr, Kärnten ist auch betroffen von einer intensiv betriebenen Flugrichtung, also Fluglinien, die via Salzburg Kärnten überqueren. Ich bin hier auch betroffen und kann das natürlich auch beobachten. Und das sind halt natürlich Probleme, die in Zukunft unsere nachkommenden Generationen sehr plagen werden.

Zellot

Ich möchte aber vielleicht zum Abschluss kommen und sagen, dass vor allem auch im Bereich der Gestaltung der Natur, ein wesentlicher Bereich, den ich auch mit Sorge betrachte, ein wesentlicher Punkt die Flächenwidmung und Flächenausstattung in Kärnten und in Österreich ist, dass hier auch in den Flächenwidmungsplänen es so gestaltet werden soll, dass nicht von Haus aus alles zubetoniert wird. Sie kennen ja die Initiative der österreichischen Hagelversicherung, die möchte ich noch erwähnen, die enormes Geld aufwendet für schöne Bilder, die natürlich im Großen und Ganzen wohl schön sind, aber wenn Sie dann lesen, was dieses Bild für einen Inhalt hat, dass da jeden Tag soviel zugepflastert wird, dass wir zum Beispiel in 200 Jahren, wenn wir so weiter tun, uns nicht mehr ernähren werden können vom eigenen Land, weil wir hier nur mehr zubetonierte Flächen haben. Und was heißt das? Bei den zubetonierten Flächen gibt es keinen Ausgleich mehr, die Natur kann die Menge nicht mehr aufsaugen, kann nicht mehr anstrahlen, sondern es wird auf diesen Betonflächen zu weiteren Überschwemmungen führen und zu weiteren Katastrophen. Und ich glaube, dass dieser Zwischenbericht der Klimaanpassung für Kärnten ein wesentlicher Punkt ist, nicht nur zum Durchlesen, sondern auch ein Ansporn für jeden Einzelnen, hier dafür Sorge zu tragen, auch einen kleinen Mosaikbaustein zu diesem Bericht beizutragen! *(Beifall von der F-Fraktion und Abg. Mag. Trodt-Limpl.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Rednerliste zum Tagesordnungspunkt 3 erschöpft, die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Danke! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so

beschlossen. Bitte, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Der 5. Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Klimastrategie“ betreffend Klimaschutz und Klimawandel in Kärnten wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Bitte um Zustimmung! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 73-5/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlichen Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend den Jahresbericht 2014 des Kärntner Wasserwirtschaftsfonds

Berichterstatter ist der Abgeordnete Ing. Manfred Ebner. Ich darf ihn bitten, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zu dem alle Jahre in diesem Haus zu diskutierenden Bericht des Kärntner Wasserwirtschaftsfonds, diesmal aus dem Jahre 2014.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Zuhörer! Hohes Haus! Der Wasserwirtschaftsfonds hat die Aufgabe, die Errichtung, Erweiterung und Sanierung von Wasser- und Abwasseranlagen sowie auch von Einzelanlagen zu fördern. Insgesamt hat der Fonds seit seinem Bestehen im Jahr 2005 rund 95 Millionen Euro an Darlehen für insgesamt 418 Bauvorhaben gewährt. Darüberhinaus hat er Zusicherungen für weitere 10,9 Millionen Euro an Projekten für 170 laufende oder geplante Projekte gemacht, die noch in den Jahren 2015 bis 2018 zu berücksichtigen sind. Im Jahr 2014 wurden Zusicherungen für zusätzliche 30 Bauvorhaben in Höhe von 2,3 Millionen Euro gemacht, dazu kommen Erhöhungen für bereits gewährte Darlehen, die infolge von Kostenerhöhungen notwendig waren. Da gibt es zum Teil auch Erweiterungen von Projekten. Für weitere fünf Bauvorhaben waren das insgesamt € 365.000,--. Der Fördersatz betrug im Jahr 2015 durchschnittlich 16,6 Prozent, das liegt etwas unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Fonds erhielt jetzt vom Land Kärnten Darlehen in der Höhe von fünf Millionen Euro inklusive Agio. Davon wurden 4,77 Millionen Euro an Förderungen ausgezahlt. Der Fonds erhielt darüberhinaus vom Land Direktzuschüsse in der Höhe von 3,087 Millionen Euro, die für den Zinsendienst aufgewendet wurden, also direkt bezahlt wurden. Die Rückzahlungen für bereits gewährleistete Darlehen an den Fonds sind aufgrund der Laufzeiten noch minimal, derzeit unter € 2.000,--. Diese werden erst ab dem Jahr 2022 und 2023 zu laufen beginnen. Hoffentlich, die Gemeinden sollten auch dafür schon Rückstellungen treffen oder in ihrer Finanzplanung vorsorgen. Was wurde mit dem Geld gemacht? Mit den ausgezahlten Darlehen des K-WWF wurden im Jahr 2014 73 Kilometer Kanal und 35 Kilometer Wasserleitung neu errichtet beziehungsweise saniert, 1.332 Objekte angeschlossen und Investitionen in der Höhe von 31,1 Millionen Euro ausgelöst. Mehr als die Hälfte der Projekte sind inzwischen Sanierungen, die Abwasseranlagen sind auf eine Lebenszeit von 40 Jahren ausgelegt und müssen dann eben erneuert werden. Die Zusicherungen des Jahres 2014, wie gesagt in der Höhe von 2,3 Millionen Euro, werden ein Investitionskostenvolumen in Höhe von 16,6 Millionen Euro auslösen und somit auch einen Anreiz für die Kärntner Bauwirtschaft

geben. Kärnten weist inzwischen bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung jeweils einen Anschlussgrad von knapp 93 Prozent auf. Das ist ziemlich hoch, lässt sich aber nicht steigern, weil der Rest dann durch Einzelanlagen abgedeckt wird. Das jährliche Investitionsvolumen insgesamt sinkt. Das liegt eben daran, dass die meisten Abwasserprojekte bereits abgeschlossen wurden und andererseits auch ausstehende Sanierungen aus wirtschaftlichen Gründen eher hinausgeschoben werden, wenn es nicht unmittelbar notwendig ist. Es gibt aber auch eine Reihe von Gemeinden, wo die kommunale Abwasserentsorgung im Entsorgungsbereich der Gemeinde noch nicht fertiggestellt wurde beziehungsweise sich erst in Vorbereitung befindet. Dazu gehören die Gemeinden Neuhaus, Globasnitz, Zell Pfarre, Feistritz an der Gail, Dellach im Gailtal, Lesachtal, Stockenboi, Krems und Heiligenblut, wo die Projekte jeweils unterschiedlich weit fortgeschritten sind. Die meisten sind schon im Bau oder haben zumindest eine Abwasserstudie, einen festgelegten Entsorgungsbereich und Planungen, die im Laufen sind. Es ist zu erwarten, dass auch diese Projekte in den nächsten Jahren umgesetzt werden und im Endausbau dann ein Anschlussgrad von etwa 94 Prozent erreicht wird. Die restlichen Projekte sind, wie gesagt, zu ablegen für den Anschluss und werden dezentral mittels Einzelanlagen beziehungsweise entsorgt. Danke! *(Beifall von Abg. Dr. Lebersorger.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächsten Redner zu Wort gemeldet habe ich den Abgeordneten der SPÖ, Bürgermeister Klaus Köchl. Ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Johann hat schon sehr viel vorausgesagt, der Wasserwirtschaftsfonds ist für die Gemeinden ein ganz wichtiges Instrument, und es sind nur mehr sieben Prozent, wo die Häuser anzuschließen sind. Ich glaube, das ist ein recht guter Wert. Der Rechnungsabschluss 2014, ich werde auf die Zahlen nicht mehr näher eingehen, der passt ganz genau, ist von den

Köchl

Wirtschaftsprüfern geprüft, und der Jahresbericht ist auch in Ordnung. Wir haben gar nicht so viel Geld verbrauchen können, wie im Fonds vorhanden ist. Das wird aber 2015 wieder gutgeschrieben. Ich glaube, das ist das Wichtigste. Ich möchte mich beim Landesrat Holub und vor allem bei den Beamten bedanken, das ist ein ausgezeichnetes Klima und ein tolles Arbeiten! Und ich hoffe, dass wir die sieben Prozent in den nächsten Jahren zusammenbringen und dass wir dann die Rücklagen bilden, wenn der Kanal dann älter wird, dass wir das dann letztendlich bezahlen können und man vielleicht auch, wenn größere Reparaturen sind, dann auf so einen Fonds zurückgreifen kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Dann habe ich noch zu Wort gemeldet den Herrn Abgeordneten Bürgermeister Franz Pirolt von den Freiheitlichen. Ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Kollegen, so Sie noch anwesend sind! Den Bericht habe ich natürlich auch durchgelesen, er ist mehr oder weniger ein alljährlicher Arbeitsbericht, wie er eben vorzulegen ist und wie es auch vorgesehen ist. Er muss durch den Hohen Landtag gehen, ist auch in Ordnung. Vielleicht ein paar Anmerkungen: Herr Kollege Johann, die Gemeinden sorgen sowieso vor, weil ja das Hohe Land Kärnten die Gemeinden über die Revisionen dazu zwingt, entsprechend auch die Gebühren so zu veranschlagen, dass man auch in Zukunft fit ist, damit man die aufgenommenen Mittel auch abtragen kann. Das ist das Eine. Der Bericht sollte vielleicht aber doch auch zum Nachdenken anregen insofern: Wenn du sagst, die Fördersumme, die hinausgeht, ist in etwa 16,6 Prozent, dann möchte ich schon darauf verweisen, dass der KWF bei einer privaten oder Firmeninvestition wesentlich höher fördert, als hier die Bürger mit den lebensnotwendigsten Dingen, sage ich einmal, gefördert werden. Da müsste man nachdenken, ob man nicht versuchen sollte, an Förderungsbeiträgen wenigstens über den Mehrwertsteuersatz hinauszukommen.

Ich kann mich noch erinnern, als ich im Gemeindebund gesessen bin, war immer das Thema, wir müssen versuchen, einen Ausgleich zu schaffen, damit sich die Wassergebühren, aber auch die Kanalgebühren vielleicht in einem Rahmen bewegen mögen, und zwar für jene Gemeinden, die von Haus aus für ein Wasseraufkommen oder auch für die Entsorgung höhere Investitionen leisten müssen als geballte Gemeinden, die sich da etwas leichter tun. Da müsste man vielleicht darüber nachdenken, ob wir hier nicht an einen adäquaten, moderneren und zeitgemäßen Schlüssel anpassen, sodass die Bürger in diesem Land vielleicht gerade in dieser Frage auch wieder etwas gleicher werden! *(Beifall von der F-Fraktion, von Abg. Mag. Schalli und von Abg. Mag. Trodt-Limpl.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Liste der Wortmeldungen erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort! Bitte!

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Ich verzichte auf das Schlusswort und bitte um das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten beschlossen. Bitte, den Beschlusstext zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Jahresbericht 2014 des Kärntner Wasserwirtschaftsfonds, vom 27.2.2015, wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Bitte um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 43-77/31:

Debatte zur mündlichen Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein betreffend Berufsschulkonzept 2020

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Trettenbrein. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kollegen! Der Herr Landeshauptmann ist ja nicht mehr da. Ich möchte mich für die Anfragebeantwortung in der letzten Sitzung bedanken! Wie Sie alle wissen, dieses Berufsschulkonzept ist ein langwieriger Prozess. Wir haben den im Jahr 2004 begonnen. Wir haben damals 21 Berufsschulstandorte gehabt. Wir sind jetzt auf knapp elf heruntergekommen. Es ist aber ein fließender Prozess, der aufgrund der demografischen Entwicklung, aufgrund der Integration und dergleichen natürlich permanent bearbeitet werden muss. Wir haben in Kärnten einen relativ hohen Lehrlingsanteil. Laut Statistik Austria sind es 42 Prozent der Jugendlichen, die eine Lehre absolvieren. Das ist für Kärnten ein wichtiger Standortvorteil, den wir mit diesen Lehrlingen haben, daher ist es auch wichtig, dass wir dieses Thema sehr zügig bearbeiten. Wir haben vom Landeshauptmann gehört, dass seit dem heurigen Jahr auch die Maler in Völkermarkt angesiedelt sind, wo jetzt sozusagen der Beruf des Bau- und Baunebengewerbes in Völkermarkt konzentriert ist. Ich glaube, das war eine sehr gute und eine sehr richtige Entscheidung. Es gibt natürlich den Kampf um die Standorte, das ist keine Frage und auch die Angst. Aber mit der Anfragebeantwortung hat der Herr Landeshauptmann ja auch sozusagen sichergestellt, dass diese Standorte nicht zur Debatte stehen, dass wahrscheinlich alle zehn bis elf Standorte auch erhalten bleiben werden. Wenn man mit den Schuldirektoren

spricht, will natürlich jeder seine Pfründe sichern, das ist auch klar und das ist auch berechtigt. Wenn ich nur an Wolfsberg denke, haben wir 130 kaufmännische Schüler, wir haben aber auch 400 Schüler, was Metall betrifft. Dass hier das eventuelle Abwandern der Kaufmännischen ein Thema ist, das ist ganz klar, dass das diskutiert wird, weil es natürlich auch für die Region wichtig ist, wenn die Schüler dort vor Ort sind, weil sie meistens in Heimen untergebracht und auch ein Wirtschaftsfaktor sind. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass wir an diesem System permanent arbeiten müssen. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Anfragebeantwortung ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass das für ihn ein wichtiges Zeichen ist, das Duale Ausbildungssystem weiter auszubauen und zu sichern. Wir werden ihn dabei unterstützen, und ich hoffe, das werden auch alle anderen Parteien tun! *(Beifall von der F-Fraktion, von Abg. Mag. Schalli und von Abg. Mag. Trodt-Limpl.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Trodt-Limpl. Ich darf ihr das Wort erteilen!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuseherinnen und Zuhörer! Die Duale Ausbildung ist richtungsweisend für ganz Europa. Von vielen Ländern kommen Experten in unser Land und sehen sich dieses System an. Wir haben sehr große Erfolge mit unseren Lehrlingen, die weltweit bei Konkurrenzkämpfen, bei Wettkämpfen beachtliche Erfolge einfahren. Eine wichtige Vorstufe zu diesen Berufsschulen ist die Polytechnische Schule. In der Polytechnischen Schule werden die Schüler auf ihr weiteres Berufsleben vorbereitet. Sie dürfen in verschiedene Berufe hineinschnuppern. Sie können sich auch verschiedene Bereiche ansehen, in verschiedenen Bereichen auch Betriebe besuchen und in den Betrieben auch gleich eine Woche lang arbeiten und schauen, wo es ihnen dort am besten gefällt. Wir haben folgende Standorte in Kärnten: Spittal an der Drau, dann haben wir die zwei Fachberufsschulen in Villach plus eine Fachberufsschule für Tourismus in Warmbad Villach, dann die

Mag. Trodt-Limpl

Standorte St. Veit an der Glan, Wolfsberg, Völkermarkt, Klagenfurt und Ferlach. Es ist auch sehr wichtig, dass die Infrastruktur für die Lehrlinge dort ist und dass sich die Lehrlinge während der Berufsschulzeit in dieser Schule wohlfühlen und dass sie bestens auf ihren weiteren Beruf vorbereitet werden. Das Berufsschulkonzept ist sehr wichtig und wird auch von unserem Bildungsreferenten in seiner Form gewürdigt und weitergetragen. Wir dürfen stolz darauf sein, was hier geschaffen worden ist! Besonders die Lehre mit Matura ist etwas, was es in anderen Ländern nicht gibt, wofür uns sehr, sehr viele beneiden. Unser Schulsystem ist ein sehr durchlässiges System. Das heißt, dass es die Schülerinnen und Schülern, wenn sie den nötigen Biss haben oder wenn sie das gefunden haben, wofür sie das Interesse haben, auch sehr, sehr weit bringen und das auch verwirklichen können. Danke! *(Beifall von Abg. Korak, von Abg. Zellot und vom Team Stronach.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner vorgemerkt habe ich den Abgeordneten Mag. Markus Malle. Ich bitte ihn zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das Berufsschulkonzept 2020 ist ein ganz, ganz wesentlicher Bereich. Die beiden Vorredner haben es schon perfekt zusammengefasst. Wir müssen nur, glaube ich, zwei Dinge ganz besonders angehen. Wir haben in Kärnten 43 Prozent der Anfänger im Dualen Ausbildungssystem im Vergleich zu 38 Prozent im Österreich-Durchschnitt. Das ist schon ein markanter Mehrwert. Wir sehen aber auch, dass es im Vergleich zu den Vorjahren einen Rückgang gibt. Wir sind zwar prozentmäßig noch immer vorne, aber es hat einen Rückgang bei den Lehrlingen gegeben. Wir merken einfach ganz, ganz stark, wenn man mit den Betrieben spricht, dass es immer schwieriger wird, Lehrlinge zu finden, die auch von der Qualifikation her passen. Das hat mit der Tendenz zu tun, die leider, sage ich jetzt einmal, in den Familien vorherrscht: „Geh doch bitte, mach die Matura, mach eine Höhere Schule, geh studieren!“ Dieser Möglichkeit,

dem Dualen Ausbildungssystem wird nicht entsprochen. Der Vorteil ist, dass auf Europaebene der Meister dem Bachelor gleichgestellt worden ist. Das gehört propagiert, und das gehört verstärkt. Wir müssten aber bei diesem Berufsschulkonzept, und das wäre mein Anspruch und meine Forderung, bitte unbedingt nicht nur bis 2020 denken, sondern auch die Abwanderung damit einkalkulieren! Wir sind ja das einzige Bundesland, wo man immer weniger junge Menschen hat. Das heißt, dieses Manko im Dualen Ausbildungssystem, das Manko, richtige und genügend Lehrlinge zu finden, die bereit sind, sich hier in den Firmen ausbilden zu lassen, wird immer größer werden. Ich denke, dass es daher notwendig ist, hierauf auch verstärkt einzugehen, nicht nur zu sagen, wie schauen die Berufsschulen aus, an welchen Standorten wird was ausgebildet, sondern sich auch zu überlegen, wie bekommt man Schüler dazu, wenn sie sich zu entscheiden haben, soll ich in eine Oberstufe gehen, im Dualen Ausbildungssystem zu bleiben. Es gibt ja hier das TAZ, das Technik-Ausbildungszentrum in Klagenfurt, wo mittlerweile ungefähr 80 Prozent aller Unterstufenschüler durchgehen. Kärnten war hier Vorreiter. Mittlerweile ist es so, dass in den anderen Bundesländern solche Technischen Ausbildungszentren oder Testzentren nachgebaut werden, weil es sich einfach bewährt hat. Ich denke, das gehört weiterhin unterstützt, damit wir den Jugendlichen auch aufzeigen, dass es neben dem Automechaniker und neben der Frisöse noch eine große Anzahl von anderen Lehrberufen gibt. Ich denke, dass die Schrumpfung auf elf Berufsschulen nicht super ist, aber wenn wir jetzt, wie der Herr Landeshauptmann ja gesagt hat, bei diesen elf bleiben, ist das in Ordnung. Wir sollten nur trotzdem schauen, dass die Ausbildungsmöglichkeiten in Kärnten bleiben, weil wir dürfen das nicht vergessen, es gibt bereits einige Berufe, wo man in Kärnten nicht mehr in die Berufsschule gehen kann, wo man in ein anderes Bundesland ausweichen muss. Das ist dann aber auch eine Entscheidung, ob ich mich hierfür überhaupt interessiere oder nicht. Das muss weiter unterstützt werden! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion, von Abg. Dipl.-Ing. Johann und vom BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgearbeitet und auch erledigt. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

6. Ldtgs.Zl. 51-10/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner zur schriftlichen Anfrage des Abg. Dr. Prasch betreffend HCB-Umwelt-skandal

Zum Tagesordnungspunkt 6 liegt mir keine Wortmeldung vor, weil der Herr Abgeordnete Rutter sich bei mir entschuldigt hat, weil er an einem Begräbnis teilnehmen musste. Daher ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

7. Ldtgs.Zl. 210-42/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Pirolt betreffend gesundheitsbezogene Maßnahmen bei Sucht-gift-Missbrauch

Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rohrer. Ich darf sie um ihren Beitrag bitten!

Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Die Anfrage wurde ja gestellt und schriftlich beantwortet. Bei dieser schriftlichen Beantwortung ist sicher eines auffällig: Wenn man die Behandlungsplätze und Ambulatoriumsplätze im Regionalraum Villach und im Regionalraum Klagenfurt vergleicht, sieht man, dass die annähernd gleich groß sind, sozusagen die gleiche Versorgung haben, was natürlich die Frage aufkommen lässt, ob es dort unter- oder da überversorgt ist, weil man nicht davon ausgehen kann, dass es in Villach wahrscheinlich doppelt so viele Sucht-

giftprobleme gibt wie in Klagenfurt. Nein, die Antwort findet sich darin, dass es in Klagenfurt wirklich einen sehr, sehr markanten Mangel an Behandlungsplätzen für Suchterkrankte gegeben hat, würde ich sagen, oder er bald der Vergangenheit angehört. Es ist nämlich auch, und das ist auch aus der Liste erkennbar, so ziemlich der einzige Ort, der von der Stadt betrieben wird und die anderen sind landesweit koordiniert. Man hat versucht, das Ganze einer Lösung zuzuführen. Es gibt auch schon eine Regierungsvorlage für die nächste Regierungssitzung, wo es wirklich Veränderungen geben wird, wo die Versorgung in den Landesbereich übernommen wird, in Abänderung anderer Versorgungsbereiche, um da auch einfach eine kontinuierliche und kapazitätenorientierte Versorgung auch in Klagenfurt zu garantieren. Das ist das Erste, was bei der Beantwortung aufgefallen ist. Ich glaube, dass das auch ganz, ganz wichtig ist, denn Sie wie ich haben sicher in den letzten Tagen immer wieder tragische Drogentote den Medien entnommen. Wir haben heuer schon extrem viele, und wir stehen nämlich da vor einer ganz neuen Herausforderung. Waren es zumeist Drogentote in Bereichen, die aus Netzwerken kamen, deren Umfeld uns bekannt war und wo wir sozusagen wenigstens Zugriff hatten, indem wir wussten, wo gibt es die Versorgungslinien, wo kann man da angreifen, handelt es sich im letzten Jahr zunehmend um ein Phänomen, dass es Menschen sind, die wenig aufgefallen sind, die sich über anonyme Schienen von Internet und so weiter mit Drogen versorgt haben, die sozusagen, und das klingt jetzt vielleicht etwas eigenartig, aber ohne Netzwerk und Erfahrung diese Drogen auch konsumiert haben und den Umgang so schlecht berechnen konnten, dass es zum Tode geführt hat. Das heißt, wir kommen dem Phänomen sehr nahe, dass es sehr aggressive Drogen ganz anonym für jeden beziehbar gibt und man da ein ganz, ganz hohes Gefahrenpotential hat für jemanden, der vielleicht nur einmal damit experimentieren will. Diesem Aspekt sollten wir sicher Rechnung tragen, und ich glaube, am besten Rechnung tragen kann man dem, indem man auf Vorsorge und Prävention setzt. Die beste Suchttherapie ist die Prävention, ist die Aufklärung, und da gibt es ja von der Landesstelle Suchtprävention den Jahresbericht und da kann man entnehmen, dass es Gott sei Dank verschiedenste Konzepte gibt, die zunehmend greifen. Wenn man der Statistik auch glauben

Rohrer

kann und sie von österreichweit auf kärntenweit umlegt, erleben wir, seitdem man intensiver über Alkohol und Zigaretten informiert, dass es jetzt einen Rückgang gibt, auch wenn wir europaweit da noch immer auf dem obersten Level sind. Aber wir sollten das in weiterer Folge einfach forcieren. Man sieht es, dass es ganz, ganz wesentlich ist, schon im Volksschulbereich damit zu beginnen, und ich glaube, intensivieren sollten wir eigentlich auch im Jugendbereich, wenn es um Aufklärung, um zeitnahe Aufklärung von Jugendlichen im Umgang mit Drogen geht. Sie werden immer gefährlicher, sie werden zur tödlichen Falle, und wir sollten unsere Jugendlichen wirklich davor schützen, sie informieren und ihnen etwas Sicherheit dahingehend geben, dass sie die Informationen aus erster Hand haben, um ihr eigenes Leben zu schützen. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion, der Grünen-Fraktion und Abg. Mag. Trodt-Limpl.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Trodt-Limpl. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuseherinnen und Zuhörer! Meine Vorrednerin hat ja eindringlich auf die Problematik der Drogensucht in Kärnten hingewiesen. Diese Problematik ist gegeben, ist ein Problem für die Ballungszentren, ist ein Problem für ganz Kärnten und ein Problem für ganz Österreich. Der bekannte Ministerialrat Dr. Herwig Scholz hat immer gesagt: „Alle Drogen müssen sofort verboten werden.“ Wenn es nur so einfach wäre! Es gibt so viele Möglichkeiten, diese zu beziehen und daher ist Aufklärung, Aufklärung und noch einmal Aufklärung wichtig.

Wie weit diese Drogensucht schon reicht, möchte ich an einem Beispiel klarlegen: Wir hatten eine Sitzung zum Sonderpädagogischen Förderbedarf und da haben wir überlegt, warum gerade in Feldkirchen so viele Kinder einen Sonderpädagogischen Förderbedarf brauchen, bis uns dann eine Insiderin aufgeklärt hat, dass sehr, sehr viele junge Mütter verschiedenste Auf-

putschmittel, Drogen und so weiter nehmen und dass dadurch auch schon ihre Kinder behindert oder mit sehr schweren Schäden auf die Welt kommen. Die kriegen schon so einen Rucksack um, für den sie überhaupt nichts können, sind dann in einer Umgebung, aus der sie sich dann vielleicht gar nicht mehr selber befreien können, wo sie dann wirklich nicht mehr die Möglichkeit haben, herauszukommen. In diesem Strudel befinden sich auch sehr, sehr viele Jugendliche. Und die Drogendealer, wenn sie jetzt Verbote kriegen oder wenn wir sagen, weiche Drogen, dann sind sie nicht so nett und sagen, wir verkaufen jetzt keine Drogen mehr, sondern sie weichen dann auf harte Drogen aus. Unsere Gesellschaft ist davon bedroht und daher noch einmal, Aufklärungsarbeit, Hilfe und Unterstützung. Und ich bin wirklich erschrocken, wie viele Schüler und wie viele Schulen davon betroffen sind. Meiner Erfahrung nach ist Feldkirchen ein richtiger Hotspot geworden und daher muss man das Augenmerk darauf legen, und die Behörden sind wirklich gefordert, das Gesundheitswesen ist gefordert, die Jugendhilfe ist gefordert, Jugendamt, wir alle. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion, der Grünen-Fraktion und Abg. Dr. Prasch.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der ÖVP-Klubobmann Ferdinand Hueter. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Das Thema Suchtgift-Missbrauch ist schon lange leider Gottes kein reines Thema mehr für den städtischen Bereich, sondern leider immer mehr für unseren ländlichen Bereich. Ich kann davon auch ein bisschen ein Lied singen. Es wurde sehr lange bagatellisiert, das passiert eh weit weg, und es ist eh nix, und das fängt so schön leise genau mit diesen Dingen an, mit Einstiegs-, mit Aufputschmitteln und, und, und. Und dann auf einmal bist du mitten drin, und wenn man dann die Betroffenen kennt, dann weiß man auch, dass es nicht nur alleine, wie soll ich sagen, die familiäre Situation ist, weil heute ist es ja bald oft umgekehrt, dass in den wirklich sehr guten Häusern

Ing. Hueter

oft einmal die meisten Missbräuche passieren. Und das ist natürlich ein erschreckendes Signal, vor allem wird auch der Zugang, wie man zu diesen Mitteln gelangt, glaube ich, sehr vereinfacht, du kriegst es heute schon fast um jede Ecke. Es ist ja kein Geheimnis, dass Slowenien unser Hauptbezugspunkt in dieser Drogenszene ist, dass Kärnten quasi fast überschwemmt wird von diesen Dingen, dass wir schätzungsweise 1.500 drogenabhängige Personen in Kärnten gelistet haben. Und natürlich sind wir auch bei den Kosten schon dort, was die Öffentlichkeit Eins zu Eins übernehmen soll, die quasi für alles da sein sollte, und dann geht das Eins zu Eins weiter, vielleicht an die Gemeinden, die müssen auch was tun in der Prävention, in der Vorsorge und, und, und. Also, ich glaube einfach, man müsste sich wahrscheinlich auch Gedanken machen, dass man vielleicht auch die Elternteile ein bisschen mehr in die Pflicht nimmt. Wie das geht, weiß ich nicht, da bin ich kein Experte, aber ich habe das in unserer Gemeinde auch erleben müssen und können. Da hat es ein sogenanntes „Berg und Talfest“ gegeben, bis ich draufgekommen bin, dass das das Zentrum der Drogenszenenerie von ganz Österreich war. Und dann habe ich es aber radikal beenden müssen, denn gegipfelt hat das Ganze dann in dem, dass ich in der Früh um halb Vier von Polizisten, vom Suchtgiftbeauftragten zum Fest hinunterzitiert worden bin, zuerst einmal einen „Anschiss“ bekommen habe, so quasi, was mir als Bürgermeister einfällt, so ein Fest überhaupt zuzulassen und eine Belehrung von einer Viertelstunde, bis ich dann gesagt habe, hallo, ich bin weder Veranstalter noch sonst was, ich habe nur bis 2 Uhr die Sperrstundenverlängerung erteilt und sonst gar nichts. Ich bin weder Polizei noch sonst was, da ist er relativ normal und positiv geworden, aber was ich dann da gesehen habe, was er mir mit der Taschenlampe gezeigt hat, also, ich bin erschrocken, weil ich viele von denen gekannt habe. Und das hat mir eigentlich zu denken gegeben, und deswegen habe ich mich heute auch zu Wort gemeldet. Ich glaube, dieses dürfen wir alle, jeder, der da herinnen sitzt und auch in seinem Bekanntenkreis nicht bagatellisieren und sagen, ja, ist halt so, das gehört dazu, ist heute schon fast in - es ist genau das Gegenteil. Ich glaube, wir alle müssen da höllisch aufpassen, dass das wirklich nicht auch in der Folge der Kosten – und da sind wir bei der Prävention und bei diesen Dingen, wo wir alle reden wir müssen

sparen und so weiter. Also, ich glaube, Aufklärung ist eine der wichtigsten Sachen und sollte auch in den Volksschulen bereits beginnen, aber auch bei Elternabenden, und ich möchte wirklich die Eltern in die Pflicht nehmen, dass die nicht quasi wegschauen oder einige sogar noch sagen, mein Gott, was wird da schon dahinter sein, wenn man hie und da ein bisschen was nimmt. Da kommt dann einer gleich mit dem Argument, der andere ist halt jeden Tag oder jeden zweiten Tag rauschig, das ist eh nichts. Also, ich glaube, in die Richtung müsste man vielleicht auch nachdenken im Gesundheitsreferat, dass man vielleicht auch die Eltern stärker in die Pflicht nimmt. Und ich glaube, die Zahlen, heuer schon sechs Tote in drei Monaten, das ist ja unglaublich! In einem „Landle“, wo wir eigentlich meinen, wir sind in der heilen Welt. Also für mich ist das ein Alarmsignal, ich glaube, da sind alle aufgefordert, etwas zu tun, und ich kann nur als Bürgermeister sagen, für die Aufklärung bin ich sofort zu haben. Ich bin auch gern dabei, wenn man da Hilfe bekommt, dass man hier Arbeit organisiert, mit den Eltern zusammen, vielleicht mit den Betroffenen, dass uns da was gelingt. Aber ich glaube, wir sollten schauen, dass wir wirklich wieder selbstbewusste jugendliche Leute kriegen, die auf diese Sachen verzichten, weil sie sagen, ich brauche das nicht, ich kann ohne dieses „Kraffelwerk“ mindestens gleich gut leben, ich kann lustig sein, ich kann in sein und was weiß ich noch alles. Ich glaube, in diese Richtung sollten wir gehen. Deswegen, das ist wirklich etwas, das man nicht auf die leichte Schulter nehmen sollte, und wir sind alle gefordert, da Gegenargumente zu bringen. *(Beifall von der F-Fraktion, von Abg. Mag. Trodt-Limpl und Abg. Dipl.-Ing. Johann.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiterer Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Bürgermeister Franz Pirolt von den Freiheitlichen. Bitte ihn zum Rednerpult!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Die Beantwortung hat in etwa das ergeben, was man sich, glaube ich, eh erwartet. Und wenn man dann natürlich

Pirolt

repliziert, wir müssen aufklären, aufklären und noch einmal aufklären, dann hat es zumindest da drinnen laut Stand des letzten Jahres, Mitte des Jahres, Juni 2015, bei in etwa 1.500 Personen nicht gegriffen, das Aufklären. Ich kann Ihnen auch sagen, warum es nicht greift. Und weil der Kollege Hueter oben in seiner Gemeinde feststellt, man müsste mehr tun, wir haben das alles schon gemacht, kommen tun immer die, die die Aufklärung am wenigsten brauchen, die eh alle ihre Familien im Griff haben. Das stellen wir als Erstes einmal grundsätzlich fest im Wesentlichen. Ich rede jetzt nicht von 100 Prozent, aber wenn die Statistik sagt, über 50 Prozent der Drogenkonsumenten sind zwischen 20 und 29 Jahren alt, dann reden wir nicht mehr von den Buben in der Hauptschule, nicht in der Volksschule und nicht von denen, die in die „Poly“ gehen oder vielleicht anfangen, zu studieren. Sondern das sind im Grunde heute nach dem Terminus erwachsene Menschen, die wissen, was sie tun, die dürfen Autofahren, die dürfen wählen gehen. Und da gibt es noch immer eine Eigenverantwortung, auf die man auch noch verweisen darf. Aber wenn die Gesellschaft sich diametral verhält, auf der einen Seite die Zigaretten schon mehr oder weniger zum kriminellen Vergehen macht, dass wir nirgends mehr rauchen dürfen, aber auf der anderen Seite die Grünen Vorreiter spielen, Marihuana aufzumachen, damit wir uns jeden Tag etwas einziehen können, dann kapiere ich die Welt nicht mehr, denn da geben wir genau das Signal hinaus, dass es eh nicht so schlimm ist und machen wir nur so weiter!

Und da gibt es noch einen Punkt, denn die Probleme hat jeder Bürgermeister in seiner Gemeinde, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Polizei kann heute zuschauen, die darf nicht zugreifen. Wir haben einen Fall gehabt, der wäre beinahe tödlich ausgegangen, die ganze Stadt hat gewusst, was los ist, die ganze Stadt hat gewusst, wo das Zeug herkommt, und wir haben immer gehört, „wir können nichts machen, weil wir keine Beweise haben“. Dann sind noch die Afghanen bei uns dazugekommen, da hat die Mischerei dann so richtig angefangen. Das war wunderbar. Aber die Polizei darf nicht hinein und darf nicht auf Verdacht hin „die Bude umdrehen“, damit man einmal weiß, was da bei den Burschen los ist. Und das müssen wir ändern! Da müssen wir beim Bund einmal hineingreifen, dass die Polizei die entsprechenden Befugnisse

hat, dass man da überhaupt reagieren kann. Dann werden die statistischen Zahlen, das sage ich euch, aber sofort sinken! *(Beifall von der F-Fraktion und vom BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

8. Ldtgs.Zl. 54-16/31:**Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Holub zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Ing. Schabus betreffend Umsetzung Cross-Compliance betreffend FFH- und Vogelschutzrichtlinie in Kärnten**

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Anfragerstellerin! Der Landesrat hätte gerne auch persönlich dazu Stellung genommen, musste aber leider zu einem anderen Termin. Das Merkblatt „Cross-Compliance zu FFH- und Vogelschutz“ hat in Kreisen der Landwirtschaftskammer für heftige Aufregung und Empörung gesorgt. Man könnte manchmal meinen, dass die Zukunft der Landwirtschaft davon abhängt.

Ich denke, dass hier „der Sack geschlagen“ wird, aber „der Esel gemeint“ ist. *(Es herrschen Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause. – Vorsitzender: Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bitte, ein bisschen Aufmerksamkeit für den Redner! Es artet wirklich in eine Quatschbude aus! Und das will ich eigentlich nicht haben, sondern dem Redner sollte die entsprechende Aufmerksamkeit gegeben werden! Bitte!)* „Den Sack zu schlagen“, ist sinnlos. „Den Esel zu schlagen“, das war zwar früher gang und gebe, verstößt aber heute gegen den Tierschutz und ist gesetzlich verboten. Was das jetzt im konkreten Fall bedeuten soll, das werde ich gleich erläutern.

Dipl.-Ing. Johann

Das Merkblatt selber ist ein Merkblatt! Das ist kein Gesetz, keine Verordnung, kein Bescheid, hat also somit keine rechtliche Relevanz. Das bestätigt auch ein Gutachten. Es dient allein dazu, die Zielgruppe – und das sind in diesem Fall die bäuerlichen BewirtschafterInnen – zu informieren.

In diesem Fall geht es darum, die Umsetzung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie der EU, die für alle Bäuerinnen und Bauern der EU verpflichtend zur Anwendung kommt, also nicht nur hier in Kärnten, für den Bewirtschafter oder die Bewirtschafterin möglichst einfach auf einer A4-Seite darzustellen. Dem Umweltausschuss des Kärntner Landtages wurde dieses Gutachten vorgelegt, das genau auf die rechtliche Unverbindlichkeit hinweist. Insofern macht es also wenig Sinn, das Merkblatt als solches zu bekämpfen. Ich verstehe auch nicht, warum in der Anfrage indirekt kritisiert wird, dass das Flugblatt nicht publiziert wird. Es ist ja unter den AMA-Merkblättern zu finden. Wenn die Landwirtschaftskammer Interesse daran hat, die Bäuerinnen und Bauern zu beraten, dann sollte sie das auch im „Kärntner Bauer“ veröffentlichen, statt dagegen nur zu polemisieren. Schließlich erhält die Landwirtschaftskammer Kärnten auch eine Menge Geld für die Beratung von Seiten des Landes Kärntens und dafür darf sich das Land auch eine entsprechende Gegenleistung erwarten!

Kommen wir nun zum „Esel“, dem Naturschutz, auf den die Landwirtschaftskammer seit geraumer Zeit mit aller Macht einprügelt, ebenso sinnlos, wie auf den Sack einzuschlagen, denn ein Esel ist, wie allseits bekannt, sehr störrisch. Hier müssen die EU- und die FHH-Richtlinie und die Vogelschutzrichtlinie umgesetzt werden. Diese Richtlinien wirken im Zusammenspiel mit dem Kärntner Naturschutzgesetz in der geltenden Fassung, dass sogenannte Landschaftselemente, die sich auf oder neben bewirtschafteten Wiesen, Weiden und Feldern befinden, wie Bäume, Büsche, Feldgehölze, Hecken, Trockensteinmauern, Uferrandstreifen, Tümpel und Naturdenkmäler von den Bewirtschaftern zu schützen und zu erhalten sind. Der Hintergrund davon ist, dass die Biodiversität auf landwirtschaftlichen Flächen in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich abgenommen hat. Daran ändert auch die Zunahme der Waldflächen nichts. Die Biodiversität hat abgenommen. Das zeigt unter anderem

der Birdlife Farmland Bird Index, der sagt, dass hier einfach die Vielfalt bei den Vogelarten in den letzten Jahren dramatisch abgenommen hat. Während früher beispielsweise das Rebhuhn ein häufiger Vogel war, gibt es den in der heutigen Kulturlandschaft fast nicht mehr.

Im Programm „Ländliche Entwicklung“, welches nicht das Land Kärnten oder die Naturschutzabteilung, sondern das Landwirtschaftsministerium unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammer Österreich zurechtgeschneidert hat, gibt es jetzt drei Gruppen von Landschaftselementen: Die Cross-Compliance Landschaftselemente, die GLÖZ-Landschaftselemente – also, der gute, landwirtschaftliche, ökologische Zustand - und die dritte Gruppe sind die ÖPUL-Landschaftselemente. Diese müssen alle erhalten werden, Ausnahmen gibt es nur in ganz streng geregelten Fällen. Auch diejenigen Betriebe, die nur Direktzahlungen und keine Umweltzahlungen erhalten, müssen diese Cross-Compliance und GLÖZ-Landschaftselemente erhalten. Das ist, wie gesagt, keine Kärntner Erfindung, deswegen nutzt es auch nichts, die Kärntner Naturschutzabteilung für etwas zu prügeln, was in Wien und in Brüssel so konzipiert worden ist.

Ich frage mich auch, warum sich die Landwirtschaftskammer, wenn es um Bürokratie-Abbau und Verwaltungsvereinfachung geht, nicht um andere Merkblätter kümmert. Die sind zum Teil noch viel weniger verständlich. Um das zu veranschaulichen, lese ich jetzt aus einem Merkblatt für die Almweidemeldung/Rinder vor, das die AMA herausgegeben hat, also die AMA, nicht das Land Kärnten. Das kriegen alle Betreiber einer Almweide oder einer Heimweide: „Der Auftrieb von Rindern auf Almen und Weiden ist mit der Almweidemeldung/Rinder zu melden. Wir erlauben uns, darauf hinzuweisen, dass neben der Meldung des Auftriebes auch das Datum des tatsächlichen Abtriebes, sollte es vom voraussichtlichen Abtriebsdatum abweichen, bekannt gegeben werden muss. Für die Beantragung von Ausgleichszahlungen ist weiterhin die Abgabe der ...“ – (Abg. Mag. Leyrouz: Was hat das mit dem Thema zu tun? – Abg. Zellot: Das ist eine Meldepflicht der AMA! – Abg. Mag. Leyrouz: Was hat das mit dem Thema zu tun?) - Ich demonstriere hier etwas, ich werde das nicht fertig durchlesen. (Es erfolgen weitere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der F-Fraktion.) - Darf ich um Aufmerksamkeit bitten?

Dipl.-Ing. Johann

(*Abg. Mag. Schalli: Zum Thema, bitte!*) - Ja, das ist zum Thema! (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter! Wenn Sie um Aufmerksamkeit bitten, dann darf ich Sie bitten, entsprechend zum Thema zurückzugehen!*) - Als ich das das erste Mal gelesen habe, da habe ich nur Bahnhof verstanden, also gleich wie ihr. Ich habe immerhin auf der BOKU studiert. Ich habe es dreimal durchgelesen und es dann irgendwann einmal verstanden. Aber dieses Cross-Compliance-Merkblatt, um das es in der Anfrage geht, ist im Gegensatz dazu ganz bewusst einfach gehalten, mit Fragen, die auch ohne juristische Ausbildung mit Ja oder Nein zu beantworten sind und eine Richtschnur geben sollen für das Verhalten. Wenn es möglicherweise Probleme mit der FHH- oder Vogelschutzrichtlinie geben könnte, dann soll sich der Bewirtschafter eben an die Naturschutzbehörde wenden, die ihm dann sagt, ob zum Beispiel ein Gebüsch gerodet werden kann oder möglicherweise wegen darin brütender seltener Vögel das nicht oder nur zu einem Zeitpunkt außerhalb der Brutzeit möglich ist. Das soll für den Bewirtschafter Sicherheit schaffen, dass AMA-Kontrolleure nicht im Nachhinein dann einen Verstoß gegen die Richtlinie feststellen. Es ist aber niemand gezwungen, das Merkblatt zu verwenden und der vorgeschlagenen Vorgangsweise zu folgen. Nur riskiert er dann möglicherweise Sanktionen der AMA. Das Merkblatt von der vorhergehenden EU-Periode zu verwenden, wie es von Seiten der ÖVP auch in einem Antrag vorgeschlagen wurde, ist leider nicht möglich, weil sich die gesetzlichen Bedingungen und auch das Förderprogramm in wesentlichen Bestimmungen geändert haben. So wurden die ÖPUL-Landschaftselemente erst mit dem neuen Programm „Ländliche Entwicklung 2014 bis 2020“ überhaupt eingeführt. Das Abbrennen von Wiesen ist jetzt zum Beispiel nicht mehr erlaubt, was früher noch in dem Merkblatt drinnen war. Während früher zu den GLÖZ-Landschaftselementen nur ausgewiesene Naturdenkmäler gezählt wurden, gehören jetzt zum Beispiel auch Lesesteinmauern dazu. Eines muss schon auch klar sein, dass es dort, wo es Verstöße gibt, auch Sanktionen geben muss. Schließlich bekommen Landwirte und Landwirtinnen für die Cross-Compliance Landschaftselemente eine Greening Prämie. Es ist klar, dass dort, wo es eine Zahlung gibt, auch eine Leistung erbracht werden muss. Das versteht sich, glaube ich, von selbst. Im Ausschuss wurden wir informiert, dass es im

letzten Jahr acht Verfahren gegeben hätte, wo wegen Cross-Compliance-Verstößen in Bezug auf Naturschutz Sanktionen verhängt wurden. Also, das ist nicht einmal ein Promille der landwirtschaftlichen Betriebe, das hier betroffen worden ist. Das ist eine verschwindend geringe Anzahl, würde ich meinen. Ich glaube, dass es nicht sinnvoll ist, solche Randthemen so aufzublasen. Ich würde vorschlagen, dass wir uns verstärkt mit den wirklich existentiellen Problemen der Landwirtschaft, diesem Preisverfall bei der Milch, bei den Schweinen, beim Holz, dem Strukturwandel, den fehlenden Hofnachfolgern und so weiter stärker auseinandersetzen, weil ich glaube, dass das die wahren Probleme der Landwirtschaft sind! Danke! (*Einzelbeifall von Abg. Dr. Lebersorger.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ing. Karin Schabus. Ich darf ihr das Wort erteilen!

Abgeordnete **Ing. Schabus** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bedanke mich für die Worterteilung! Ich möchte jetzt kurz auf meinen Vorgänger replizieren. Ich möchte aber einmal vorausschicken, einmal so ganz kurz skizzieren, wie der Tagesablauf eines Bauern, einer Bäuerin aussieht. Vielleicht sind viele herinnen, die das gar nicht mehr wissen. 365 Tage im Jahr, jeden Tag in der Früh aufstehen, Melkkühe nicht verschieben können, Urlaubsansprüche rar. Dann gehen wir zum Thema Landschaftselemente und warum das bei den Landwirten eine so große Aufregung hervorgerufen hat. Dazu muss man wissen, es handelt sich nicht um eine Kleinigkeit, um eine Nebensächlichkeit. In Kärnten hat man 423.000 Landschaftselemente digitalisiert. Das sind pro Feldstück circa 3,8 Landschaftselemente. Österreichweit liegt der Durchschnitt bei 2,65 Landschaftselementen pro Feldstück. Das sind ungefähr 45 Prozent weniger. Das heißt aber im Klartext, die Landwirte nehmen sich der Landschaftselemente an, nehmen Landschaftselemente mit hinein, nehmen Landschaftselemente sehr, sehr wichtig. Da komme ich jetzt auf einen springenden Punkt: Diese Landschaftselemente, die digi-

Ing. Schabus

talisiert wurden, werden auch von der AMA nach den verschiedenen Vorschriften kontrolliert. Und da gelten verschiedene Rechtsvorschriften, die FHH-Richtlinie, Cross-Compliance, GLÖZ, verschiedene Faktoren. Das Wichtigste ist, das Kärntner Naturschutzgesetz, spielt da natürlich auch mit hinein. Jetzt nehmen wir den täglichen Arbeitsaufwand und das Lebensumfeld eines Landwirtes her und dann habe ich die verschiedenen Gesetzesmaterien, die da alle darin hineinfließen. Dann muss ich, wenn ich jetzt eine Staude verändern, wegschneiden, zurückschneiden möchte, diese ganzen Rechtsmaterien zusammenfassen und soll mich orientieren können, in welche Richtung es geht. Was darf ich und was darf ich nicht? Einleitend, für Österreich gibt es die Cross-Compliance Merkblätter, die allgemein gehalten sind, wie mein Vorgänger erwähnt hat, wo das in den Bundesländern ein bisschen unterschiedlich gehandhabt wird. Warum? Weil das Naturschutzgesetz vor Ort und die Naturschutzabteilung vor Ort die Maßgaben zur Kontrolle vorgeben. Das ist also ein ganz wichtiger, wesentlicher Punkt! Wie diese Kontrollen vonstattengehen, wird vor Ort von unserer Naturschutzabteilung in Kärnten vorgegeben! Auf Forderung und aufgrund von langen Diskussionen des ÖVP-Klubs, wir haben ja den Antrag gestellt, wir haben die schriftliche Anfrage gestellt, wir brauchen für unsere Bauern Rechtssicherheit! Und für diese Rechtssicherheit brauche ich ein klares Merkblatt, wie kontrolliert wird. Es kann nicht sein, dass nur die AMA weiß, was kontrolliert wird und wie die AMA kontrollieren soll, und der Bauer bleibt schlussendlich auf der Strecke! Ich bin der Meinung, der Bauer braucht Orientierung, der muss wissen, um was es geht! Wenn eine Kontrolle vor Ort kommt, dann brauche ich dieses Merkblatt! Nach langem Drängen und langen Diskussionen gibt es dieses Merkblatt, es wird auch nächste Woche im „Kärntner Bauer“ veröffentlicht werden, das diese klare Orientierung, das diese klare Auslegung der Naturschutzabteilung des Landes vorgibt. Es ist bereits online verfügbar, also für jeden, der sich schon einlesen möchte, ist es schon länger online verfügbar.

Dann habe ich mir wirklich die Mühe gemacht, dieses Merkblatt auch einmal mit Vorgaben anderer Bundesländer zu vergleichen. Da bin ich zu dem Schluss gekommen, dass es in keinem einzigen Bundesland so strenge Vorgaben gibt

wie in Kärnten. Ich möchte jetzt ein kleines Praxisbeispiel anmerken. Wenn Sie jetzt alle durch die Landschaft fahren, werden Sie merken, dass auch die Straßenverwaltung sehr rigoros Rückschnitte macht. In unserem Merkblatt ist jetzt zum Beispiel drinnen, wir dürfen Stauden bis zu einem Drittel auf Stock setzen. Das heißt, ich darf ein Drittel aus dem Gebüsch herausnehmen. Jeder, der nach Klagenfurt hereinfährt, weiß, was viele andere tun dürfen. Der Bauer wird bis aufs Letzte kontrolliert! Ich möchte vielleicht auf den Presseartikel von gestern verweisen: „Was macht die Stadt Klagenfurt?“ Das war für mich ganz, ganz spannend! In Klagenfurt kommt man jetzt plötzlich drauf, dass Büsche, Sträucher hinderlich sind, dass das Mehraufwand ist, dass das enorme Kosten verursacht. Man schneidet diese Büsche und Sträucher in Klagenfurt einfach weg und erspart sich damit € 100.000,-- pro Jahr! In Kärnten dürfen wir nach unserem Merkblatt nicht einmal mit einem Pflug unter einen Baum fahren, wo meine Fläche ist, die ich vielleicht biologisch bewirtschafte!

Das ist laut Merkblatt nicht mehr erlaubt. Wenn da jetzt die Landwirtschaftskammer mit ins Spiel gebracht wird, ich glaube, es ist die ureigenste Aufgabe der Landwirtschaftskammer, die Ängste und Sorgen der Bauern wahrzunehmen, anzuhören, wahrzunehmen und sich um die Interessen zu kümmern. Und bei diesem Merkblatt bin ich viele, viele Stunden selber dabei gesessen, um mir die Nachvollziehbarkeit durch die verschiedenen Gesetzesmaterien herauszufiltern, worin es begründet ist, dass zum Beispiel in Kärnten Büsche nur ein Drittel auf Stock gesetzt werden dürfen, während sie im Burgenland, wo dieselben Richtlinien gelten, zwei Drittel auf Stock gesetzt werden dürfen und im Grunde genommen mehr als eine Verdoppelung erlaubt ist im Gegensatz zu uns.

Abschließend wünsche ich mir etwas ganz konkret: Der Herr Johann hat auch gesagt, die Biodiversität hat abgenommen, der Wald hat zugenommen. Jetzt frage ich mich, was glaubt ihr, was passiert, wenn die Bauern ihre Landwirtschaft auflassen, weil sie mit der ganzen Bürokratie, mit den ganzen Hürden einfach keine Lust mehr auf Landwirtschaft haben? Was passiert dann? Dann werden wir Wald bekommen, dann wird es zuwachsen und dann wird die Biodiversität massivst abnehmen. Ich würde mir wünschen, dass die Landwirtschaft, die gute,

Ing. Schabus

praktizierte Landwirtschaft in Kärnten endlich die Anerkennung bekommt, die sie verdient. Die Landwirtschaft ist meines Erachtens der größte Naturschützer, den es überhaupt gibt. Das sind nämlich diejenigen, die die Flächen offen halten, die die Flächen bewirtschaften, die dadurch Artenvielfalt ermöglichen und dass unser Land ein buntes, vielfältiges Bild hat. Diese Anerkennung wünsche ich mir seit langem, und ich denke, diese Anerkennung steht den Bauern zu! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der SPÖ-Abgeordnete Alfred Tiefnig. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich werde mich kurz halten im Sinne der Zeitökonomie. Aber immer, wenn es um Naturschutz geht und um Landwirtschaft, dann braucht es meistens einen Mediator und der möchte ich jetzt tatsächlich sein. Es gibt eben eine Richtlinie, die umzusetzen ist. Und eines muss ich der Kollegin Schabus schon sagen, der Landwirtschaftsminister heißt nach wie vor André Rupprechter, und da kann man sehr wohl Einfluss nehmen, dass es eben der bäuerlichen Bevölkerung im Land etwas besser geht. Es ist ja so, dass diese EU-Verordnung schon seit 2005 umgesetzt ist und auch im Zeitraum 2015 – 2020 ist diese Verordnung, ob das die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie oder die Vogelschutzrichtlinie ist, ebenfalls umzusetzen. Ich glaube, laut dem § 19 des Naturschutzgesetzes sind eben Lebensräume zu erhalten. Aber warum kommt das so weit, über das wir jetzt diskutieren? Das ist erstens einmal die Intensivierung der Landwirtschaft, das muss man wissen, denn es wird nur etwas weggehackt, weil die Geräte so groß geworden sind, die Geräte sind teilweise schon größer als das Feld, da fährt er einmal drüber und braucht länger, um den Schwader aufzustellen und wieder zuzuklappen, weil er nur ein Mal drüber fahren muss. Das muss man zum einen wissen und das Aufräumen der Landschaft hat ja auch einen Sinn. Wenn man denkt, wie diese Förderkulisse im bäuerlichen Bereich stattfindet, dann wissen alle, die mit der Landwirtschaft zu

tun haben, was Überschilderung heißt. Und wenn es eine Überschilderung gibt, dann wird eben bei der Förderung bei der Fläche dementsprechend auch ein Abzug stattfinden, deswegen wird jetzt alles weggeräumt. Und wenn ich dann auch in Richtung Naturschutz denke, dass da die Behandlung eines Antrages durchschnittlich 20 Tage dauert: Lieber Herr Kollege Johann, in Oberkärnten ist das Holz, das dort umgehackt worden ist, schon in der Holzhütte drinnen, womöglich schon trocken oder eingeheizt. Deswegen sage ich, das dauert einfach alles viel zu lang, weil wenn da der Bauer irgendwo etwas wegehackt, das vielleicht gar weggehört oder das morsch ist und dann ein Ansuchen stellen muss, das im Schnitt 20 Tage dauert, also kann man damit rechnen, dass das eh einen Monat dauert, dann kann er erst an die Arbeit gehen. *(Abg. Pirolet: Herr Kollege, man muss das Leben besser planen!)* Ja, genau so ist es! Und deswegen glaube ich, dass da die Kommunikation einfach besser stattfinden muss. Auf der einen Seite ist die AMA eine Einrichtung der Bauern, auch der Schutz für die Bauern, weil da nicht jeder alles darf, und auf der anderen Seite sollen dann wieder solche Richtlinien eingefordert werden, dann ist die AMA wieder die Böse. Das kennen wir ja von vielen, vielen anderen Argumenten auch.

Ich sage einfach grundsätzlich, wir reden immer wieder davon, wir werden die Bürokratie abschaffen und dann braucht ein Antrag, um sechs Bäume oder eine Hecke umzuschneiden, 20 Tage. Der Antrag soll nicht stattfinden, der Bauer soll wissen, darf ich das weghacken oder nicht. Aber man muss ehrlich zugeben, warum hackt er die Staude weg? Erstens, bei uns oben gibt es noch die Maikäfer und auf der anderen Seite ist es die Überschilderung, weil er einfach keinen Abzug bei seinen Flächen haben will. Da geht es nicht darum, mit dem Pflug zum Baum dazu zu fahren. Ich kenne das nicht, dass da einer mit seinem Pflug kreuz und quer unter einem Nussbaum fährt, das kenne ich nicht, aber ich weiß genau, dass die bäuerliche Bevölkerung und die Bauern mir sagen, wenn der Nussbaum zu groß wird, darunter die Schattenfläche so groß ist, dann wird soundsoviel abgezogen und unter dem Strich bekomme ich dann weniger Förderung. Dann ist es einfacher, einmal einen Schnitt zu machen, der Baum fällt um und ich habe die Förderung und der lästige Baum ist bei der Bewirtschaftung meiner Fläche auch nicht

Tiefnig

da. In dem Sinn hat mein Kollege Ebner auch im Ausschuss richtig nachgefragt, was passiert dann mit denen, die keine Förderung bekommen? Müssen die auch fragen? Ja, da soll anscheinend das KAGIS das Thema sein, die fragen da nach. Ich kenne keinen im ländlichen Raum, der beim KAGIS anruft, ob er den Baum weghacken darf. Aber ich kenne nämlich auch keinen Bauern, der das oben im Drautal tut, wenn er etwas weghackt, außer es sind zwei oder drei Hektar. Also, in diesem Sinne, glaube ich, weiß man, was im Ausschuss geredet worden ist. Da sollte man hergehen und wirklich mit Vernunft, mit ein bisschen Augenmaß und mit ein bisschen Hausverstand das Thema angehen, dann glaube ich, sind wir alle besser bedient als wenn wir uns an Gesetzen und Richtlinien aufhängen und der eine oder andere nicht weiß, was er zu tun hat. In diesem Sinne mein Debattenbeitrag, danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der ÖVP-Klubobmann, Abgeordneter Ferdinand Hueter.

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! *(Zwischenruf aus den Abgeordnetenbänken.)* - Was soll ich mit FFH? Nein, zu dem sage ich heute nichts, weil das behalte ich mir für ein anderes Mal auf! Zur ganzen Geschichte Cross-Compliance muss ich ein paar Dinge wirklich loswerden, weil ich einfach glaube, meine Vorredner und auch der Tiefnig Alfred haben das Gott sei Dank jetzt richtig erkannt – da fehlt das Fingerspitzengefühl! Naturschutz ist Ländersache und da hängt es schon davon ab, wie das exekutiert beziehungsweise ausgelegt wird und da und dort verstehen das die Leute draußen, die davon betroffen sind, die damit arbeiten müssen, wirklich überhaupt nichts mehr. Heute muss ich wirklich bei jedem Baum, wenn ich eine Staude wegschneide, einen Ast herunterschneide, jemanden in der Naturschutzabteilung fragen, darf ich das noch tun. Dann haben wir eigentlich eine sogenannte stille Enteignung. Und beim Natura 2000, damit ich das auch loswerde, diese Anzeige ist

von den NGOs Richtung Brüssel gegangen und nicht von irgendwem anderen. Das heißt, das hat man sehr wohl ganz bewusst, gezielt in diese Richtung gemacht, und heute sind die Bauern, die Grundbesitzer schuld, wenn damals statt elf Prozent nur sechs Prozent – Gott sei Dank – gemeldet worden sind. Also ich glaube, man sollte die Kirche im Dorf lassen und auch die Richtigkeit.

Und zu diesem Cross-Compliance: Ich vergleiche das immer mit etwas ganz Einfachem. Es ist, und das habe ich auch schon einmal gesagt, nicht jeder, der einmal bei einem Bauern gejausnet hat, ein Experte. Ist er nicht! Es ist jeder eingeladen, es kann jeder gern kommen, wir haben super Produkte, aber es ist keiner, der dort einmal gejausnet hat, Experte. Bei diesem Cross-Compliance – und da rede ich davon, dass wir von der Struktur her kleine und mittlere Betriebe haben, auch viele Bergbauern – wenn heute der Kontrollor kommt und dann den Stand der Kuh mit dem Meterstab auf den Zentimeter genau misst, vergleiche ich das immer damit, wir bräuchten ja nur eine Größe bei den Kleidern, wenn das so ist. Dann gehen wir her und reden nicht mehr von Größe 42 bis 51, sondern es gibt nur mehr eine Größe 45, beim Kleinen wird es halt unten zugebunden, und bei einem Großen wird es halt ein bisschen anders gemacht. Das ist das, was die Bauern am meisten verärgert. Das Zentimetermaß und der Kontrollor, der dann hinauskommt, den interessiert nichts anderes als, im Gesetz steht das drin, es darf 1,93 Meter lang und was weiß ich, 67 Zentimeter oder keine Ahnung, wie breit sein und das ist es und wenn da oben oder unten noch zwei Zentimeter fehlen, kriegst du einen Vermerk und hast das bei der nächsten Kontrolle schon drinnen. Das heißt, da kommt dann die nächste Kontrolle, du kriegst eine Frist von drei, vier Monaten. Dann frage ich mich, wie soll ein Bergbauer dort oben das machen, dass er seinen Stall aufbaut, wenn es daneben kerzengerade hinuntergeht? Das ist unmöglich! Und deswegen sagen viele, wisst ihr was, das ist dann quasi der letzte Schritt, dass er sagt, ich lasse es. Ich lasse mich nicht mehr überfordern, ich lasse mir nicht mehr bis drei Mal in den Bauch hinunterschauen! Dieses freie Leben, das der Bauer gewöhnt ist, das ist einfach weg. Und es geht immer mehr weg. Deshalb glaube ich, sollten wir da irgendwo schon wieder zurückkommen auf den Boden der Kontrollen und al-

Ing. Hueter

lem. Kontrollen ja, aber das sind keine Förderungen, wie da immer alle sagen, das sind Ausgleichszahlungen. Dazu steht jeder. Wir müssen sogar sechs Jahre zurück dafür geradestehen. Ich kenne keinen anderen Berufsstand, der das macht. Den kenne ich nicht! Dass er sechs Jahre zurück auf Punkt und Beistrich nachvollziehen muss, ob da irgendwas herausgekommen ist. Ich kenne keinen! Aber bei uns ist das scheinbar der Fall. Aber was mich natürlich ärgert ist, dass dann die gleichen Leute hergehen und sagen, da ist ja eh nichts dahinter, ihr kriegt ja einen ganzen Haufen Geld dafür. Schaut euch einmal die Beträge an, die die Bauern wirklich dafür lukrieren! Und zum Teil sind sie ja fast gezwungen, das zu machen. Der kann ja gar nicht sagen, nein, das mache ich nicht. Allein bei den Almfutterflächen-Thematiken hat sich in der AMA ein Staat gebildet, wo ein paar Leute geglaubt haben, sie müssen jetzt schon diese Orthofotos machen, mit allem „Pipapo“ und mit diesem „Kraffelwerk“, das kannst du ja gar nicht normal exekutieren! Ich habe das draußen mit dem Minister X-mal durchdiskutiert, wir sind auch hinuntergekommen bis auf den Kern mit den Mitarbeitern und den Beamten. Da wird es dann relativ happig, wenn du da mit ein paar redest, weil der hat von der Säge so viel Ahnung wie die Kuh vom Slalomfahren. Der sieht nur auf dem Orthofoto, das ist ein Stein, das ist Überschirmung und diese Kriechweide und was weiß ich, wie sie alle heißen und sonst gar nichts. Da war keiner einmal draußen, hat sich das angeschaut, aber der Bauer hat das Theater am Hals und der kann Prozesse führen bis oben hin, dass er zu dem Geld kommt, das er eigentlich mit ruhigstem Gewissen, ohne irgendwo einen zu hintergehen, beantragen kann. Das Geld ist ihm weggenommen worden! Und das, das muss ich echt sagen, das verstehe ich nicht mehr! Wir haben eine Überbürokratie, und ich glaube, wir sollten schleunigst wieder wegkommen von diesen Landschaftselementen und wie das ganze Zeug heißt. Naturschutz ja, und ich sage euch auch, der Bauer ist der beste Naturschützer, denn der schaut auch im Eigeninteresse, dass seine Alm, sein Gründland, sein Acker auch übermorgen für die nächste Generation fit bleibt. Zeigt mir einen Bauern, der bewusst seinen Grund „hin macht“! Also den kenne ich noch nicht! Deswegen sollten wir die Kirche, wie gesagt, im Dorf lassen. Wir sollten versuchen, gemeinsam - und da bin ich da und dort absolut auch bei den Grünen mit

dem Naturschutz, aber bitteschön das Fingerspitzengefühl, das dürfen wir nicht außer Acht lassen. Wenn wir das aus der Hand geben, glaubt mir eines, dann leidet auch insgesamt der Naturschutz, weil der Betroffene da nicht mehr mit kann, weil da macht es im Kopf klick und er sagt, nein, es reicht! Und ich glaube, wir sollten umgekehrt schauen, zuerst den Grundbesitzer und diejenigen, die es betrifft, zu kriegen und zu sagen, Freunde, kommt her, wir können gemeinsam was machen, und das wäre auch die Einladung in diesen Natura 2000-Gebieten. Es hätte niemanden, aber gar keinen gehindert, zu den Bauern hinaus zu fahren, sie vorher zu informieren und nicht zuerst eingeschriebene Briefe ins Haus zu schicken und zu sagen, dein Graben, dein Besitz, was weiß ich wieviel Hektar sind ab dem Jahr 2016 Natura 2000. Das ist ein falscher Weg! Mit dem Großteil der Bauern kannst du reden, die sind es gewöhnt, Kompromisse zu schließen, und dann sind wir auch bei der Entschädigungszahlung, dass der sagt, pass auf, wenn die Öffentlichkeit irgendwas haben will, dann ist es auch berechtigt, eine Gegenforderung zu stellen, jawohl, unter diesen und diesen Bedingungen kann ich mir alles vorstellen! Aber die stille Enteignung von oben herab, und dann noch bei Veranstaltungen zu sagen, ich komme eh nur gnadenhalber hierher, weil ich bräuchte eh nicht herzukommen, ich könnte es, ohne euch zu fragen, der EU melden. Freunde, das ist nicht drittes Jahrtausend! Wir sind im dritten Jahrtausend angekommen, aber reden, informieren und mit den Leuten zu reden, die es betrifft, das ist noch Gebot der Stunde! Deswegen, beim Cross-Compliance muss das Maß der Ziele wieder kommen, das Fingerspitzengefühl gehört her und dann werdet ihr auch die Bauern gewinnen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Johann, zum zweiten Mal zu diesem Tagesordnungspunkt.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Nachdem hier doch ein paar Sachen gefallen sind, muss ich kurz noch etwas entgegnen:

Dipl.-Ing. Johann

Wenn hier im Zusammenhang mit den Landschaftselementen von stiller Enteignung gesprochen wird, dann möchte ich, dass du das deinem Minister Rupprechter persönlich sagst! Die Landschaftselemente sind keine Erfindung der Grünen, sondern sind eine Erfindung des Landwirtschaftsministeriums, und die (*Zwischenruf von Abg. Ing. Schabus.*) Kammern waren in den Arbeitsgruppen von allem Anfang an mit beteiligt und haben dem zugestimmt, dass das so zustande gekommen ist! Man muss sagen, du verdrehst wirklich die Tatsachen! 400.000 Landschaftselemente in Kärnten wurden registriert. Wir haben als Grüne davor gewarnt, dass das ein Unmaß an Bürokratie bringt, wir haben pauschale Modelle vorgeschlagen, aber das Ministerium hat das gegen unseren Willen – und das ist dokumentiert, was der Pirklhuber auch im Parlament gesagt hat – anders durchgezogen! Das jetzt einfach uns in die Schuhe zu schieben, das ist, ehrlich gesagt, eine Frechheit! Für die Landschaftselemente bekommt jeder Bauer Geld. Das sind ÖPUL-Prämien, die werden extra gezahlt! Die Fläche wird auch nicht abgezogen, sondern im Gegensatz zum alten Programm ist das Landschaftselement Teil der geförderten Fläche. Da gibt es aber noch einmal extra eine Prämie dazu. Da jetzt gegen die Landschaftselemente zu argumentieren heißt, den Bauern auch die Prämien wegzunehmen. Es ist auch so, dass diese Landschaftselemente nicht auf einer Karte im KAGIS zu finden sind, sondern jedem Bauern eine Hofkarte erstellt wird, und zwar von der Landwirtschaftskammer, wenn er den Förderantrag abgibt. Dort wird es gemacht, also bei euch selber. Und wenn irgendetwas daran nicht passt, dann müsst ihr schauen, dass da einfach auch eure Berater besser arbeiten! Ich meine, ich kenne die Probleme aus eigenem. Ich habe versucht, die Sachen richtigzustellen. Das ist unmöglich, wenn das Landschaftselement 20 Meter weit weg liegt, weil der, der das Ganze digitalisiert hat, den Stamm vom Baum nicht vom Schatten im Wipfel unterscheiden kann. Das ist ein Drama, das alles richtigzustellen und das mal 400.000, aber das habt ihr erfunden! Und dann, bitte, sei ein bisschen sorgfältig! Du kannst nicht sagen, das sind alles Ausgleichszahlungen, weil wir haben Ausgleichszahlungen, wir haben Direktzahlungen, wir haben Umweltzahlungen. Das sind drei verschiedene Sachen. (*Zwischenruf von Abg. Pirolt.*) Die Direktzahlungen und die Umweltzahlungen hängen eben mit den Land-

schaftselementen zusammen! Das heißt, die Bauern kriegen nur deswegen Geld, weil sie die Landschaftselemente erhalten.

Wenn du sagst, das ist eine stille Enteignung: Es ist kein Bauer gezwungen, hier einen Förderantrag zu stellen. Aber es ist richtig, er kriegt dann auch kein Geld. Das ist aber irgendwo klar. Wo keine Leistung, kann es auch keine Zahlung geben. Wie kommen die Steuerzahler dazu, Geld zu zahlen, wenn dann nicht eine Gegenleistung da ist? Das heißt, bitte, bleibt bei der Wahrheit und sagt, dass ihr das ganze System selber konkret erfunden habt! Wenn ihr das ändern wollt, dann bitte! Dann gehen wir gemeinsam zum Landwirtschaftsminister! Aber dann muss euch schon klar sein, dass das Förderprogramm, so wie es jetzt geschneidert ist, dramatisch abgeändert wird. Danke! (*Abg. Pirolt: Der Hueter ist mit dem in die Schul' gegangen! – Beifall von Abg. Dr. Lebersorger.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin auch zum zweiten Mal zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Ing. Karin Schabus von der ÖVP. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Ing. Schabus** (ÖVP):

Ich möchte jetzt abschließend nur einen Satz anfügen, damit das wieder in die Klarheit kommt. Die Landwirte wehren sich nicht gegen die Landschaftselemente. (*Abg. Mag. Schalli: Die Vogelschutzrichtlinie!*) Die Bauern haben dem zugestimmt! Nur, wenn es zu einer Veränderung, zu einem Zurückschneiden, Zurücksetzen von Landschaftselementen kommen soll und jeder weiß, dass eine Staude wächst, dann brauche ich klare Richtlinien, was ich darf und was ich nicht darf. Genau diese klaren Richtlinien gibt nicht die AMA vor, sondern die Naturschutzabteilung des Landes Kärnten, unter dem Referat von – (*Abg. Dipl.-Ing. Johann: Und die Vogelschutzrichtlinie?*) - Die trifft da mit hinein, aber die Vorgabe, was ich darf und was ich nicht darf, gibt das Land vor, und um diese Klarstellung haben wir gebeten, und das haben wir eingefordert. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Der Satz war doch etwas länger, Frau Abgeordnete. Aber nachdem die Rednerliste erschöpft ist, kommen wir zum Tagesordnungspunkt 9:

9. Ldtgs.Zl. 39-76/31:

Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Holub zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Prasch betreffend Mobilitäts Masterplan in Kärnten

Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wie der Landesrat bereits in der Anfragebeantwortung festgestellt hat, wurde das bei der Erstellung des „Mobilitäts Masterplanes“ in der Landesregierung einstimmig beschlossen. Der MoMaK ist aber auch auf einen einstimmigen Beschluss des Kärntner Landtages zurückzuführen, in dem die Kärntner Landesregierung aufgefordert wird, ein Konzept zur Entwicklung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Kärnten zu erstellen und eine vereinfachte, benutzerfreundliche Tarifgestaltung einzuführen. Wenn jetzt die Fragesteller indirekt bemängeln, dass so ein Konzept Geld kostet, dann kann nur geantwortet werden: Natürlich, denn es ist nicht zu erwarten, dass Professionisten, die Verkehrsplaner hier gratis für das Land Kärnten arbeiten! Aber ich nehme schon auch an, dass es jedem Abgeordneten, jeder Abgeordneten hier im Landtag klar war, dass wenn man so etwas beauftragt, das natürlich auch finanzielle Konsequenzen hat. Dieses Verkehrskonzept wird hoffentlich das Beste, das Kärnten je gesehen hat. Zumindest ist es das Ehrgeizigste, was die Zielsetzungen angeht, mit einer Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs auf 20 Prozent und des Fuß- und Radverkehrs auf 40 Prozent der Wege. Es ist aber nicht das erste Verkehrskonzept.

Zurückblickend in die Vergangenheit der Regierungen Dörfler und Haider gab es ebenfalls Verkehrskonzepte, die teilweise auch nur Erhebungen waren, später dann nicht fertiggestellt, nicht

umgesetzt worden sind, die durchaus bedeutend mehr gekostet haben, viele hunderttausende Euro, sogar in die Millionen hinein. Es waren damit auch PR-Firmen mit Connections zu den Firmen des im Zuge des Telekom-Skandals bekanntgewordenen Peter Hohegger beteiligt, soweit wir das recherchieren konnten. Da gibt es vielleicht noch einiges in der Vergangenheit, aber das soll dort ruhen. Hier beim MoMaK ist alles sehr transparent, wie auch die Aufstellung in der Anfragebeantwortung zeigt. Die Bürgerbeteiligung, die ein wichtiges Element des MoMaK darstellt, ist natürlich zeit- und ressourcenaufwendig, 35 Veranstaltungen draußen in den Gemeinden. Aber wenn der öffentliche Verkehr hier kundenorientiert ausgerichtet werden soll, dann ist es wichtig zu erfahren, was die Menschen denken und welche Vorschläge sie haben, um ihre Mobilitätsfragen zu lösen. Der Einsatz der Werbemittel dient vor allem dazu, die einzelnen BürgerInnen- und Beteiligungs-Workshops zu kommunizieren. Der andere große Brocken ist die fachliche Unterstützung durch professionelle Verkehrsplaner und Verkehrsplanerinnen, wohl ein Muss bei so einem Projekt, und parallel zu den BürgerInnenbeteiligungen arbeiten auch Arbeitsgruppen aus den Stakeholdern des öffentlichen Verkehrs an konkreten Fragen der Verkehrsplanung. In Kärnten sind zahlreiche Menschen auf ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz angewiesen. Dazu gehören vor allen Dingen die Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge und ältere Personen, Pendler, Pendlerinnen, Studierende wären angesichts rapide steigender Kosten des motorisierten Individualverkehrs zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bereit. Der rapide Anstoß auch von den Treibhausgasen im Verkehrssektor, wir haben heute schon darüber geredet, zeigt auf, dass der Handlungsbedarf sehr groß ist und ein Umstieg auf emissionsärmere öffentliche Verkehrsmittel auch aus Klimaschutzgründen erstrebenswert wäre. Der „Mobilitäts Masterplan“ hat das Ziel, auch unter den gegenwärtigen Budgetverhältnissen leistbare Vorschläge für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, des Fahrrad- und des Fußverkehrs zu machen, unter Einbeziehung auch von Fragen des Straßenverkehrs. Die Landesregierung wurde von uns aufgefordert, in Koordination mit ÖBB- und Buslinien im Verkehrsverbund ein entsprechendes Angebot zu schaffen, damit die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Kärnten attraktiver wird. Das tut

Dipl.-Ing. Johann

sie jetzt eben im Rahmen des MoMaK, und das ist gut so. Wir sind sehr gespannt auf das Ergebnis! (*Einzelbeifall von Abg. Dr. Lebersorger.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Prof. Dr. Hartmut Prasch. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich eingangs beim befragten Landesrat, Rolf Holub, für die Übermittlung der Antworten zu unserer Anfrage bedanken, obwohl ich mir jetzt nicht mehr sicher bin, ob es eine zweite Antwort gibt, die vielleicht von unserer etwas differiert, weil das, was der Kollege Johann gesagt hat, jetzt nicht unbedingt das ist, was wir in dieser Anfragebeantwortung zu finden gewagt haben! Die ganze Anfrage ist von ihrem Umfang und Inhalt her eher knapp ausgefallen. Sie bietet aber trotzdem einige Punkte, die aktiv angesprochen werden müssen. Was verwundert – und zwar mich – bei der Beantwortung der ersten Frage ist, dass die Detailkosten für die Erstellung des „Mobilitäts Masterplanes“ sehr spärlich ausfallen. Bei dieser Antwort versucht man ganz offensichtlich, sich hinter dem Datenschutz zu verstecken. Man ist nicht bereit, und das entspricht - deshalb komme ich auch darauf, dass der Kollege Johann vielleicht eine andere Anfragebeantwortung vor sich hat - das entspricht nicht dem Sinn von Transparenz und Nachvollziehbarkeit von eingesetzten öffentlichen Mitteln, sondern eine vollständige Auflistung wäre für uns von Interesse gewesen. Dass solch ein Verhalten gerade von grüner Seite praktiziert wird, ist meiner Auffassung nach schon etwas merkwürdig! Grüne Ideale in Richtung Transparenz scheinen nicht mehr so viel zu zählen, wenn jeden Tag das Dienstauto vor der Haustür steht. Aber nur so viel am Rande. Wir sagen ganz klar, dass die Öffentlichkeit ein Anrecht darauf hat, zu erfahren, was mit den Steuermitteln passiert, wo und wie diese eingesetzt werden. Was ich persönlich schade finde, ist auch, das zeigt die Anfragebeantwortung, dass nicht alle Aufträge Kärnten-intern vergeben worden sind, sondern vielmehr auch Anbieter und Partner aus Wien und Tirol zum

Zug gekommen sind. Zudem augenscheinlich sind sehr hohe Kosten für Medien-Kooperationen, die rund ein Fünftel der Gesamtkosten des Gesamtprojektes ausmachen. Ob das ein Zeichen ist, das gerade in der aktuellen Zeit gesetzt werden muss, lasse ich einmal dahingestellt. Trotz dieser paar kritischen Anmerkungen hoffe ich dennoch, dass die Grundintention des „Mobilitäts Masterplanes“ doch in die richtige Richtung führen wird. Denn Fakt ist, dass aufgrund der sich rasant verändernden Lebenswelten der Kärntnerinnen und Kärntner sich auch unmittelbar das Mobilitätsverhalten der Bürger ändern wird und sich bereits ändert. Darauf gilt es, Antworten zu geben und dafür Lösungen zu erarbeiten. Wir hoffen, dass der „Mobilitäts Masterplan“ wirkliche Lösungsansätze bringt und nicht nur ein Instrumentarium darstellt, um den Grünen Landesrat zu vermarkten! (*Beifall von Abg. Mag. Theuermann, vom BZÖ und von Abg. Mag. Schalli.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Schalli. Ich darf ihm dieses erteilen!

Abgeordneter **Mag. Schalli**:

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe mir, wie mein Vorredner bereits angemerkt hat, aus der Anfragebeantwortung eigentlich schon eine etwas größere Mühe seitens des Anfragebeantworters erwartet. Hier diese Anfrage eigentlich in dieser Art und Weise abzuqualifizieren, indem ein paar Zahlen hingeknallt werden, ohne auf die Details einzugehen, wozu bei einem bisschen Goodwill durchaus die Möglichkeit gewesen wäre und auch vielleicht ein Beitrag zur Aufklärung der Abgeordneten hier in dem Hause beigetragen hätte, vermissem ich größtenteils! Wie auch mein Vorredner schon angemerkt hat, es gibt ein Budget, das hier im Landtag einstimmig beschlossen wurde, wo ein Nachfolgekostengerüst mit € 480.000,-- herauskristallisiert wurde, was für diesen „Mobilitäts Masterplan Kärnten“ aufgewendet werden möge. Es ist schon interessant, wenn der Grüne Abgeordnete Johann hier ausführt, dass hier auch so hohe Kos-

Mag. Schalli

ten für Verkehrsplaner unter anderem hineingerechnet werden müssen. Ja, sehr geehrter Herr Kollege Johann, dann frage ich Sie hiermit, nicht eine einzige der Positionen der Anfragebeantwortung weist auch nur einen Euro für Verkehrsplanung aus! Jetzt frage ich mich schon, was für große Kosten der Verkehrsplanung bei einer mittlerweile ausgegebenen Kostennote von rund € 200.000,- denn da für Verkehrsplaner ausgegeben worden sind? (*Abg. Dipl.-Ing. Johann: Vera Com!*) Es wurden für rein organisatorische Prozessbegleitung für die „Trigon Entwicklungsagentur“, die nichts anderes als Unternehmensberater sind und bei weitem keine Verkehrsplaner, knapp € 72.000,- ausgegeben, für die „Vera Com“ € 36.000,-, das heißt, allein nur für organisatorische Prozessbegleitung € 107.000,-. Es gibt ja im Hintergrund der Abteilungen des Landesrats Holub eigentlich doch einige Fachabteilungen, die aus meiner Sicht durchaus im Stande sein könnten, Veranstaltungen wie eine Kick-off-Veranstaltung für den „Mobilitäts Masterplan“ vielleicht selbst zu organisieren und nicht eine Auftaktveranstaltung um € 20.000,- auswärts zu vergeben, damit die „Trigon“ oder wer auch immer hier eine entsprechende Honorarnote leisten kann. Genau das Gleiche, wie mein Vorredner hier bereits angedeutet hat, allein für die Begleitung dieser Shows im Rahmen der, wie Sie es hier ausführen, BürgerInnenbeteiligungs-Workshops wird nur für die Medien ein Budget von € 50.000,- ausgegeben. Da frage ich mich schon, ist das eigentlich nur eine Vermarktungsplattform des Grünen Landesrates, um möglichst viele Medieneinschaltungen in den Zeitungen zu kaufen und sich vielleicht den Goodwill für die nächsten Wahlen zu erkaufen? Das ist jetzt eine Vermutung von mir, die ich nicht weiter kommentieren will.

Grosso modo und insgesamt, ich bin bisher immer bei allen diesen Veranstaltungen auch anwesend gewesen. Bis auf den Eindruck, dass es sich hier um eine Selbstinszenierungsplattform für den Grünen Landesrat Holub gehandelt hat, habe ich eigentlich noch keine konkreten operativen Umsetzungen im Rahmen dieses „Mobilitäts Masterplans“ erkennen können bis auf das, wie letzte Woche in der „Kleinen Zeitung“ geschrieben wurde, dass Drogen aufgegriffen wurden im „Drogenbus“, der zwischen Klagenfurt und Laibach hin- und herfährt. (*Beifall von der*

F-Fraktion und vom BZÖ.) Wenn das die einzige operative Maßnahme ist, die aus dem „Mobilitäts Masterplan“ innerhalb der letzten drei Jahre herausgekommen ist, dann muss ich sagen, ganz, ganz schwer gescheitert, und ich fürchte mich vor den nächsten 10 Jahren bis 2025, wo dann angeblich ja dieses Land auf Elektromobilität umgeschaltet werden soll. Diese Bürgerbeteiligungsmodelle, die hier immer wieder angegangen werden, scheinen mir mehr oder weniger eine humoristische Ausschweifungsmöglichkeit des Landesrates Holub zu sein, um seine Auftritte als Kabarettist zu rechtfertigen und immer wieder zu haben. Denn viel mehr, muss ich zum heutigen Zeitpunkt und auch als einer, der da mit drinnen sitzt, konstatieren, ist noch nicht herausgekommen, denn außer unserem „Drogenbus“ gibt es keine sichtbaren Zeichen in diesem Lande, wie sich die Mobilität hier verändern würde. Sperren von Bahnlinien, Sperren von gut funktionierenden Verkehrsnetzen, Ausdünnung der ländlichen Gebiete, siehe jetzt gerade wieder aktuell die Buseinstellung von Bad Bleiberg, völliger Wahnsinn aus meiner Sicht, das einzustellen, die Leute jetzt mit dem Fahrrad 13 Kilometer nach Nötsch hinunter zu schicken, (*Abg. Pirolet: Ja, aber gesund ist das!*) um dort den dreifachen Zugpreis zu bezahlen! Also, wenn das das Mobilitätskonzept in diesem Lande ist, dann muss ich sagen, dann habe ich gerade ein besseres erlebt in Bosnien-Herzegowina! Wenn Sie, Herr Kollege Johann, hier ausführen, das ist das Beste, was Kärnten jetzt gesehen hat, dann kann ich Sie nur einladen, in halbwegs zivilisierte Gegenden zu fahren, um einmal zu schauen, wie dort Verkehr funktioniert. Grosso modo, Quintessenz, um das abzuschließen: Es gibt Irrtümer, es gibt Fälschungen, und es gibt unseren Landesrat Holub! (*Beifall von der F-Fraktion und vom BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Abgeordneten Ing. Manfred Ebner von der SPÖ. Ich bitte ihn zum Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Von der Polemik wieder

Ing. Ebner

zurück zur Faktenlage. Wenn wir uns einstimmig darauf verständigt haben, einen „Mobilitäts Masterplan“ erstellen zu wollen, dann sollten wir uns auch darauf verständigen und einstimmig dazu stehen, dass es natürlich notwendig ist, Grundlagenerhebungen zu machen, dass es natürlich notwendig ist, seriöse Daten zu erfassen. Den öffentlichen Nahverkehr kann man nicht nur polemisch betreiben, dem öffentlichen Nahverkehr muss man diffizil auf den Grund gehen, warum er wo klappt und warum er wo nicht klappt. Daher gibt es natürlich diese Gemeindetour, die die Abteilung 7 unter der Leitung von Rolf Holub macht. Ich weiß nicht, wieviel es insgesamt sind, 37 glaube ich, (*Zwischenruf von Abg. Mag. Schalli: 38!*) - 38 haben sie jetzt schon abgeklappert. Ich selber war bei zwei dabei. Der Besuch ist leider dürftig. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass man nicht so viele Werbemöglichkeiten hat, dass die Leute dort hinkommen, wo sie hingehören. Der Postwurf allein in der Gemeinde ist anscheinend zu wenig. Und natürlich kommen in erster Linie auch nur die Leute hin, die es tatsächlich betrifft, und das Interesse ist halt, das muss ich ehrlich gestehen, leider ein bisschen dürftig. Aber nichtsdestotrotz soll man daran weiterarbeiten. Und nur mit Unterschriftenlisten zu agieren, dass diese oder jene Buslinie nicht eingestellt werden soll, hilft halt wirklich nichts, denn wie wir alle wissen, fahren von denen, die unterschrieben haben, wahrscheinlich 90 Prozent gar nicht mit diesem Bus. Das kenne ich alles aus eigener Erfahrung. Wir müssen schauen, dass die Menschen den öffentlichen Verkehr annehmen. Und annehmen tun sie ihn nur dann, wenn der Takt passt und wenn der öffentliche Verkehr dorthin fährt, wo die Menschen wohnen. Das heißt, Angebot und Takt müssen passen. Das heißt, ich brauche aber vorher die Grundlagen, das heißt, ich brauche vorher auch die Möglichkeiten, die es gibt, nicht nur den klassischen öffentlichen Verkehr, wie wir ihn derzeit vorfinden. Es gibt neue Modelle, es gibt vergleichbare Modelle in anderen Bundesländern, in anderen Ländern. Das soll man erarbeiten, und lassen Sie bitte dem Landtag dafür ausreichend Zeit! Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete von der ÖVP, Franz Wieser.

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der „Mobilitäts Masterplan“, wie er aufgezo-gen ist, ist im Grunde genommen gleich aufgezo-gen wie es der „Energie-Masterplan“ war. Ich muss sagen, eigentlich – wahrscheinlich geht es euch gleich – sind wir alle ein bisschen neidig, wie professionell sie das machen und vermarkten. (*Abg. Mag. Schalli: 10.000 Green Jobs!*) Es ist von uns allen im Grunde genommen immer wieder gewünscht, dass man die Bürger mit einbindet, dass man mit ihnen redet, dass man versucht, Bürgerbeteiligung zu machen. Das wird, glaube ich, in diesen beiden Dingen, muss ich neidlos anerkennend sagen, hervorragend gemacht, wie es der Manfred Ebner schon gesagt hat, mit einer ein bisschen geringen Beteiligung seitens der Bürger! Für mich ist der Aufwand, der in dieser Form betrieben wird, um viele Dinge festzustellen, die wir vielleicht auch so wissen, natürlich ein bisschen hinterfragenswert, aber nur insofern, dass ich sage, es ist das Ergebnis dann letztendlich entscheidend. Aber für mich nicht das Ergebnis, das der „Mobilitäts Masterplan“ aussagen wird, weil viele Dinge drinnen sein werden, die wir alle als selbstverständlich sehen werden und wo wir alle sowieso sagen, ja, das ist notwendig und das muss sein. Für mich ist entscheidend, wieviel am Ende der Periode dann davon auch umgesetzt sein wird. Und da ist dann die Frage, wenn im „Mobilitäts Masterplan“ drinnen stehen wird, wir sollen mehr zu Fuß gehen und wir sollen mehr mit dem Fahrrad fahren, so ist das sicher richtig und wird für viele Jugendliche, sage ich einmal, auch für Erwachsene zweifellos eine richtige Feststellung sein. Aber es gibt viele, die mit dem nichts anfangen werden können, ältere Leute, Leute mit Beeinträchtigungen, Kinder, Schüler, die zu einem gewissen Zeitpunkt irgendwo sein müssen, für die oft das Zufußgehen, das Fahrradfahren auf gewissen Strecken ganz einfach zu gefährlich ist, Mütter mit Kleinkindern, wie auch immer, Leute, die darauf angewiesen sein werden, dass der öffentliche Verkehr dementsprechend ausgebaut ist, dass sie ihn auch

Wieser

benützen können, und ich hoffe, in der Zukunft mehr benützen, als er heute benützt wird. Dieser öffentliche Verkehr ist meines Erachtens im städtischen Bereich ohnehin so gut ausgebaut, dass es nicht viele Verbesserungen geben kann, sondern wo es im öffentlichen städtischen Bereich nur darum geht, wie wir eigentlich noch den Autoverkehr vermindern, wie wir die Leute dazu bringen können, mehr öffentlichen Verkehr anzunehmen oder eben zum Beispiel auf das Rad zu steigen oder gewisse Strecken zu Fuß zu gehen, damit sie auch für ihre Gesundheit etwas tun. Aber im ländlichen Raum ist es anders. Da muss man schauen, dass wir die Leute mit dem öffentlichen Verkehr auch tatsächlich dann in die Stadt bringen, in die Schule bringen, zur Arbeit bringen, und da ist es wesentlich schwieriger, dies zu gestalten. Es ist nicht sinnvoll, wenn ich heute oft einmal schaue, und deswegen entstehen ja eigentlich die Probleme, wenn ein 50-Sitzer-Bus mit zwei Leuten durch die Gegen kutschiert und dementsprechend unwirtschaftlich ist. Ich glaube, dass man in diesem Bereich vermehrt zu anderen Strategien kommen wird müssen, dass man dann eben vermehrt, was weiß ich, auf GO-MOBIL, auf Ruftaxis und diese Dinge umstellen wird müssen oder auf Kleinbusse. Und ich glaube, dass da sicher vieles gestaltet werden muss und wir uns wirklich Gedanken darüber machen müssen, wie wir das gestalten und sicherstellen, dass die Leute auch dort hinkommen, wo sie hinkommen wollen und das eben weniger mit eigenen Verkehrsmitteln, sondern mit mehr öffentlichem Verkehr. Denn es ist für die Zukunft ganz einfach wichtig! Und ich glaube, dass der „Mobilitäts Masterplan“ auch wesentliche Weichen stellen muss und in der Umsetzung dann auch dementsprechend reagieren muss, weil eben auch der öffentliche Verkehr oder der Verkehr insgesamt zur Klimaveränderung wesentlich beiträgt und wir diese Ziele erreichen müssen, dass wir klimamäßig CO₂ reduzieren, dass wir hier etwas dazu beitragen. Und dafür ist es auch wichtig, dass der Bahnverkehr in Kärnten dementsprechend funktioniert. Die Koralmbahn wird wesentlich dazu beitragen, dass wir schneller nach Graz, nach Wien und so weiter kommen, wenn es im Personenverkehr ist. Wir haben früher gerade mit dem Kollegen Strauß darüber diskutiert, im Frachtenbahnhofsbereich müssen wir sicherstellen, dass die Frachten auch auf die Bahn kommen können, indem wir Bahnhöfe in Kärnten haben, wo wir dement-

sprechend verladen können. Oder eben, dass wir vor allem auch dort hinkommen, dass die Elektromobilität weiter voranschreitet. Wir haben festgestellt, dass großartige Ziele in diesem Bereich auch schon formuliert wurden, aber wir noch nicht weit gekommen sind. Es gibt ganz einfach zu wenig Elektromobilität in Kärnten und in ganz Österreich oder auf der ganzen Welt, damit wir die Klimaziele dementsprechend verändern können.

Abschließend und zum Schluss kommend: Für mich ist es sicher ein großer Aufwand, der da betrieben wird, um diesen „Mobilitäts Masterplan“ auf die Schiene zu bringen, herzustellen, aber entscheidend wird sein, wieviel davon umgesetzt werden können, wieviel davon umgesetzt wird, und daran wird eben auch der Aufwand dann dementsprechend zu messen sein. In dem Sinn Dankeschön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zum zweiten Mal zu Wort gemeldet habe ich vorgemerkt den Abgeordneten Dipl.-Ing. Johann.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Es sind doch ein paar Aussagen gefallen, zu denen ich noch Stellung nehmen möchte. In dieser Aufstellung – ich weiß nicht, was da fehlt? Es sind die Ausgaben aufgelistet, da ist nichts versteckt und alles transparent. € 480.000,-- sind das Gesamtbudget, aber die sind ja noch nicht alle ausgegeben, wir sind jetzt ungefähr bei der Hälfte, es sind bis jetzt Ausgaben von € 200.000,--, die man hier findet. Es sind sogar die Firmen angegeben. Ich weiß nicht, was da versteckt sein sollte? Wer sinnerfassend lesen kann, hat auch festgestellt, dass hier Verkehrsplanung sehr wohl berücksichtigt ist. Die Firmen „Verracon“ und „Rosinak“ sind renommierte Verkehrsplaner, das sind keine Moderatoren, das sind renommierte Verkehrsplaner, und die sind hier beauftragt. Die Gewichtung wird in der Endabrechnung vermutlich ganz anders ausschauen als in der Zwischenabrechnung, weil das natürlich von Zahlungszeitpunkten abhängt. Das ist jetzt eine Momentanaufnahme, aber entspricht so den Tatsachen.

Dipl.-Ing. Johann

Der Vorwurf der Bewerbung des Landesrates, dazu muss ich sagen, das ist lächerlich! Natürlich macht ein Landesrat, wenn er was tut für sein Thema, für sich Werbung, aber das ist normal. Aber wer sich die Briefe und Inserate anschaut sieht, dass das bewusst neutral gehalten ist und keine Image-Werbung des Landesrates darstellt. Ganz anders, als es in der Vergangenheit war, wo es „Dobersticks“ auf Kosten des Landes gegeben hat. Der Landesrat ist auch nicht bei allen Veranstaltungen persönlich dabei, diese Vorwürfe gehen für jeden, der sich das selber angeschaut hat, wirklich ins Leere. Die Idee des „Drogen-Busses“, das ist hart am Vorwurf der Verleumdung gegenüber dem Unternehmer, der dieses Unternehmen führt, denn man muss sagen, es ist ja nicht der Bus schuld, es ist nicht der Unternehmer schuld, sondern es war ein Passagier, der kriminelle Aktionen gesetzt hat. Der ist zu belangen, der ist schuld und sonst niemand! Und wenn jetzt jede Linie eingestellt werden soll, auf der Drogen transportiert werden, dann muss man wahrscheinlich auch die Südbahn einstellen, weil es auch hier (*Abg. Mag. Leyrouz: Die subventionieren wir nicht mit 380.000,- Euro!*) Leute gibt, die unter Umständen mit Cannabis über die Grenze unterwegs sind. Es wird immer wieder von der Polizei jemand aufgegriffen, man kann trotzdem nicht alle Züge einstellen! Und wir werden auch den Straßenverkehr über die Grenzen nicht einstellen, weil jemand mit einem Auto Drogen über die Grenze gebracht hat. Es geht darum, kriminelle Aktionen durchaus zu verfolgen, damit sind wir einverstanden, aber der Vorwurf des „Drogen-Busses“, das ist Verleumdung! (*Abg. Mag. Malle: Drogen haben wir schon gehabt ...*) Sperren von Bahnlinien, die gibt es nicht. Was ganz konkret der Fall ist, ist, dass es einige Bahnlinien gibt, unter anderem im Gailtal, die wenig wirtschaftlich sind und die von den ÖBB sowieso nur einen begrenzten Vertrag haben – bis 2020,

soweit ich weiß – und da geht es jetzt darum, einfach Alternativen zu schaffen und die erarbeitet man eben in Veranstaltungen mit den Gemeinden. Genau dazu dient dieses Geld, das von dir kritisiert worden ist, dass man hier Veranstaltungen macht, das mit Bürgern diskutiert. In Dellach waren es 300 Personen, glaube ich, die bei dieser Veranstaltung dabei waren. Wenn es darum geht, hier wirklich etwas zu verbessern, dann bringt doch bitte Anträge zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs ein, (*Abg. Mag. Schalli: Wir waren dazu nicht einmal eingeladen!*) so wie es die SPÖ tut. Das ist konstruktive Mitarbeit. Aber einfach pauschal zu sagen, da geht nichts weiter und euch dann vor der Arbeit zu drücken, das ist nicht fair! Danke!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt 9 erledigt, nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt.

10. Ldtgs.Zl. 39-74/31:**Debatte zur schriftlichen Anfragebeantwortung von Landesrat Holub zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Staudacher betreffend alternative Verkehrskonzepte zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs im ländlichen Raum**

Es liegt mir keine Wortmeldung vor, deshalb ist dieser Tagesordnungspunkt ebenso erledigt.

Wir kommen zur Mitteilung der eingegangenen Anträge, Anfragen, Resolutionen. Ich darf den Landtagsdirektor bitten, diese zu verlesen!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 35-10/31:**Antrag von Abgeordneten des TS und des BZÖ betreffend Bezüge von Mitarbeitern in Leitungsfunktionen bei**

Mag. Weiß**landeseigenen Unternehmen/ausgegliederten Rechtsträgern limitieren**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

2. Ldtgs.Zl. 48-11/31:**Antrag von Abgeordneten des Grünen-Klubs betreffend Net-Metering**

Zuweisung: Ausschuss für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlicher Verkehr

3. Ldtgs.Zl. 92-61/31:**Antrag von Abgeordneten des BZÖ betreffend rechtsfreie Lücke bei Unfällen mit Asylwerbern schließen**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

4. Ldtgs.Zl. 35-11/31:**Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend aktive Zukunftsgestaltung des Landes Kärnten durch Umsetzung eines umfassenden Struktur- und Aufgabenreformprozesses**

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur

5. Ldtgs.Zl. 62-21/31:**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs, F-Klubs, ÖVP-Klubs, Grünen-Klubs, TS, BZÖ und Abg. Mag. Schalli betreffend gemeinsames Vorgehen in der Causa HETA im Kärntner Landtag**

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden, unter Beiziehung des Ausschusses für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

Ich bitte, über die Beiziehung abstimmen zu lassen!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich lasse über die Beiziehung des Rechts- und Verfassungsausschusses zur Beratung dieser Materie abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen, daher wird die Einladung dann auch so erfolgen.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

6. Ldtgs.Zl. 35-12/31:**Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Obergrenzen für Manager-Gagen in landeseigenen Unternehmen**

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden

7. Ldtgs.Zl. 210-54/31:**Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Sicherung des Kärntner Gesundheitswesens**

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

8. Ldtgs.Zl. 92-62/31:**Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Erstellung einer Studie über die aktuelle Situation muslimischer Frauen und Mädchen in Kärnten**

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

9. Ldtgs.Zl. 81-2/31:**Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Entziehung des Vertrauens gegenüber Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut durch den Kärntner Landtag gem. Art. 55 der Kärnt-**

Mag. Weiß

ner Landesverfassung (Misstrauensvotum)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

10. Ldtgs.Zl. 39-79/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Umstellung des Bahnbetriebes auf Busbetrieb im Gailtal!

Zuweisung: Ausschuss für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlicher Verkehr

B) Schriftliche Anfragen:

1. Ldtgs.Zl. 54-21/31:

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Theuermann an Landesrat Holub betreffend Einzelabwasseranlagen

2. Ldtgs.Zl. 35-9/31:

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Trodt-Limpl an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser betreffend Verträge von geschäftsführenden Leitungsorganen der Landesbeteiligungen

3. Ldtgs.Zl. 92-60/31:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser betreffend Flüchtlingskinder in Kärntner Schulen

C) Resolution:

Ldtgs.Zl. 43-82/31:

Resolution der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst – Landesleitung 10 PflichtschullehrerInnen betreffend Topthemen für eine zukunftsfähige Schule, überreicht durch Ersten Präsidenten Ing. Rohr

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit haben wir den Einlauf bekanntgegeben. Es wurden 55 bei mir schriftlich eingebrachte Wortmeldungen abgearbeitet. Ich darf noch darauf verweisen, dass wir aller Voraussicht nach eine weitere Landtagssitzung brauchen werden, die wir gestern in der Präsidiale schon besprochen haben. Der Termin dafür ist voraussichtlich Mittwoch, der 6. April, mit Beginn um 09.00 Uhr. Ich weise noch darauf hin und kündige an, dass der Schülerlandtag am 25. April, das ist ein Montag, tagen wird und den Wunsch geäußert hat, dass wiederum alle Bildungssprecherinnen oder Bildungssprecher der Landtagsparteien jeweils von 09.00 bis circa 09.45 Uhr zur Verfügung stehen für entsprechende Fragestellungen. Damit ist die heutige Landtagssitzung abgearbeitet. Ich möchte noch eine Anmerkung machen. Ich werde mir erlauben, das nächste Mal wieder eine Mittagspause zu machen, denn wie ich gesehen habe, haben wir sonst mit der Präsenz Probleme, weil die Abgeordneten Damen und Herren doch zwischendurch etwas auch zu sich nehmen müssen. Ich bedanke mich für die an sich konstruktive Debatte und wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen! Bis zur nächsten Landtagssitzung! Auf Wiedersehen!

Ende der Sitzung: 14.50 Uhr